

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1900 unter Nr. 7878.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserations-Bedingungen
 beträgt für die sechsgepaltene Kolonette
 oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Straße 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Donnerstag, den 18. September 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Straße 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Wie die Zollmehrheit arbeitete!

Der Zoll auf Pflastersteine.

Ein klassisches Beispiel der leichtfertigen Arbeit, welche die Zollmehrheit der Reichstags-Kommission geleistet hat, bietet der Pflastersteinzoll. Die nachfolgende Darstellung eines Fachmannes darf daher auch weit über die Kreise der Interessenten dieses Zolles hinaus Beachtung beanspruchen: Die Zolltarif-Kommission hat beschlossen, auf ausländische Pflastersteine einen Zoll von 40 Pf. pro Doppelcentner zu legen.

Dieser Zoll richtet sich in der Hauptsache gegen die Einfuhr aus Schweden. Wie bedeutend dieselbe ist, beweisen die nachstehenden Einfuhrziffern der drei Jahre:

1898: 4 627 760 Doppel-Ctr. im Werte von 5 558 000 M.
 1899: 5 493 728 Doppel-Ctr. im Werte von 7 142 000 M.
 1900: 5 638 124 Doppel-Ctr. im Werte von 8 087 000 M.

Es sind nun namentlich die Steinbruchbesitzer in Sachsen und in Südwest-Deutschland, die sich am meisten für den Schutz Zoll ins Zeug gelegt haben, obwohl wertwürdigerweise von den letzteren nur ganz vereinzelte Pflastersteinbrüche besigen. In der Zolltarif-Kommission war es demnach der überzöllnerischen Mehrheit der sächsischen Bundesrats-Delegationen, die sich für den Zoll aufwarf. Dieses Vorgehen wird sich jedoch bald in ein böswartiges Danaergefäß verwandeln.

Die schutzöllnerischen Steinbruchbesitzer erhoffen von dem Zoll zweierlei. Erstens eine erhebliche Erhöhung der Preise für Pflastersteine und zweitens die Verdrängung der schwedischen Pflastersteine aus Nord- und Ostdeutschland. Das letztere wird zweifellos eintreten, das erstere nicht oder doch bei weitem nicht in dem erhofften Maße und vor allen Dingen wird die erwünschte Ausdehnung des Absatzgebietes für deutsche Pflastersteine nicht eintreten. Die Zollerhöhung käme vielmehr in der Hauptsache — dem ausländischen Asphalt und zum kleinen Teil vielleicht noch den Unternehmern für Holz-Strassenpflasterungen zu gute.

In Bezug auf den Konkurrenzkampf zwischen Steinpflaster und Asphalt liegen die Dinge heute nämlich so: Bei der Entscheidung der Frage, ob Steinpflaster oder Asphaltpflaster entscheidet heute zumeist die Zweckmäßigkeit, da sich beide Pflasterarten im Preise so ziemlich die Wage halten. Gutes Steinpflaster ist sogar schon jetzt pro Quadratmeter um 1—2 Mark teurer als Asphaltpflaster. Das Verhältnis ist ungefähr 15,50:17,50 Mark pro Quadratmeter. Die Preiserhöhung, die allein durch den reinen Zoll eintreten, beläuft sich aber pro Quadratmeter auf ca. 1,50 Mark. Dazu kämen noch die infolge des Zolles eintretenden notwendigen Nebenaufgaben, die fast oder ganz und gar ebenso viel betragen, wie der Zoll selber, so daß sich die Preiserhöhung für Steinpflaster auf 2,50—3,00 Mark pro Quadratmeter belaufen würde. Das heißt mit anderen Worten, es würde dann das Steinpflaster um ca. 25 Proz. teurer sein, als Asphaltpflaster! Das heißt aber der Konkurrenzkampf zwischen beiden Pflasterarten endgültig zu Gunsten des Asphaltpflasters entschieden ist, darüber sind sich die Arbeiter des Steinfelegewerbes und auch eine ganze Anzahl Unternehmer desselben heute schon vollständig klar. Darüber sollten sich aber auch alle andern Interessenten klar sein. Das hat selbst Graf Pofadowsky anerkannt.

Nun mag ja mancher in der endgültigen Verdrängung des Steinpflasters durch den Asphalt einen Kulturfortschritt erblicken. Bis zu einem gewissen Grade mag es das ja auch sein. Aber es hat doch jede der beiden Pflasterarten sowohl seine Vorzüge als auch seine Mängel. Man kann sagen, daß die Vorzüge des einen die Mängel des andern sind.

Aber freilich würden bei der relativen Kostspieligkeit guten Pflasters nur die größeren Gemeinwesen zum Asphaltpflaster greifen. Alle andern Kommunen, die bis jetzt die verhältnismäßig wohlfeilen schwedischen Steine benutzten, könnten dann weder Asphalt noch gute deutsche Bruchpflastersteine bezahlen, sondern müßten zu dem schlechten und wenig haltbaren Pflaster aus gefahlgernen Bindlingen zurückkehren. Das könnte aber nicht verhindern, daß doch ein ganz erheblicher Teil der Angehörigen des Steinfelegewerbes aus der Produktion ausgefällt würde. Und nicht nur des Steinfelegewerbes, sondern auch der Pflastersteinbruch-Industrie.

Ein solcher Erfolg stände denn doch aber mit der ganzen Tendenz des Zolltarifs, der angeblich dem „Schutze der nationalen Arbeit“ dienen soll, in gar zu schlimmen Widerspruch. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß diese Folgen eintreten werden, wenn der beschlossene Zollfuß bestehen bleibt.

Aber auch in kommunal-politischer Hinsicht ist dieser Zoll von weittragender Bedeutung, insbesondere für alle größeren Kommunen. Mit dem künstlich gesteigerten Verbrauch von Asphaltpflaster, wie ihn der Pflastersteinzoll herbeiführen würde, geraten nämlich die Gemeindebehörden immer mehr in finanzielle Abhängigkeit von den Geschäftleuten, die sich den Bau von Asphaltstraßen als ihre Domäne erkoren haben. Fast allenthalben ist es nämlich üblich, daß von den Baukosten ein erheblicher Teil (in Berlin sind es 20 Proz.) als Kautions stehen bleibt und zwar auf die Dauer von 20 Jahren. Natürlich wird dieses Kapital den Unternehmern verzinst. Wenn man dann

bedenkt, daß in Berlin jährlich etwa 1 Million Mark für die Herstellung von Asphaltstraßen ausgegeben wird und daß es insgesamt nur sieben bis acht (zumeist Aktien-) Gesellschaften sind, die diese Kapitalien bei der Stadt anstehen haben, so wird es einleuchten, daß dieselben die finanzielle Abhängigkeit, in die die Kommune solchergestalt bei ihnen gerät, ganz gehörig auszunutzen verstehen. Wie weit die wirtschaftliche Macht dieser Kapitalistengesellschaften sich heute schon erstreckt, dafür nur ein Beispiel. Vor mehreren Jahren regte der Benosse Singer in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung einmal die Frage an, die Ausführung der Asphaltpflasterungen in eigene Regie zu übernehmen. Es schien damals, als stünde man diesem Gedanken nicht unsympathisch gegenüber. In den Büreaus der hiesigen Asphalt-Gesellschaften herrschte anfänglich darüber auch eine ziemliche Aufregung. Aber bald hatte man seine Ruhe wieder erlangt. War man sich doch sicher, daß auf Grund der bestehenden Abmachungen zwischen den Asphaltgrubenbesitzern und den hiesigen Gesellschaften der hiesige Magistrat ohne den Willen der Berliner Firmen nicht eine einzige Wagenladung Rohmaterial bekommen hätte. Und das Material der einzigen deutschen Asphaltgrube ist ohne Zusatz guten ausländischen Materials nicht verwertbar. Außerdem haben sich damals einzelne Herren auch gerühmt, daß es ihnen sehr bald gelingen sei, dem städtischen Bauamt „diesen unglückseligen Gedanken“ auszutreiben.

Ungeachtet solcher Dinge sollte man meinen, müßten sich auch die Kommunen selber mehr gegen die drohende Gefahr zur Wehr setzen. Und das würde wohl auch geschehen, wenn — ja wenn eben nicht die Aufsichtsräte der Asphalt-Gesellschaften überall in den Kommunalvertretungen ein gar gewichtiges Wort in die Waagschale zu werfen hätten. Und diese Herren haben die Bedeutung des Zolles auf Pflastersteine jedenfalls in seiner ganzen Tragweite erkannt!

Umsonst aber sollten sich aber diejenigen regen, die zuerst von den schädlichen Wirkungen des Pflastersteinzolles betroffen werden. Für diese handelt es sich hierbei um die Wahrung ihrer nackten Existenz!

Es ist bei der bekannten Wasserfäule der Ueberzöllner nicht einmal der Trost vorhanden, daß durch den Bau von Kanälen die Transportkosten für deutsche Pflastersteine in absehbarer Zeit so weit herabgesetzt werden könnten, daß dieselben trotz Transport und Zoll zu wesentlich denselben Preisen nach Nord- und Ostdeutschland geliefert werden könnten, wie jetzt die schwedischen Steine. Und daß die Eisenbahnfracht-Tarife so weit herabgesetzt werden könnten, um das zu ermöglichen, das ist erst recht ausgeschlossen.

Es steht daher fest, daß der Pflastersteinzoll nicht nur keine Erhöhung des Verbrauches von deutschen Pflastersteinen, sondern sogar noch eine Verminderung des Absatzgebietes unfehlbar zur Folge haben muß. Es ist ein Schutz Zoll, der keinen Menschen in Deutschland nützt, wohl aber über Tausende und Tausende von Arbeiterfamilien unermessliches Elend bringen würde. Und es ist die grausamste Verhöhnung der ganzen Schutz Zollpolitik, daß gerade diejenigen, die angeblich durch dieselbe geschützt werden sollen, die allermeiste Ursache haben, sich mit aller Macht dieser „Segnungen“ zu erwehren.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. September.

Zollmahnung.

Die eigentlichen Organe der „Sammelpolitik“ bleiben auch jetzt ihren vielgeschichteten Versuchen getreu, die Einigung der Zollentzweiten „auf der mittleren Linie“ herbeizuführen. Die „Post“ zeigt deutlich, woran wir niemals gezwungen haben, daß eine Verständigung zwischen Zollmehrheit und Regierung bestimmt zu erwarten ist, aber sie fürchtet, daß infolge der fortbauenden Versuche der Konservativen und des Centrums, von der Regierung noch einige Konzessionen zu erlangen, die kostbarste Zeit verloren gehe und so „das rechtzeitige Zustandekommen einer Vereinbarung“ unmöglich werde. Die „Post“ führt aus:

„Schon in der Kommission ist überaus kostbare Zeit verbraucht worden, jetzt sieht für den ganzen Rest der Verhandlungen kaum noch so viel Zeit zur Verfügung, wie die erste Lesung in der Kommission in Anspruch genommen hat. Wird in der zweiten Lesung der Kommission und im Plenum wiederum eine erhebliche Zeit durch die Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und den Mehrheitsparteien über die bestehenden Meinungsverschiedenheiten verbraucht, so ist die Befürchtung nicht abzuweisen, daß es der Minderheit gelingen wird, die Verhandlungen so zu verwickeln, daß die Legislaturperiode abläuft, bevor der Zeitpunkt für das Kompromiß zwischen Regierung und Mehrheit gekommen ist.“

Die „Post“ ermahnt weiter die Zollparteien zur Nachgiebigkeit. Sie erklärt, jetzt sei noch die günstigste Lage für den „Schutz der Landwirtschaft“. Zudem sie warnend andrückt, daß „schwerlich in der Zukunft eine so günstige Lage wieder zu erwarten ist, gesteht auch sie zu, daß die Reichstagswahlen die Ueberzöllner in Grund und Boden stampfen müssen. Die „Post“ sucht schließlich die Ueberzöllner dadurch zum Einigenkommen an die Regierung zu bewegen, daß sie ausmalt, wie unsolange des Scheiterns der jetzigen Vorlage die agrarische und konservative Richtung innerhalb der Regierungen nicht gestärkt, vielmehr erheblich geschwächt werden würden.

Ganz ähnlich äußern sich die „Berliner Politischen Nachrichten“, und diese fügen zur Mahnung die Drohung:

„Es ist zwar richtig, daß die verbündeten Regierungen ein dringendes Interesse haben, daß der neue Zolltarif zu Stande kommt, aber es wird augenscheinlich übersehen, daß, wenn wider Verhoffen die Reichstagsmehrheit der Zolltarifvorlage eine Gestalt geben sollte, bei welcher die Zustimmung der verbündeten Regierungen ausgeschlossen wäre, damit für die letzteren die Frage des Zustandekommens eines neuen autonomen Zolltarifs noch keineswegs endgültig verneint ist, sie würden vielmehr in der Lage sein, den Versuch der Vereinbarung eines solchen mit dem neu zu bildenden Reichstage zu wiederholen, während der Reichstag in seiner jetzigen Zusammensetzung eine entscheidende Einwirkung auf die Gestaltung des neuen Zolltarifs nur dann ausüben in der Lage ist, wenn die Verabschiedung im Laufe des diesmahligen Tagesabschlusses erfolgt.“

Die Konservativen sind unterdes überzeugt, daß die Regierung ihnen Entgegenkommen bezeugen müsse, da sie unmöglich einen Wahlkampf führen könne, in dem sie sich, eingeleitet zwischen der Zollopposition links und den Ueberzöllnern rechts, in einer völlig unmöglichen Lage befinden würde.

So spielen beide Teile ihre Trümpe aus. Es wird sich bald zeigen, welche die glücklicheren sind.

Nachdem dieses Zwischenspiel beendet, wird der Kampf der Zollgegner in ganzer Wucht beginnen!

Die Reden Pelletans

haben überall prinzipielle Ueberbahrung hervorgerufen, in Italien so wohl wie in Frankreich selbst. Ein französisches Blatt hat für ihn den nicht lächerlichen Namen „Admiral Bombardon“ in Vorschlag gebracht. Ueber den Eindruck seiner ersten Rede schreibt uns unser Pariser Korrespondent:

„Eine hübsche Entgleisung der Zunge ist dem linksradikalen Marineminister Pelletan passiert, der sich gegenwärtig auf einer wasser-patriotischen Reise nach Korsika und Tunis zum Zwecke der persönlichen Besichtigung der neuen Küstenbefestigungen — Arbeiten befindet. Die Besichtigungsarbeiten auf der Insel Korsika sind das eigentliche Verdienst des linksradikalen Ministers. Er hat dafür vom Parlament sechs Millionen Frank erlangt, während der betreffende korsische Deputierte sich mit einer Förderung von 1/2 Millionen begnügt hatte. Pelletan sprach also in gehobener patriotischer Stimmung von der strategischen Bedeutung der Insel und gebrauchte dabei die aggressive Wendung die Orléans „ziele auf Italien mitten ins Herz!...“ Diese im Munde eines linksradikalen unter allen Umständen und ganz besonders tabulierten Worte sind zugleich ein grober Verstoß gegen die zur Zeit sich immer freundlicher gestaltenden Beziehungen zwischen Frankreich und Italien, da der kriegerische Festredner Minister ist.“

Der Zwischenfall wird natürlich von der antiministeriellen und nichtministeriellen Presse kräftig ausgenutzt. Der „Temps“ erinnert zugleich in tabelnder Form an die neuartigen Bedrohungs-Phrasen des Kriegsministers André, der „ohne Not und ungelegen für eine andre Macht demütigende Ausdrücke gebraucht“ hätte. Die verlaute, soll der Minister des Auswärtigen sogar es für nötig gehalten haben, durch freundliche Worte den Eindruck der Pelletanschen Entgleisung bei der italienischen Regierung zu verwischen. Die römische offiziöse „Tribuna“ hat ja den Zwischenfall für traurig und bedauerndwert erklärt.

Nachdem Pelletan in Viterba seiner ersten Rede eine womöglichst noch schlimmere zweite hatte folgen lassen, hat er nun kleinteilig noch eine dritte Rede gehalten, in deren erstem Teil er die Ungeschicklichkeiten seiner ersten Rede wieder gut zu machen sucht. Ueber diese neueste Rede wird gemeldet:

Auf einem Bankett im republikanischen Klub in Viterba hielt der Marineminister Pelletan eine Rede, in der er ankündete, daß er nicht gern über Politik spreche, denn man lege ihm Worte in den Mund, die er nicht gesagt habe. So habe er auf Korsika von Italien gesprochen, und da habe man ihm, einem der größten Freunde Italiens in Frankreich, der zur Zeit der zwischen beiden Völkern bestehenden Spannung erklärt habe, daß ein guter Teil der Schuld daran auf Frankreich falle, ihm, der schon zur Zeit des Unabhängigkeitskrieges in Italien stets für ein Engländer Frankreichs gewesen wäre, ihm habe man eine aggressive Haltung gegen dieses Land zugeschrieben. Von Politik zu sprechen, sei also gefährlich. Er wolle indessen erklären, daß die Regierung die Verantwortung ihres republikanischen Programms entschieden weiterbetreiben werde. Die Republik müsse eine solche der Arbeiter sein, daher eine sozialistische und nicht kollektivistische. Die Zeit des Kollektivismus sei noch nicht gekommen und werde niemals kommen. Pelletan berührte alsdann die religiöse Frage und hob hervor, der gegenwärtige Kampf sei ihm nicht in Erkenntnis; er habe nichts gegen die Religion; man müsse, so denke er, der Religion alle Freiheiten gewähren, mit Ausnahme derjenigen, die Freiheit eines andern zu verläumern. Was die Freiheit des Unterrichts betreffe, so sei er der Ansicht, daß die Kongregationen, die nicht gewöhnliche Vereinigungen seien und von ihren Mitgliedern das völlige Aufgeben ihrer Freiheit, ihres Willens und ihrer Persönlichkeit verlangen, kein Recht hätten, den Unterricht für sich zu beanspruchen.

Pelletan ist also auch nur — mißverstanden worden. Hoffentlich setzt er sich künftig dergleichen Mißverständnissen überhaupt nicht mehr aus. Er hätte seiner Regierung und seinem Lande durch sein Schweigen unendlich mehr gedient, als durch seine angeblich unkorrekt wiedergegebenen thörichtesten Tiraden.

Aber Pelletan kann augenscheinlich seine Rede nicht zügeln, das beweist sein ganz überflüssiges Gerede über den Sozialismus und Kollektivismus. Niemand hat ja bisher Herrn Pelletan trotz seiner nach französischer Manier reklamehaft zur Schau getragenen „socialistischen“ Ansichten für einen Kollektivist gehalten.

Paris, 17. September. Mehrere nationalisistische Blätter zufolge hat auf einen Schritt des italienischen Vizekonsuls bei Delcassé der Ministerpräsident Combes dem Marineminister Pelletan sehr scharfe Vorstellungen wegen seiner Rede in Ajaccio gemacht.

Die Raslosigkeit des zarischen Absolutismus.

Bewies schon die famose Rede, die der Zar in Kurland den Dorfältesten der revoltierenden Hungerdistrikte gehalten hat, die völlige Raslosigkeit des Absolutismus, so beweisen noch weitere Einzelheiten über die Meise und die Reden des Zaren, daß alle Hoffnungen, die liberale Kreise auf die Einsicht und den sozialpolitischen guten Willen des russischen Herrschers gesetzt hatten, Illusionen waren. Den Bauern hat der Zar nicht als Sparsamkeit und Unterthanen demut zu empfehlen verstanden; auch nur eine Ahnung der Ursachen der schweren ökonomischen Krise, unter denen der russische Bauernstand leidet, scheint ihm nicht aufgedämmert zu sein. Der Zar denkt also nicht daran, auch nur einen ernstlichen Versuch zur Hebung der Notlage des Bauernstandes zu machen. Gegen neue Hunger-Revolutionen glaubt er durch seine Rasigkeit gesichert zu sein. Dafür liegt ihm das Wohl seines Adels, seines Großgrundbesitzes um so mehr am Herzen. Der „Sivet“ berichtet darüber:

„Der Kaiser behandelte den Adel mit besonderem Wohlwollen und dankte ihm für seinen Dienst, der nicht aus selbstlichen Motiven, sondern aus Ueberzeugung geleistet wird.“ Diese Worte bezogen sich hauptsächlich auf den Dienst des Adels bei der Leitung der bäuerlichen Verwaltung. Sich auf eine kurze Kennerung des Dankes nicht beschränkend, bemerkte der Zar, daß ihm die schwere Lage des adeligen Grundbesitzes und die Mängel des bäuerlichen Befandes seien. Zur Vereinfachung der letzteren „werden im Ministerium des Innern die erforderlichen Maßnahmen erwogen“. Zur Beteiligung an diesen Arbeiten werden die Gouvernements-Komitees berufen werden, zu denen Vertreter des Adels und der Landtschaft gehören; der Herrscher hat den Großgrundbesitz, das alte Volkrecht der Ordnung und der sittlichen Kraft Rußlands genannt. „Seine Vereinfachung“, jagte der Herrscher am Schluß seiner Rede an den Adel, „wird der Gegenstand meiner unaufhörlichen Sorge sein.“

Nikolaus II. wandelt in seiner Begünstigung des wirtschaftlich heruntergekommenen und politisch korrupten Adels ganz in den Bahnen seines beschränkten, exzessiven Vorgängers Alexanders III. Wie die 1886 geschaffene „Adelsbank“ die Verschuldung des adeligen Großgrundbesitzes nicht zu hindern vermochte, so werden auch die Bemühungen Nikolaus II. erfolglos sein. Jedenfalls aber wird die Begünstigung des Adels enorme Mittel verschlingen, die schließlich nur der Masse der Bevölkerung entzogen werden müssen.

Raslos, wie der russische Absolutismus in wirtschaftlicher Beziehung ist, ist er auch in seiner Belämpfung der Revolutionäre geworden. Man schreibt uns darüber:

Selten reich ist dieses Jahr die Ernte an geheimen Dokumenten. Die Bewegung kann mit dem ihr in so reichlichem Maße aus den verschiedenen Kreisen des zarischen Regierungsapparates zufließenden Material sehr zufrieden sein, denn es bietet vorzüglichsten Verhältnissen geführte Minderungsarbeit nicht erfolglos bleibt. Das Material beweist die ganze Ras- und Hisslosigkeit der Behörden gegenüber dem Vordringen des revolutionären Gedankens, und die Promptheit, mit der es die Öffentlichkeit findet, spricht für das Steigen des Einflusses der Bewegung bis hinauf zu den Geheimfächern der stählernen Schranke v. Plehwe's. Der neue Minister des Innern kann nicht problematisch genug seine verfeinerte Ausgestaltung der Polizei und der Spionageorganisation preisen und — oh Ironie! — es entwirft ihm unter den Fingern ein wichtiges Dokument nach dem andern. Vor einigen Tagen veröffentlichte wir an dieser Stelle seinen Ulaß, in dem er das hohe Lied der Knute singt, in dem Nachfolgendem ist v. Plehwe, der sich diesmal unter der Bede seines nächsten Mitarbeiters, des kürzlich zum Chef des Polizeidepartements ernannten Lopuchin versteckt hat, sanftmütiger: er hat wohl schon einsehen müssen, daß die Knute doch nicht eine so sichere Staatsketterin ist, wie er es anfänglich angenommen hat. Jetzt legt er seine letzte Hoffnung auf die Bauern selbst. Das Dokument, das in dem Ministerium Anfang August entstanden ist, sieht folgendermaßen aus: Das Ministerium des Innern.

Ganz geheim. (Sowerschenno sekretno.)
Cirkular.

An die Herren Gouverneure.

Aus den im Polizeidepartement einlaufenden Nachrichten ist zu ersehen, daß die Verbreitung von revolutionären Schriften unter der Landbevölkerung des Reiches in der Mehrzahl der Fälle folgendermaßen von statten geht: In diesem oder jenem Distrikt erscheinen unbekannt junge Leute, die Begnad mit der Eisenbahn oder in der Equipage passierend oder auch zu Pferde, und verstreuen in den Dörfern und Flecken Bücher und Broschüren revolutionären Inhalts, oder sie vertreiben sie unter die Bauern mit der Empfehlung, sie zu lesen und zu diesem Zweck auch weiter zu geben. Nicht selten werden diese Schriften in die Höfe und die Gebäude der Bauern und auf den Jahrmärkten den Bauern offen in ihre Wagen geworfen, von wo sie dann von dem Landvolf selbst in die eisenstärksten und dunkelsten Ortshäuser gebracht werden. Die genannten Bücher und Schriften werden von der Landbevölkerung gern gelesen (ochotno tschitajutsja) und, nachdem sie durchgesehen sind, ohne böse Absicht weiter gegeben, wobei es beobachtet worden ist, daß solche Schriften sogar öffentlich in Bauernmassen vorgelesen worden sind.

Nachdem die Bauern mit dem Inhalt der bezeichneten Litteratur bekannt geworden waren, entstanden unter ihnen Gerüchte über die Aufstellung der Gutsländereien und mehr oder weniger gespottete Beziehungen mit den örtlichen Gutsbesitzern. Erst nach längerer Zeit erscheint die Kreispolizei zur Stelle, bewarhigt durch Nachrichten über die Gärung unter den Bauern, und sie erfährt bloß, daß vorbeiziehende oder vorbeifahrende unbekannt Menschen Broschüren verteilt haben. Bei weitem nicht alle der bezeichneten Bücher und Broschüren werden selbstverständlich den Bauern weggenommen, und die in der Sache der Aufdeckung dieser Schriften vorgenommene Untersuchung verläuft gewöhnlich resultatlos, weil die an der Verbreitung der revolutionären Schriften Schuldigen nicht ausfindig gemacht werden konnten und sie wahrscheinlich ihre Tätigkeit in eine andre Gegend verlegt haben.

Aus dem Dargelegten ist nicht schwer zu ersehen, daß in dem Kampf mit einer solchen Propaganda mit der administrativen Untersuchung und der Begnadnahme der revolutionären Schriften kein Erfolg erzielt werden kann und daß alle Bemühungen der Behörden in dem Kampf mit dem Bösen vor allem auf die Aufdeckung und Verhaftung der Agitatoren und Verbreiter der unredlichen Litteratur sowie auf die Anfindigmachung von Maßregeln, mit denen man ihrer verbrecherischen Tätigkeit vorbeugen könnte, hinauslaufen müssen.

Zur Erreichung dieses Zieles würden selbstverständlich die örtlichen Kräfte der Gendarmerie und Polizei wegen ihrer verhältnismäßig geringen Zahl und der großen Ausdehnung der Verwaltungsdistrikte, nicht ausreichen, weshalb Maßregeln in Angriff genommen werden müssen, die den Bauern selbst Vermunft einflößen, so daß die Bauern mit ihren eigenen Mitteln die Agitatoren anhalten und den zuständigen Behörden übergeben und überhaupt sich bei der

Ausrottung des Bösen an der Wurzel mitbetheiligen.

Unter den Bauern werden so vernünftige Leute sein, die bei dem Einfangen der verbrecherischen Agitatoren ihre Beihilfe nicht versagen werden.

In Anbetracht des oben Dargelegten empfehle ich Ew. Exzellenz den Landpolizeivorständen zu eröffnen, daß sie auf den Gemeindevorstellungen den Bauern persönlich die ganze Unhaltbarkeit der revolutionären Lehren zu erklären haben.

Der Verweiser des Polizeidepartements,
Lopuchin.

Die Polizeibehörden sollen also die Organisation einer Art Geheimpolizei unter den Bauern vornehmen, daneben sollen sie sich aber auch mit den revolutionären Lehren befassen und sie widerlegen. Die Zeiten, wo die Bauern der Polizei thätigst sehr angenehme Dienste leisteten, sind zum großen Schmerz des Polizeidepartements vorüber, jetzt heißt es nur noch auf besonders „vernuftige Leute“, an deren Aufzucht sich die Behörden nun heranmachen sollen. Die schwerste Last wägt wohl aber v. Plehwe auf die Beamten der Landpolizei, indem er sie unter die Kritiker der revolutionären Lehren stellt. Wir setzen sie bereits im Schwelge ihres Angehens in verschiedenen südlichen und südwestlichen Gouvernements sich an Agitationstouren herumplagen. Angenehm kann ihnen wohl keineswegs die Aera v. Plehwe sein, — um so angenehmer ist sie für die Revolutionäre. —

Deutsches Reich.

Konservativer Monarchismus. Die „Deutsche Tagesztg.“ hatte den Artikel von den „Krahenenden Thronen“ beifällig aus dem „Vaterland“ übernommen. Sie fahlt sich deshalb durch die abspredhenden Bemerkungen der „Kreuz-Zeitung“, obgleich diese sich nur gegen das sächsische Organ wendet, mitbetreffend und versucht sich zu rechtfertigen, indem sie — und dies ist beachtenswert — nicht etwa von jener verhängnisvollen Anklage der gründlich zu revidierenden monarchischen Gesinnung abrückt, sondern den „Kreuz-Zeitung“-Konservativen vorhält, daß hervorragende Mitglieder des preussischen Konservatismus früher schon ähnliche Anklagen losgelassen haben. Die „Deutsche Tagesztg.“ erinnert an die Worte des konservativen Abgeordneten v. Puttkamer-Plautz vom 29. Januar 1896 im preussischen Abgeordnetenhaus. Auch v. Puttkamer-Plautz schilderte damals das Gend der ländlichen Bevölkerung, um abdam, ganz ähnlich wie das „Vaterland“, zu der Folgerung zu gelangen:

„Meine Herren, in der landwirtschaftlichen Bevölkerung und — ich sage es als Ostländer mit einem gewissen Stolz — nicht zum geringsten in den östlichen Provinzen ist ein Kapital an monarchischer Gesinnung und Treue aufgespeichert, welches, wenn es mal verloren gehen sollte, meiner Ansicht nach sehr schwer wieder zu erziehen sein wird. (Bravo! Sehr wahr! recht.) ... Und das sollte man doch auch auf seinen der königlichen Staatsregierung nicht außer acht lassen. Dem ganz abgesehen von dem Wohl und Wehe der zeitigen Besitz, knüpft sich an diese eben von mir gezeichnete Gesinnung eine Masse von Interessen, meine Herren, die man als Lebendinteressen der Monarchie bezeichnen muß. (Bravo!)“

Da diese Ausführungen von anderer Seite sofort scharf beachtet wurden, versuchte ein Parteigenosse des unvorsichtigen Redners, der Abg. Jhr. v. Plettenberg, v. Rehrum, wiederum ähnlich wie jetzt das „Vaterland“, eine abschwächende Erklärung; er sagte:

„Wenn aber der Abgeordnete Anbel meinem Freunde Puttkamer vorgeworfen hat, daß er gewissermaßen gedroht habe, diese monarchische Treue könne im Osten verloren gehen, und daraus die Schlußfolgerung ziehen zu sollen meinte, daß diese Treue deshalb eine minderwertige sei als die westliche, so muß ich darauf hinweisen, daß er den Abg. v. Puttkamer mißverstanden hat. Dieser hat ausgeführt, daß, wenn diese treuen Leute — die Landwirte — durch Verarmung genötigt würden, ihre Scholle zu verlassen, um Proletarier zu werden, dann vielleicht sie selbst noch nicht, aber jedenfalls doch ihre Kinder die überlieferten Gesinnungen des lernigen Standes vergessen und verlieren würden, der uns die besten Soldaten und auch die besten Monarchisten liefert.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat nicht unrecht, wenn sie durch die Erinnerung an diese Ansprache hochkonservativer Abgeordneter und „Kreuz-Zeitung“-Freunde beweisen will, daß die im „Vaterland“ hervorgetretenen Anschauungen nicht neu und ungewöhnlich in der konservativen Partei sind. Das „Vaterland“ war nur überaus ungeheißt und äherte allzu plump die geimpften Gedanken des konservativen Junkertums.

Auch die obigen Erinnerungen der „Deutschen Tageszeitung“ bestätigen nur, daß der Monarchismus der konservativen Landwirte sofort zu Ende geht, sobald die Liebesgabenpolitik der Regierung aufhört.

Wie die Konservativen, die jetzt das Bekenntnis zum Hochschulzoll als notwendigen Bestandteil der Vaterlandsliebe erachten, einst geschworene Feindhändler waren, da der Freihandel ihren Interessen diene, so zweifelt niemand, daß gerade die Konservativen die rücksichtslosesten Feinde der Monarchie sind, sobald die Monarchie sich gegen Junkerprivilegien und Junkerbereicherung erklärt. —

Zur Fleischnot.

Der Verein deutscher Wurstfabrikanten hielt in Braunschweig seine Generalversammlung, in der sämtliche Redner sich gegen die agrarische Grenzsperrpolitik wandten. Man sagte die laut gewordenen Anschauungen in folgender Protestresolution zusammen:

Der Verein deutscher Wurstfabrikanten stellt mit tiefem Bedauern die Thatsache fest, daß die deutsche Erzeugung von Schlachtvieh, namentlich von Schweinen, seit Jahren dem Bedarf immer weniger genügt und infolgedessen die Preise stetig gestiegen sind. Es muß ausgesprochen werden, daß die deutsche Landwirtschaft, deren Bemühungen, die Viehzucht zu fördern, keineswegs verkannt werden, sich nicht im Stande gezeigt hat, den inländischen Bedarf an Schlachtvieh herbeizubringen. Soll das deutsche Fleischergewerbe und die Fleischernahrung des deutschen Volkes nicht dauernd auf das schwerste gefährdet werden, so ist die Zufuhr ausländischer Schlachtviehes in größerem Maße unbedingt notwendig. Die Gefahr der Seucheneinführung, die gegen die Einfuhr geltend gemacht wird, ist unter den nötigen Sicherungsmaßnahmen durchaus nicht vorhanden, wie die Einfuhr von Rindvieh aus Oesterreich-Ungarn und von russischen Schweinen in das oberösterreichische Industriegebiet unüberleglich beweist. Die Viehsperre bedeutet thatsächlich nichts andres, als ein wirtschaftliches Mittel, die Viehpreise hoch zu halten und weiter zu steigern. So sehr das Gedeihen der deutschen Landwirtschaft dem Verein deutscher Wurstfabrikanten wie jedem Deutschen am Herzen liegt und Förderung verdient, so kann sie doch nicht verlangen, daß ihre Interessen einseitig auf Kosten des Wohles der gesamten Bevölkerung durch die Zurückhaltung der Konkurrenz ausländischen Viehes begünstigt werden. Der Verein deutscher Wurstfabrikanten spricht deshalb die bringende Bitte und zuverlässige Hoffnung aus, daß die Regierung sich dem nicht verschließen wird, daß die Rücksicht auf das Wohl des Fleischergewerbes und die so wichtige Fleischernahrung des deutschen Volkes die weitere Öffnung der Grenzen für die Einfuhr von lebendem Vieh unter selbstverständlicher Innehaltung aller Vorsichtsmaßnahmen absolut gebietet.

Selbst das Pferdefleisch wird teurer!

Aus Roffschlächterkreisen wird dem „Berliner Tageblatt“ geschrieben:

Unter dem Einfluß des Rindvieh- und Schweinefleischmangels beginnt nun auch der Preis des Pferdefleisches zu steigen. Früher betrug der Preis für die schlechtesten Schlachtrosse etwa 30 Mark pro Stück, heute zahlt man bereits 50 Mark. Für gute Schlachtpferde zahlte man früher höchstens je nach Gewicht 80 bis 100 Mark, jetzt 100—150 Mark. Schieres Fleisch, das früher mit 20—25 Pf. pro Pfund bezahlt wurde, kostet jetzt 35—40 Pf., Füllfleisch — für Hunde zc. — ist von 10 Pf. auf 15—20 Pf. pro Pfund gestiegen.

Die Kenntnisse des Landwirtschaftsministers.

In der letzten Rede des Herrn v. Boddieski fahlt die „Kieler Zeitung“ aus: Die Behauptung des Herrn Landwirtschaftsministers v. Boddieski, daß die Grenzen für dänisches Rindvieh geöffnet seien, ist jedenfalls nicht wörtlich zu verstehen. Auf dem Landwege ist die Einfuhr von dänischem Vieh überhaupt verboten, nur für die Dauer weniger Wochen wird für ein kleines Quantum Rindvieh eine Ausnahme gemacht, welches in der Quarantänestation als gesund befunden und zur Zettgrahung in den Märkten bestimmt ist. Auf dem Seewege kann nur dänisches Vieh in solchen Häfen eingeführt werden, in welchen sich Seearquarantäne-Anstalten befinden. Das sind Spensrade, Flensburg und Kiel und für Hamburg-Altona Hagenfeld. Die Behauptung des Ministers, daß das aus Dänemark eingeführte Vieh zur sofortigen Schlachtung kommt, kann ebenfalls mißverstanden werden. Das eingeführte Vieh muß nicht nur längere Zeit in der Quarantänestation zur Beobachtung seines Gesundheitszustandes bleiben, sondern sich auch der Tuberkulin-Impfung unterziehen, wobei der Umstand ersahrend wirkt, daß alles Vieh, welches auf die Impfung nicht reagiert, zurückgeschickt werden muß. Diese Bedingung hat es zu Wege gebracht, daß die Kieler Station Jahre lang ganz verödet dastand. Wenn der Minister dafür eintraten sollte, daß das eingeführte dänische Rindvieh zur direkten Schlachtung kommt, wie es vor der Errichtung der Seearquarantäne-Anstalt der Fall war, dann würde es hier an geundem und billigen Fleisch nicht fehlen, ja selbst ein gebulagiger Aufenthalt in der Station würde die Einfuhr von Vieh ersaheren, aber doch nicht nahezu unmöglich machen, während die in ihren Ergebnissen äußerst zweifelhafte Probe der Tuberkulinimpfung fast genau wie eine Sperre wirkt. Gegen die Einfuhr dänischer Schweine besteht ebenfalls ein Verbot, welches keine Ausnahmen zuläßt.

Wir geben uns der Erwartung hin, daß die Handelskammer diese Gelegenheit benutzen wird, um auf diese Weise die Erleichterung der Bedingungen für die Einfuhr dänischen Rindviehes nachdrücklich einzutreten. Wenn die Tiere acht Tage in der Quarantänestation beobachtet und dann in einem öffentlichen Schlachthaus unter tierärztlicher Kontrolle geschlachtet werden, dann ist jede Möglichkeit einer Einschleppung von Seuchen aus Dänemark ausgeschlossen.“

Der Galatistentag in Danzig. d. h. die Versammlung der Ostmarkenvereine, die letzte Tage hat, hat durch eine Resolution folgende Germanisierungsmahregeln gegen die Polen verlangt:

1. Der salutative polnische Schreib- und Lehrunterricht in der Volksschule der gemischtsprachigen Landesteile wird, wo er noch besteht, aufgehoben.
2. Die für Westpreußen geltenden Bestimmungen über die Erteilung des Religionsunterrichts in deutscher Sprache sollen auf alle Teile der Ostmarken ausgedehnt werden.
3. Der salutative polnische Sprachunterricht an den höheren Lehranstalten wird beseitigt.
4. Die Bestimmungen, daß die aus dem Dispositionsfonds der Oberpräsidenten unterstützten Stipendiaten sich verpflichten müssen, polnisch zu lernen, wird aufgehoben.
5. Der Gebrauch der polnischen Sprache in Verammlungen ist nicht zu gestatten.
6. Die polnische Presse ist möglichst ganz zu verbieten, zum mindesten aber hat sie ihrem polnischen Text eine deutsche Uebersetzung beizufügen.
7. Postsendungen mit polnischen Aufschriften sind von der Beförderung ausgeschlossen.

Und diese Erzhauswünsche, die einen fremden Volkstamm in der brutalsten Weise verhöhnen und gebrevelt wissen wollen, wagen noch über Englands Voerpolitik zu schreiben.

Der Galatistentag sandte auch ein Telegramm an den Grafen Balow, auf das folgende Antwort einlief:

„Den auf dem Deutichentage in Danzig versammelten 12 000 Landeskenten sage ich herzlichsten Dank für ihre freundliche und patriotische Begrüßung. Ich bin überzeugt, daß die erhebenden Kaisertrage in Polen für die Deutschen der Ostmark ein Sporn sein werden, sich unter Ueberwindung aller trennenden Momente einmütig um die nationale Fahne zu scharen. Dann wird auch einer stetigen und zielbewußten Ostmarkenpolitik der Rückhalt nicht fehlen, dessen sie für den Schatz der deutschen Sache im Osten bedarf. gez. Reichskanzler Graf Balow.“

Börsartige Soldatenschänderei.

Vor dem Kriegsgericht in Reg hatten sich die Unteroffiziere Trautmann und Wehr von der 5. Compagnie des sächsischen Jägerregiments Nr. 12 wegen körperlicher Mißhandlung, Mißbrauch der Dienstgewalt, und die fünf Kanoniere Seidel II, Franke, Wach, Mohde und Klarner wegen Weichheit und Mißhandlung eines Kameraden zu verantworten. Am 9. März cr. unternahm der Kanonier Bolle vom genannten Truppenteil einen Selbstmordversuch, weil er nach seiner Angabe viel mißhandelt wurde. Die Untersuchung in dieser Angelegenheit, die zur Anklage gegen die bereits namhaft gemachten Unteroffiziere führte, brachte recht merkwürdige Dinge ans Licht. Die beiden Unteroffiziere und namentlich Trautmann „erzogen“ ihre Untergebenen durch Schläge. Besonders hatte sich Trautmann den Bolle aufs Korn genommen, den er ganz ausnehmend roh und gemein behandelte. Aus der „Kette der Mißhandlungen“ — so bräute sich der Vertreter der Anklage aus — sei erwähnt, daß er dem Bolle die brennende Cigarette aus dem Munde und ins Gesicht schlug, daß er ihn ohreitegte und mit dem Gewehrkolben vor die Brust stieß. Weil Bolle nicht „forch“ genug in das Zimmer der Unteroffiziere trat, mußte er auf Trautmanns Befehl zum Fenster des Erdgeschosses hinauspringen, um die Parade herumlaufen und nach drei Minuten wieder antreten. Da dies bei der Länge des Weges nicht möglich war, erhielt er Ohrspeigen und mußte den Weg fünfzehn bis zwanzig mal machen. Mehrfach wurde ihm das Mittagessen entzogen, so daß er hungrig zum Dienst mußte. Besondere Bugarbeit erhielt er so reichlich, daß er seine eigenen Sachen nicht genügend säubern konnte. Aber nicht genug, daß er selbst den Bolle täglich mißhandelte, listete er auch noch die Kanoniere an, ihn zu verhasen, sonst würde er sie, wie er sagte, auch noch mehr schleifen. Natürlich thaten dies nun die Kanoniere, schon aus Furcht vor dem Unteroffizier. Das Urteil lautete gegen Trautmann auf acht Monate Gefängnis und Degradation, gegen Wehr auf vier Wochen Mittelarrest und gegen die fünf Kanoniere auf je drei Tage Mittelarrest. —

Zu den preussischen Landtagswahlen.

Die Verordnung über die Ausführung der Wahl der Abgeordneten zur Zweiten Kammer vom 30. Mai 1890 — die „gesetzliche Grundlage des Wahlverfahrens“ — bestimmt in § 30:

„Der Protokollführer und die Beisitzer werden von den Wahlmännern auf den Vorschlag des Wahlkommissarius (dieser ernannt die Regierung, Ann. d. Red.) gewählt und bilden mit diesem den Wahlvorstand“ und in § 27:

„Er (der Wahlkommissar) hat die Verhandlungen über die Wahlen nach den Vorschriften dieser Verordnung zu prüfen, und wenn er einzelne Wahlfälle für ungültig erachten sollte, der Versammlung der Wahlmänner seine Bedenken zur endgültigen Entscheidung vorzutragen.“

Aus einer weiteren Bestimmung geht hervor, daß dieser Entschluß (durch Abstimmen) eine Diskussion vorangehen darf. Selbstverständlich können diese Vorschriften nur innegehalten werden, wenn sämtliche Wahlmänner in einem Lokal versammelt sind, ja auch dann wird bei der großen Zahl, die eine ganze Reihe von Wahlkreisen entsendet, die Verhandlung schwierig sein. Wie wichtig aber eine strenge Durchführung der Vorschriften ist, die einen gewissen Schutz gegen etwaige Willkürlichkeiten des von der Regierung ernannten Wahlkommissars bieten, geht daraus hervor, daß in den amtlichen Aufstellungen die Zahlen der Spalten: 'Wahlmänner a) überhaupt, b) für gültig gewählt erklärt', nur bei 91 unter 256 Wahlkreisen übereinstimmen!

Aus geben können aller Parteirichtungen zu, daß an vielen Orten überhaupt kein Lokal vorhanden ist, das die Zahl der Wahlmänner fassen könnte — für Zellow-Besow (Wahlort Köpenick) ist das für die vorige Wahl offiziell festgestellt. Es wäre wünschenswert, solche Feststellungen, wenn auch nur privatim, für weitere Wahlorte zu machen. In dem Zweck teilen wir im folgenden für die Wahlkreise mit über 500 Wahlmännern bei der letzten Wahl die 1903 ungefähr zu erwartende Zahl der Wahlmänner mit; statt der Bezeichnung des Wahlkreises ist der gesetzlich festgelegte Wahlort angegeben.

Es werden 1903 zu wählen haben:

Wahlmänner	in Wahlort
500—600	Lyd, Marienburg, Pr. Stargard, Königsberg, Prignitz, Landberg, Frankfurt a. O., Murovanna-Godlin (Poen), Gräy, Lissa, Sároda, Koschin, Schildberg, Schönlanke, Labischin, Delo, Schweidnitz, Ratibor, Gnadenfeld, Friedland (Schlesien), Reisse, Liegnitz, Landstede (Sachsen), Altona, Münster, Minden (Westfalen), Bonn, Geldern, Neuß, Kemnich oder Altenkirchen, Koblenz, Simmern, Merzig (Rheinprov.),
600—700	Culmburg (Westpreußen), Anklam, Greifenhagen, Stolp, Stettin, Mel, Glatz (Schlesien), Halberstadt, Eisleben, Merseburg, Soest, Brihl (Landkreis Aöln),
700—800	Brandenburg, Guben, Kottbus, Ratel, Sohrau (Oberschlesien), Würzig, Adersleben oder Kalbe, Weisenfels, Hagen, Gladbach,
800—900	Danzig, Waldenburg oder Reichenbach, Magdeburg, Halle, Hannover, Dorsten (Westfalen), Mülheim a. Rh., Frankfurt a. M., Viefelfeld,
900—1000	Köpenick,
1000—1100	Königsberg i. Pr., Berlin I, Solingen, Eberfeld, Düsseldorf,
1100—1200	Ottweiler, Aöln,
1200—1300	Berlin II, IV, Bernau, Breslau,
1300—1400	Berlin I, Solingen, Eberfeld, Düsseldorf,
1400—1500	Ottweiler, Aöln,
1500—1600	Berlin II, IV, Bernau, Breslau,
1600—1700	Berlin I, Solingen, Eberfeld, Düsseldorf,
1700—1800	Ottweiler, Aöln,
1800—1900	Berlin II, IV, Bernau, Breslau,
1900—2000	Berlin I, Solingen, Eberfeld, Düsseldorf,
2000—2100	Ottweiler, Aöln,
2100—2200	Berlin II, IV, Bernau, Breslau,
2200—2300	Berlin I, Solingen, Eberfeld, Düsseldorf,
2300—2400	Ottweiler, Aöln,
2400—2500	Berlin II, IV, Bernau, Breslau,
2500—2600	Berlin I, Solingen, Eberfeld, Düsseldorf,
2600—2700	Ottweiler, Aöln,
2700—2800	Berlin II, IV, Bernau, Breslau,
2800—2900	Berlin I, Solingen, Eberfeld, Düsseldorf,
2900—3000	Ottweiler, Aöln,
3000—3100	Berlin II, IV, Bernau, Breslau,
3100—3200	Berlin I, Solingen, Eberfeld, Düsseldorf,
3200—3300	Ottweiler, Aöln,
3300—3400	Berlin II, IV, Bernau, Breslau,
3400—3500	Berlin I, Solingen, Eberfeld, Düsseldorf,
3500—3600	Ottweiler, Aöln,

Wir richten nun an die Parteigenossen der verschiedenen Städte und ebenso an alle Freunde eines gesetzmäßigen Wahlvollzuges die Bitte, zu untersuchen, ob in der betreffenden Stadt ein Lokal vorhanden, das die angegebene Zahl von Wahlmännern in einem Raum zu fassen vermag. Ergibt sich, daß ein solches nicht vorhanden, so bitten wir eine diesbezügliche Mitteilung an Dr. Leo Arons, Berlin SW. 46.

Königsbergerstraße 100
gelangen zu lassen. Hinzuzufügen wäre: a) der Name des größten vorhandenen Lokals unter Angabe der polizeilicherseits festgestellten zulässigen Personenzahl, b) Bezeichnung der größten am Ort vorhandenen Kirche nebst ungefährender Zahl der von ihr zu fassenden Personen, da bereits früher Kirchen zu Landtagswahlzwecken benutzt wurden.

Alle Blätter, die einen gesetzmäßigen Wahlvollzug wünschen, werden um Abdruck gebeten — aus der Tabelle würden sie zweckmäßig nur die Orte ihres Verbreitungsgebietes aufnehmen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Landtagswahlen in Oest.

—st— Wien, 16. September. (Fig. Ver.) Der Monat Oktober wird in Oesterreich sehr bewegt sein: es steht nämlich die Wahl von acht Landtagen bevor. Aufgelöst wurden die Landtage von Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Vorarlberg, Kärnten, Steiermark, Mähren und Schlesien, und die Wahlen finden in allen Kronländern Ende Oktober und Anfang November statt. Die größere und über die Grenzen der Provinz hinausreichende Bedeutung kommt den Wahlen in Niederösterreich zu, denn hier soll der Versuch gemacht werden, ob es nicht möglich ist, das beschämende Joch der Luegerei zu brechen. Die Wichtigkeit des Landtags von Niederösterreich besteht darin, daß er über die Gemeinde Wien die Aufsicht führt; sein Charakter bestand darin, daß er eine Filiale des Wiener Gemeinderats war. Nur daraus ist die leidenschaftliche Wut zu erklären, womit die Luegerhorde ihre Majorität verteidigt — denn an sich sind die Befugnisse der österreichischen Landesvertretungen nicht so groß, um ein besonderes politisches Versehen zu können. Ueber die Chancen der Wahl läßt sich nichts vorhersehen; sind es doch ganz andere politische Verhältnisse, unter denen sie sich heuer abwickeln, als es die waren, die Lueger im Jahre 1896 den ersten großen Sieg brachten. Damals sammelte sich in seinem Lager alles, was mit der liberalen Wirtschaft, die ihren Höhepunkt in dem unglücklichen Koalitionsministerium erreicht hatte, unzufrieden gewesen war; und damals waren die Christlichsozialen auch eine ganz andere Partei, als sie heute sind. Damals verkörperte Lueger eine politische und wirtschaftliche Opposition, zwar mit unverkennbaren Merkmalen der Demagogie und Unerschlichkeit, aber doch etwas schlechthin anders, als es die gegenwärtige Partei der Verlogenheit, des Materialismus und stumpfsinnigen Terrorismus ist. Doch sich gegen die Wiener Gewaltthätigkeit eine starke Bewegung des lachenden Landes regt, daß insbesondere die Volkspartei, die vor sechs Jahren Herrn Lueger die Steigbügel hielten, heute Luegers grimmige Gegner geworden sind, ist nun wohl der Fall. Ob aber die Gegenströmungen, die unter einander nicht viel Gemeinsames haben, stark genug sein werden, gegen die Klünste der christlichsozialen Agitation, die nicht nur über den Pfarrer, sondern auch über die Landbürgermeister verfügt, anzukommen, das ist leider nicht so gewiß, als es wünschenswert wäre.

Die Socialdemokratie ist an diesen Wahlen im hohen Maße beteiligt. Vor allem durch das Mandat von Favoriten, das bei einer Erziehung für Victor Adler erlitten worden ist. Durch die letzte Reform der Wiener Gemeinde-Wahlordnung ist auch das Landtags-Wahlrecht erweitert worden — obwohl es noch lange nicht allgemein ist —, und der industriereiche Bezirk macht es möglich, das im Sturm eroberte Mandat auch zu behaupten. Aber es werden dazu die größten Anstrengungen nötig sein, denn die Christlichsozialen werden alles daran setzen, den Mann zu werfen, der sich im Landtage als Gegner von einer Kraft und Stärke erwiesen hat, wie sie ihm vorher nie begegnet sind, der in dieser Körperlichkeit eigentlich erst eine Opposition begründet hat. Auch andre Wahlkreise bieten Anzeichen — wenn es auch nicht gestattet ist, schon von Siegeserwartungen zu reden. Jedenfalls werden die Socialdemokraten, die durch die Personal-Einkommensteuer über starke Wählergruppen verfügen, nirgendwo zögern, ihre Stimme in die Urne gegen die Fortdauer der Luegerischen Tyrannei zu werfen.

Sonst interessieren eigentlich nur die Wahlen von Kärnten und Vorarlberg — nicht wegen der Bedeutung dieser Länder, sondern deshalb, weil da zum erstenmal eine neue allgemeine Kurie zur Wahl kommt. In Oberösterreich, Steiermark und Kärnten macht sich in unserer Partei eine starke Stimmung gegen die Deutsche Volkspartei geltend — dieselbe Partei, mit der wir in Niederösterreich bei den Wahlen eigentlich in einer Front marschieren. Die Zersplittertheit des österreichischen Parteilebens bringt aber die merkwürdigsten Verhältnisse zu Tage.

Frankreich.

Zur Vergarbeiter-Bewegung. — Senatswahl.

Paris, 16. September. (Fig. Ver.) Die Urabstimmung der Vergarbeiter des Loire-Beckens über die Frage der sofortigen Streiterklärung kennzeichnet sich durch die Enthaltung der überwiegenden Mehrheit. Von den 11 Gewerkschaften, die den Vorvertrag bilden, haben nur drei an der Abstimmung teilgenommen, diejenigen von Saint-Etienne, Firminy und Maccarie. Die übrigen 8 Gewerkschaften in 8 andern Orten haben meistens in Generalversammlungen beschlossen, die Entscheidung des Vergarbeiter-Kongresses (24. September) abzuwarten. Die drei genannten Orte zählen insgesamt etwa 10 000 Vergarbeiter, an der Abstimmung aber haben sich nur 3704 Mann beteiligt, darunter 2805 für den sofortigen Streik, 839 dagegen. Nun hat das Verhandlungskomitee das Datum der Streiterklärung zu bestimmen. Es soll das erst nächsten Sonntag thun, d. h. ein paar Tage vor dem Landeskongress. Es ist daher anzunehmen, daß die Frage des partiellen Streiks im Loire-Becken hauptsächlich bis zur Entscheidung des Kongresses über den Generalkrieg aller französischen Vergarbeiter in der Schwebe bleiben dürfte.

Im Departement Drome wurde der radikale Vizepräsident der Deputiertenkammer, Maurice Faure, ohne eigentliche Gegenkandidaten, mit 657 Stimmen bei 743 Abstimmenden in den Senat gewählt. Er ersetzt übrigens einen gleichfalls radikalen Senator, welcher letzterer an die Stelle Emile Labrets, des Präsidenten der Republik, gewählt worden war. — M. Faure folgt dem Ruf der bürgerlichen Politiker, bei der ersten Gelegenheit aus der Deputiertenkammer in den ruhigeren und beruhigenden Senat hinüberzuwandern.

Der religiöse Fanatismus in der Bretagne ist durch die Schließung der Schulen bezeichnend durch die Verhagung der Geistlichen auf das äußerste angefaßt worden. Dieser Tage sind gegen 8000 Pilger mit Erlaubnis nach Lourdes abgefahren. Der größte Teil derselben kam von Landerneau und Umgebung; nicht weniger als 400 Geistliche begleiteten den Pilgerzug.

Die Affaire de Chamallard. De Chamallard hatte in Quimper die Siegel von einer Schule der „Weißen Schwestern“ entfernt. Sogleich teilte er dies der Behörde mit und berief sich darauf, daß die Verordnung zu unrecht bestünde. In seiner Verteidigung vor dem Gericht zu Quimper, das dieser Tage gegen ihn verhandelte, erhob er dieselben Einwände. Trotz Einspruchs des Staatsanwaltes, der sich auf den Standpunkt stellte, daß der Gerichtshof nach der Berechtigung der Geheime nicht zu fragen habe, entschied das Gericht, daß dem Herrn de Chamallard zwei Monate Zeit zu lassen sei, die geforderte vorgeschriebene Begründung des Rücktritts, den er gegen die Dekrete des Ministeriums und die Verordnungen des Präfecten beim Staatsrat eingeleitet habe, beizubringen. — In einem zweiten Falle, wo ein adeliger Oberleutnant der Reserve unter derselben Auflage stand, wurde ebenfalls beschlossen, die Sache bis nach Entscheidung des Staatsrats zu vertagen.

Rußland.

Zwei Erlasse über das Universitätswesen sind dieser Tage durch den Minister für Volksaufklärung veröffentlicht worden.

Der erste Erlaß ordnet die Einsetzung eines Disziplinargerichts bei den Hochschulen an. Dieses Gericht setzt sich zusammen aus fünf Professoren, die gewählt und vom Rector des Lehrbezirks beauftragt werden. Sie entscheiden über alle geringfügigen Vergehen der Studenten und beginnen ihr Verfahren auf den Antrag des Rectors, der ebenso wie die Dekane nicht zu den Mitgliedern des Gerichts gehören darf. Die Strafen, die vom Disziplinargericht verhängt werden, bestehen in Verwehungen, Verweisen, Exmatrikulation und in der Relegation. Der zweite Erlaß des Herrn v. Sängers behandelt gewisse Organisationen unter den Studenten. Die einzelnen Kurie sollen Kuratoren erhalten, die vom Rector des Lehrbezirks ebenfalls aus den Professoren ernannt werden. Sie haben im Verein mit einer Kommission von Hochschullehrern die Aufsicht und Leitung der Arbeiten der Kurie und treten mit den Studenten in Verbindung, um deren etwaige Wünsche zu hören. Die Vertreter der Studenten sind hierbei gewisse Vorsteher, die von ihnen in diesem Zwecke einberufenen Versammlungen gewählt werden. Diese Versammlungen dürfen nur mit Genehmigung des Rectors einberufen werden und sind überhaupt die einzigen, die an der Universität gestattet sind. Alle allgemeinen Adressen, jede Entsendung von allgemeinen Abordnungen, öffentliches Redehalten und Veranstaltung von Sammlungen, jede Aueherung korporativen Zusammengehens sind verboten. Dagegen ist die Bildung wissenschaftlicher und literarischer Verbände gestattet, vorausgesetzt freilich, daß sie unter der Kontrolle des Rectors bleiben. Die Entscheidung seiner über die Gründung studentischer Vespellen, Speiseflächer, Kassen usw. hängt allein von der Universitätsbehörde ab.

Amerika.

Chinabente. In San Francisco sind vor einigen Wochen fünf kaiserlich chinesische Siegel und zwölf Tafeln aus dem kaiserlichen Tempel in Peking, sämtlich hergestellt aus dem kostbarsten, steinernen Nephrit, beschlagnahmt worden. Sie befanden sich größtenteils in dem Besitze eines Lieutenant's vom 9. Infanterie-Regiment, Namens John V. Schoeffel. Dieser behauptete, er hätte die Sachen in Peking von einem Chinesen für 50 Doll. gekauft und sie später mit nach den Philippinen genommen. Sowohl die Siegel wie die Tafeln sind von großem Werte, besonders aber die letzteren. Denn jede von ihnen, die alle einen halben Zoll dick, einen Fuß lang und vier Fuß breit sind, enthält einen kurzen Abriß der Geschichte eines Kaisers. Da es niemals erlaubt worden ist, Abschriften hiervon zu machen, so ist der historische Wert der Tafeln für die Chinesen geradezu unschätzbar. Deshalb hatte auch die Peking Regierung hohe Belohnungen auf ihre Wiederherbeziehung ausgesetzt und hatten die fremden Mächte gebeten, sie dabei zu unterstützen. Auch die zwei Zoll dicken und recht schweren Siegel sind kostbar.

Protest der Union gegen die rumänischen Judenverfolgungen. Die Washingtoner Regierung hat, nach einer Meldung des „N. Y.“, in Bukarest eine in äußerst scharfer Tone gehaltene Note überreichen lassen, die gegen die gegenüber den rumänischen Juden geltenden Vergewaltigungen protestiert. Die Legation für die Vereinigten Staaten zum Protest besteht darin, daß unter Verletzung des Berliner Vertrages jüdische Annahmen zum Auswandern gezwungen werden und in immer steigender Maße in die Vereinigten Staaten einströmen. Die Protestnote wird auch allen Unterzeichnern des Berliner Vertrages zugestellt.

Partei-Nachrichten.

Häufige Streitigkeiten haben sich in Düsseldorf unter den Parteigenossen entwickelt. Bekanntlich ist vor einigen Wochen das dortige Parteiblatt in einen andern Verlag übernommen worden und hat einen andern Namen erhalten. Aus Gründen finanzieller Natur war beschlossen worden, die gleichzeitig mit dem Verlags-

geschäfte betriebene, davon räumlich entfernte Buchhandlung, die ebenso wie der Zeitungsverlag auf den Namen des Genossen Wasser ging, aufzulösen. Zum Betriebe des Zeitungs-geschäfts wurde eine Verlagsgesellschaft Ballbrecht & Co. begründet. Bei der Abwicklung der Geschäfte geriet man in Streitigkeiten, für die übrigens der Hundstoss schon in gewissen Gegenständen älterer Datums vorhanden war. Es bestehen Differenzen über die Organisationsform, wobei die Ansichten sowohl der Genossen der Stadt und des Landbezirks wie auch innerhalb der Stadt auseinandergehen. In der Zeitungsangelegenheit wird nun behauptet, Genosse Wasser hätte sich geneigert, die Parteigeschäfte abzugeben in der Absicht, sich das Parteieigentum anzueignen. Wasser dagegen behauptet, daß er gar nicht daran gedacht habe, sich Parteieigentum anzueignen, das ja nur aus Schulden bestehe. Er habe nur vor ordentlicher Abwicklung der Geschäfte nichts übergeben wollen, da er als eingetragener Firmeneigentümer für die Verbindlichkeiten des bisherigen Geschäfts persönlich haftbar sei.

Das ist nun schon etwa sechs Wochen her; aber anstatt alles zu thun, um ihn endlich bezulegen, geben die Düsseldorf Genossen der Welt das erbauliche Schauspiel, den Streit immer mehr zu verschärfen. Er hat jetzt Formen angenommen, die es geboten erscheinen lassen, daß man den Genossen ernstlich nahe legt, Verzicht anzunehmen und sich nicht gegenseitig zu geißeln. Zwar wurde am Dienstag voriger Woche in einer Versammlung des Düsseldorf socialdemokratischen Vereins wiederholt ausgesprochen, daß man einig sein und den Streit aus der Welt schaffen wolle, doch ist von der Verwirklichung dieser Gelübisse nichts zu spüren.

Die Genossen der Stadt Düsseldorf stehen in der Mehrzahl auf Seiten der Redaktion des Parteiblattes, die Mehrzahl der Genossen der Landorte stehen auf der entgegengesetzten Seite, der Wasser's, mit ihnen der Kreis-Vertrauensmann, der aber auch das Vertrauen der städtischen Genossen noch jetzt zu genießen scheint, denn er ist erst kürzlich in seinem Amte von einer in der Stadt abgehaltenen Kreis-Parteiversammlung bestätigt worden. Die Genossen des Landbezirks hielten dagegen am 7. September eine Kreisversammlung, in der sie durch Beschluß das Vorgehen gegen Wasser, die Umwandlung der Zeitung und die Umwandlung der Organisation verurteilten. Die Redaktion des Parteiblattes zog erst die Pressekommision zu Rate, ob sie den offiziellen Bericht von dieser Kreisversammlung abdrucken sollte.

Die Düsseldorf Genossen ziehen wieder in ihrem Verein über diese Kreisversammlung in einer Weise her, die ebenfalls nicht geeignet ist, den Streit beizulegen.

In der neuesten Nummer teilt nun gar das Parteiblatt mit, daß Genosse Wasser mit dem Gerichtsvollzieher in den Geschäftsräumen des Blattes erschienen sei, um die Bücher zu pfänden, und daß zum Ueberflus der Schriftführer der Kreisversammlung den verantwortlichen Redacteur auf Herausgabe des Manuskripts von dem Bericht über diese Konferenz beim Gericht verklagt habe.

Man hat bei allen diesen Vorwärtigkeiten, bei denen man ja Recht und Unrecht aus der Ferne schwer abwägen kann, die Empfehlung, daß auf beiden Seiten das Geßel für die Verantwortung vollständig geschwunden ist, die die maßgebenden Parteigenossen zu tragen haben und deren sie sich bei ihrem öffentlichen Handeln immer und unter allen Umständen bewußt sein sollten. Auf den führenden Parteigenossen ruht die Verantwortung dafür, wie die Partei am Orte sich entwickelt. Diese Verantwortung ist unter den schwierigen Verhältnissen des Rheinlandes doppelt groß. Die Düsseldorf Parteiblätter haben der gesamten deutschen Partei gegenüber die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß dieser widerwärtige persönliche Faust unter allen Umständen beseitigt wird. Ihre Differenzen sollen sie in geordneter Weise unter Zurückstellung aller persönlichen Empfindlichkeiten schlichten und dann gemeinsam für die Ausbreitung der Partei arbeiten. Sie stehen auf einem vorgeschobenen Posten und sie sind der Partei Rechenschaft schuldig, wenn sie durch persönlichen Faust die Interessen der Gesamtpartei schädigen.

Wie man Socialdemokraten im Gefängnis behandelt. Genosse Quard in Frankfurt a. M. ist am Samstag nach Verbüßung einer Strafe von 11 Wochen Gefängnis wieder in die Freiheit zurückgekehrt. Ueber seine Behandlung schreibt die „Frankfurter Volksstimme“:

Die Behandlung des Genossen Quard ist diesmal eine wesentlich strengere gewesen, wie bei seiner ersten Inhaftierung 1899. Seit dem Tode der Direktors Kreile sind in der Preußengeheimer Strafanstalt große Veränderungen vor sich gegangen. Die humane Behandlung, deren sich zu Streik's Zeiten politische Gefangene zu erfreuen hatten, hat jetzt aufgehört. Das erfährt schon Genosse Zielowski, als er das zweite Mal 1900 vier Wochen in Preußengeheim war und — Erdien, Linsen und Bohnen kochen mußte, weil ihm die Staatsanwaltschaft Selbstbeschäftigung verweigert hatte. Diese Verwahrung hat zwar Genosse Quard diesmal noch — wie ihm ausdrücklich gesagt wurde — gehabt, aber im allgemeinen ist die Behandlung diesmal eine wesentlich strengere gewesen, und zwar soll dazu ausdrücklich die Weisung von der Ober-Staatsanwaltschaft ergangen sein. Entsprechend seiner Zustellung hat denn auch Direktor Nigula gehandelt. Vor allen Dingen wurde Quard nicht gestattet, irgend eine Zeitung, nicht einmal das Amtsblatt, lesen zu dürfen. Wegen eines Briefes, den er schreiben, oder eines Besuches, den er empfangen wollte, war in jedem Einzelfalle eine Eingabe notwendig. Alle erhaltenen Briefe, auch die von seiner Frau und seinen Kindern, mußte er im Anfang seiner Haft nach drei Tagen wieder ablesen, jedoch Genosse Quard, bis er durch besondere Eingabe erzielte, daß er sie behalten durfte, zuerst nicht einmal dieser kleinerer Freude voll teilhaftig wurde. Diese Maßnahme kam nur der Würdigen, der weiß, welche Hilfe Freunde einem Gefangenen ein Brief von lieber Hand bereitet. Früher durften unsere Wissens alle Gefangenen ihre Briefe behalten; man gestattete ihnen bei guter Führung sogar, daß sie eine geliebte Photographie von der Frau, Kindern oder einer Braut behalten durften. Sogar eine Anzahl harmloser Ansichtskarten, die Freunde und Parteigenossen Quard ins Gefängnis geschickt hatten, wurden ihm nicht anscheinend, jedoch er auch dieser Trostzeichen verlustig ging. Selbst ganz unbedeutende kulturhistorische Bücher, von einem Freund aus Quard's Heimat gekauft, ließ die Direktion an den Absender zurückgehen, obgleich Quard Selbstbeschäftigung hatte. Die Genossen Schmidt und Zielowski, die um die Erlaubnis gebeten hatten, ihren Kollegen einmal besuchen zu dürfen, um über verschiedene reaktionelle Angelegenheiten mit ihm zu reden, wurden mit ihrer Bitte abgewiesen. In einer solchen persönlichen Mißsprache liegt kein Bedauern vor; ausnahmsweise wollte Herr Nigula einen brieflichen Verkehr gestatten. Auf eine Beschwerde Schmid's an den Justizminister hat dieser später geantwortet, daß das Verhalten der Strafanstalts-Verwaltung ein torrektes gewesen sei. Natürlich!

Aber alle diese kleinen Kadelstiche wären schließlich noch zu ertragen gewesen, wenn Quard wenigstens in Bezug auf seine Gesundheit schonender behandelt worden wäre. Trotzdem er durch ärztliches Zeugnis nachwies, daß seine Konstitution bezüglich der Kost und Bewegung im Freien Mächtigsten erfordere, die lediglich eine Erkennung verhielten sollten, konnte er nicht mehr als zwei Mal je eine halbe Stunde am Vormittag Bewegung in freier Luft erlangen, und zwar wurde er dabei streng bewacht. Unter der früheren Direktion war den politischen Gefangenen vornehmlich und nachmittags je eine Stunde Spaziergang gestattet. Auch in Vagbad genoss Genosse Zielowski diese Vergünstigung, wie überhaupt dort die Behandlung eine viel humanere war. So blieb denn nicht aus, was voraus zu setzen war: Genosse Quard erkrankte am Schluß der ersten zwei Monate, wurde belästigt und kam nun endlich, nachdem er Schaden an seiner Gesundheit gelitten, ins Lazarett mit reichlicherem Luftgemisch, wo er ärztlich wieder hergestellt wurde. Nach Aussage des Arztes hat er jedoch mehrere Wochen zur Erholung nötig.

Wenn man diese Behandlung eines wegen politischer Vergehen verurteilten Redacteurs mit der des Duellmörders Falkenbogen und anderer nobler Herren vergleicht, die mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt geraten, dann wird einem offenbar, wie sehr nicht nur in der Strafrechtspflege, sondern auch im Strafvolk mit zweierlei Maß gemessen wird.

Krankenkasse und Ärzte.

Wir werden um die Aufnahme der folgenden Ausführungen ersucht:

Ich möchte heute das Urteil der breiten Öffentlichkeit in einer Frage anrufen, die fast andauernd Anlaß zu Polemiken in medizinischen und politischen Zeitschriften bietet. Der Vorgang, der mich dazu veranlaßt, pflegt sich in gleicher oder ähnlicher Form in ganz kurzen Zeiträumen zu wiederholen und ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, um meinen prinzipiellen Standpunkt in dieser Frage darzulegen, für den, wie ich hoffe, auch die Leser dieses Blattes zu gewinnen sind. Zu meiner Darlegung treibt mich nicht allein der Wunsch, einer gerechten Forderung neue Anhänger zu werben, sondern außerdem die unangenehme Notwendigkeit, mich gegen persönliche Angriffe, denen ich leider von Parteigenossen ausgelegt war, auch den Parteigenossen gegenüber zu verteidigen. Es handelt sich um die wiederholte Frage des Verhältnisses der Krankenkassen-Vorstände zu ihren Ärzten. Der tatsächliche Vorgang, der diesen Erörterungen zu Grunde liegt, ist in kurzem folgender: Eine große Berliner Orts-Krankenkasse, die „Orts-Krankenkasse der Gastwirte und verwandten Gewerbe zu Berlin“, fand die Zahl der bisher angestellten Ärzte zu gering und will einige neue Ärzte engagieren, ohne indessen für die Summe des ärztlichen Honorars beträchtlich größere Aufwendungen als früher zu machen; sie schlug demzufolge ihren bisher angestellten Ärzten, ohne sich vorher mit ihnen ins Einvernehmen zu setzen, plötzlich eine Kontraktänderung mit Gehalts-herabsetzung vor, auf die eingezogene die betreffenden Ärzte gezwungen sind, wenn anders sie sich nicht einer Kündigung aussetzen wollen. Der vorgeschlagene neue Vertrag um fest Zahlungsbedingungen fest, die sowohl von der Vertragskommission der Ärztekammer, d. h. der von den Ärzten gewählten Ständevertretung, als von der Vertragskommission des Vereins der freigewählten Kassenärzte für staatsunwürdig und also jedem anständig denkenden Arzt unannehmbar erklärt werden. Der Verein der freigewählten Kassenärzte stellt eine wirtschaftliche Organisation dar, die es zu ihrer Aufgabe macht, den Kassenärzten möglichst gute materielle Arbeitsbedingungen zu schaffen. Diese Organisation schließt von ihrer Mitgliedschaft alle diejenigen Ärzte aus, welche von ihr nicht gebilligte Verträge mit Krankenkassen unterzeichnen. Dem Verein der freigewählten Kassenärzte gehören der weitaus größte Teil der Berliner Ärzte und auch viele der augenblicklich bei der Gastwirtskassen-Ärzten an. Durch ihre Zugehörigkeit zu diesem Verein beweisen alle diese Herren natürlich ihre Uebereinstimmung mit seinen wirtschaftlichen Zielen. War nun ein Vertrag mit einer Krankenkasse abzuschließen, den der Verein nicht billigt, treibt das, was man als „Unterbietung“ zu bezeichnen pflegt. Eine solche „Unterbietung“ verlangt nun die Gastwirtskassen bei Gefahr der Kündigung von ihren Ärzten und noch obendrein eine Unterbietung der vorher durch ihre Zugehörigkeit zum Verein von ihnen selbst geforderten Arbeitsbedingungen. Ärzte, die im Falle sich die bisherigen Kassenärzte für den neuen Vertrag nicht bereit finden lassen, sich der Kasse anschließen würden, müßte man nach der allgemein üblichen Benennung als „Streikbrecher“ bezeichnen. Ich habe an dieser Stelle nicht nötig, auf die moralische Wertung einzugehen, die ein Streikbrecher in seiner Gesellschaftsklasse genießt. Ich gehöre zu den Ärzten der Gastwirtskassen und sah mich in dieser Eigenschaft veranlaßt, den Beschluß des Vorstandes zu mißbilligen und meine Kollegen aufzufordern, nicht auf denselben einzugehen. Aus diesem Grunde haben dann Genossen die Aufrichtigkeit meiner „arbeiterfreundlichen Gesinnung“ angezweifelt. Ich möchte nun zu beweisen suchen, daß jeder wahre „Arbeiterfreund“ gerade nur den gleichen Standpunkt vertreten sollte, wie ich, indem ich zweierlei Fragen aufwerfe, erstens: Ist die Handlungsweise des Kassenvorstandes ethisch zu rechtfertigen? Zweitens: Ist sie klug und im Interesse der Kassenmitglieder liegend? Die erste Frage nun muß mit vollster Entschiedenheit verneint werden. Gleiches Recht für alle! Ist doch wohl diejenige Forderung, für die zunächst alle Sozialisten eintreten. Nun fordern aber die Arbeiter von den Unternehmern das Recht der freien Organisation und Anerkennung der von der Organisation festgesetzten Arbeitsbedingungen. Im Verhältnis der Kassenvorstände zu ihren Ärzten spielen erstere die Rolle der Unternehmer, die Ärzte diejenige der Arbeitnehmer. Der Vorstand der Gastwirtskassen nun verlangt von seinen Ärzten bedingungsloses Eingehen auf die von ihm festgesetzten Arbeitsbedingungen und directes Zwangsverhandeln gegen die Forderungen ihrer Organisation, so daß sie von dieser Organisation ausgeschlossen werden; er verlangt also Klipp und Klar „Streikbrechertum“. Der Kassenvorstand weiß sehr wohl, daß nur die bitterste wirtschaftliche Notlage, die Unmöglichkeit, auf das bisher bezogene Honorar ganz zu verzichten, die Ärzte dazu zwingen kann, auf die ihnen gestellten Bedingungen einzugehen, und er scheint sich nicht, diese wirtschaftliche Notlage zu seinem Vorteil auszunutzen; das ihm sozialistisch denkende, organisierte Arbeiter; sie messen mit zweierlei Maß für sich und für ihre Ärzte; eine Handlungsweise, die ihre eigenen Kollegen in ihren Augen unehrenhaft machen würde, nutzen sie ihren Ärzten zu. Meiner Meinung nach sollte jeder Sozialist, der nicht nur das Wort, sondern auch den Sinn verstanden hat, die Verechtigung und Notwendigkeit der Organisation ebensowohl für die Willkürproletariat — in erster Linie also für die Ärzte — wie für die Proletariat der körperlichen Arbeit anerkennen, und sollte diese Organisation auch achten; stellt er sich hier auf den krassen Nachsichtspunkt, indem er sagt: Wir nehmen die Ärzte zu den billigsten Arbeitsbedingungen, zu denen wir sie finden können, so schlägt er seinen eigenen Interessen ins Gesicht; denn er gibt dem Unternehmer die Handhabe für die Unterdrückung auch seiner Organisationen und die Ausnutzung auch seiner wirtschaftlichen Notlage. Daß die Ärzte heutzutage zum größten Teile hauptsächlich Proletariat sind, das bedarf keiner Auseinandersetzung mehr; es ist bereits zum Ueberdruß auch in sozialistischen Blättern dargelegt worden; aber dabei muß auch außerdem noch berücksichtigt werden, daß man die Arbeit eines Arztes nicht wie die des Arbeiters einfach nach der Stundenzahl abschätzen kann; der Arzt muß für seine Arbeit überall seine ganze Persönlichkeit einbringen; er trägt eine Verantwortung, die mit Geld überhaupt nicht zu bezahlen ist. Schlechte Bezahlung aber zwingt ihn noch obenein, seinen Kräften mehr zuzumuten, mit anderen Worten mehr Patienten zu übernehmen, als er freiwillig thun würde und als er eigentlich vor seinem Gewissen verantworten kann; aber natürlich die dira necessitas muß das Gewissen betäuben; denn auch der Arzt muß leben und seine Familie ernähren. Herabdrückung der Bezahlung der Kassenärzte führt also zur Ueberlastung derselben, und unter dieser Ueberlastung muß die Behandlung der Kassenmitglieder im Notfall leiden. Wenn also der Kassenvorstand an Respekt vor dem Arzt seinen Willkürherrscher die Bezahlung niedrigerer Beiträge zu ermöglichen, so spüren die Mitglieder die Folgen dieser niedrigeren Beiträge am eigenen Leibe, wenn sie krank werden; auch zeigt sich die tatsächliche Folge der Ueberlastung der Kassenärzte darin, daß sehr viele Kassenmitglieder im Krankheitsfalle einen Privatarzt aufsuchen und ihn lieber aus eigener Tasche bezahlen, weil sie sich vom Kassenarzt, oft wohl nicht ganz mit Unrecht, vernachlässigt glauben. Sollten sie da nicht besser daran thun, sich lieber von vornherein zu etwas höheren Beiträgen zu verstehen, die es ihren Kassenärzten ermöglichen würden, bei angemessenem Honorar ihre ganze Kraft für die Kassenmitglieder einzusetzen, als einen höheren, wie den ersparten Betrag im Krankheitsfalle für den Privatarzt auszugeben? Als wirklicher „Arbeiterfreund“ also erweist sich nur der, der menschenwürdige Bezahlung für den Kassenarzt verlangt, weil die gewissenhafteste ärztliche Behandlung, die nur durch ausreichende Bezahlung garantiert werden kann, für die Kassenmitglieder eben gut genug ist. Wer den Kassenarzt materiell zu einem Arzt zweiten Grades herabdrückt, macht die kranken Kassenmitglieder ebenfalls zu Kranken zweiten Grades.

Dr. Martha Wygodzinski.

Aus Industrie und Handel.

Der Vorstand des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller berichtet uns:

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: H. Wode in Berlin. Druck und Verlag von Max Böding in Berlin.

Die Mitglieder der im Verein Berliner Kaufleute und Industrieller oder die im Centralausschuß zusammengeschlossenen wirtschaftlichen Verbände und Fachorganisationen erhalten in den Dienststunden 9-1 und 4-7 auf dem Vereinsbureau, Kaufhausstraße 85, Auskunft über Zollfrage des In- und Auslands. Bei Waren, deren Tarifierung seitens der ausländischen Zollverwaltung Zweifeln unterliegt, ist es ratsam, bei der Befragung des Vereinsbureaus thunlichst eine Probe beizulegen. In allen Fällen, in denen es fraglich erscheint, welcher Position eines ausländischen Zolltarifs eine für die Ausfuhr bestimmte Ware zugeordnet wird, empfiehlt der Vorstand allen ihm zugehörigen Beteiligten, vorüberige Auskünfte insbesondere um deswillen einzuziehen, weil offensichtlich die Meinung der ausländischen Einkäufer zuzunehmen, deutsche zur Einfuhr in das betreffende Land bestimmte Waren „franco Zoll“ zu erstehen, sodas eine etwaige zu niedrige Kalkulation der zu erwartenden Zollfrage den heimischen Interessenten zur Last fällt.

Das Fehlen fester Bestimmungen für die Begriffe „Fabrik“ einerseits und „Handwerk“ andererseits, sowie der Umstand, daß darüber, ob ein Betrieb einer bestehenden Zwangsordnung zuzuwenden ist oder nicht, letztinstanzlich die höhere Verwaltungsbehörde entscheidet, haben, zumal da diese Entscheidungen in den einzelnen Bezirken nicht nach einheitlichen Grundsätzen erfolgten, schwere Unzuträglichkeiten im Gefolge gehabt. Um die sich daraus ergebende Rechtsunsicherheit abzustellen, hat der Centralausschuß beschlossen, beim Herrn Reichsfinanzminister wie beim preussischen Herrn Handelsminister zu beantragen, es möge bei der ersten sich darbietenden Gelegenheit eine Aenderung des § 100h der Gewerbe-Ordnung nach der Richtung hin vorgenommen werden, daß die Frage, ob jemand einer Zwangsordnung als Mitglied anzugehören verpflichtet ist, nicht mehr in letzter Instanz von der höheren Verwaltungsbehörde, sondern durch ein geeignetes richterliches Verfahren entschieden werde.

Handelsbilanz und Industrieblüte. Wie völlig verkehrt es ist, aus der Zu- oder Abnahme des Außenhandels eines Landes ohne weiteres auf einen günstigen Stand der industriellen Thätigkeit in diesem Lande zu schließen, lehrt eine soeben vom englischen Board of Trade veröffentlichte Handelsstatistik über die Ein- und Ausfuhr einiger Haupthandelsländer während des ersten Halbjahres von 1902. Die Aufstellung zeigt Deutschland an der Spitze der Länder, welche in dieser Zeit Fortschritte im Außenhandel machten. Die Gesamteinfuhr in Deutschland betrug in der angegebenen Zeit rund 139 Mill. Pfd. Sterl. und übertraf die Einfuhr in der gleichen Zeit des Vorjahres um fast 5 Mill. Pfd. Sterl.; die Gesamtausfuhr stellte sich 1902 auf 112,4 Mill. Pfd. Sterl. und damit um 7,5 Mill. Pfd. Sterl. höher als 1901. Kein Land hat eine gleich beträchtliche Zunahme seines Außenhandels aufzuweisen, besonders nicht die beiden mächtigsten seiner Rivale auf dem Weltmarkte, Großbritannien und die Vereinigten Staaten. Die englische Einfuhr, die sich auf nicht weniger als 202,7 Mill. Pfd. Sterl. bezifferte, hat nur um ca. 320 000 Pfd. Sterl. gegen das Vorjahr zugenommen, und die englische Ausfuhr, die im ersten Semester 1901 schon 188,0 Mill. Pfd. Sterl. betragen hatte, blieb dahinter um 3,2 Mill. Pfd. Sterl. zurück. Und ebenso haben die Vereinigten Staaten mit ihrer Einfuhr von 193 Mill. Pfd. Sterl. gegen die gleiche Zeit des vorhergehenden Jahres einen Anstieg von über 17 Mill. Pfd. Sterl. gehabt, d. h. der bedeutendste Anstieg unter allen Staaten. Dagegen ist die amerikanische Einfuhr gesunken: sie betrug im laufenden Jahre 94,98 Mill. Pfd. Sterl. oder 4,5 Mill. Pfd. Sterl. mehr als im vorhergehenden Jahre.

Somit hatte Deutschland seine Position im Weltmarkt abermals erfreulich verbessert; es nehmte zwar noch immer den Wert seiner Einfuhr nach die zweite Stelle hinter Großbritannien und den Vereinigten Staaten ein; besonders in letzterer Beziehung aber sei der Abstand zwischen der Union und Deutschland, der im vorhergehenden Jahre noch fast 46 Mill. Pfd. Sterl. betrug, auf circa 22 Mill. Pfd. Sterl. zusammengedrückt.

Die Mehreinfuhr Deutschlands erklärt sich einfach daraus, daß es infolge seiner vorjährigen ungünstigen Ernte und seines Fleischmangels weit mehr Getreide, Vieh, Fleisch und andre Nahrungsmittel im ersten Halbjahr 1902 einzuführen gezwungen war, als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres. Und seine größere Ausfuhr rührt daher, daß, da auf dem inneren Markt die Krise andauert und der Abzug stockt, verschiedene Industriezweige, vor allem die Eisens-, Stahl- und Kohlenindustrie, sich gezwungen sahen, ihre Produkte zu niedrigsten Preisen nach den Auslandsmärkten abzugeben. Die Einfuhr- und Ausfuhrsteigerung bedeutet also keineswegs ein weiteres röchliches Aufblühen der deutschen Industrie, sondern im Gegenteil ein Andauern ihrer unglücklichen Lage.

Ueber den Einfluß der Eisenzölle auf den deutschen Lokomotivbau. Die stärkste Konkurrenz wird dem deutschen Lokomotivbau von England und Amerika gemacht. Obwohl das deutsche Fabrikat in Anbetracht seiner Solidität überall Anerkennung findet, vermag es doch nicht, infolge der erheblich höheren Einfuhrkosten, insbesondere durch den auf dem verwendeten Rohmaterial und Halbfabrikat ruhenden Zoll, die Konkurrenz der genannten beiden Länder zu überwinden. Das Mittel, den deutschen Lokomotivbau stärker in den Weltmarkt zu stellen, den zu gestalten, dürfte daher mehr in der Begünstigung der zollfreien Einfuhr von Rohmaterialien und Halbfabrikaten mit der Verpflichtung der Wiederausfuhr als in einer Erhöhung der Einfuhr ausländischer Lokomotiven durch hohe Zölle zu finden sein. Und dies umso mehr, als die Ausfuhr die Einfuhr stets erheblich übertraf.

Das schreibt daselbe Specialorgan des Centralverbandes deutscher Industrieller, daß die Aufrechterhaltung des Rohzeisensolls und die Zollserhöbungen auf Halbstoffe als „rettende“ Thaten und als ein Segen für das deutsche Wirtschaftsleben gepriesen hat. Es geht doch nichts über die durch den Profit forrigiterte echte Unternehmerlogik.

Ueber die Folgen des amerikanischen Kohlenarbeiterstreiks. berichtet die „National-Rev.“: Nach den Berichten von Ingenieuren, die die Verhältnisse in den Wilkesbarre-, Schuylkill- und Wyoming-Distrikten untersucht haben, geht hervor, daß in mehr als ein Drittel der Gruben Wasser eindringungen ist und viele Monate vergehen werden, ehe dieselben unter Zuhilfenahme weiterer Maschinen wieder betriebsfähig sind. Die Kohlen selbst haben wenig an Wert verloren, doch ist der den Maschinenanlagen zugefügte Schaden bedeutend, zumal dieselben in vielen Fällen seit Wochen unter Wasser gewesen sind. Auch die Erneuerung der Holzgerüste, welche teilweise weich und daher leicht der Fäulnis ausgesetzt sind, wird den Grubenbesitzern bedeutende Kosten verursachen. Viele ältere Betriebe sind fast gänzlich erschaffen, so daß kaum der Versuch gemacht werden dürfte, sie wieder anzupumpen. Die jetzigen Kohlenpreise stehen etwa 40-75 Prozent höher, als zur gleichen Zeit des Vorjahres, doch ist ziemlich gewiß, daß die Preise noch weiter in die Höhe gehen werden.

Amerikanische Arbeiter. Unter den Gründen, welche die deutschen Industriellen, besonders der Eisens- und Stahlbranche, für ihre Zollforderungen anführen, steht die Behauptung obenan, daß der amerikanische Arbeiter weit leistungsfähiger sei als der deutsche und durch diese größere Leistungsfähigkeit der etwas höhere amerikanische Lohn nicht nur reichlich ausgeglichen werde, sondern der amerikanische Unternehmer sogar noch gegenüber seinem deutschen Konkurrenten im Vorteil sei. Verschiedentlich hat darauf schon der „Vorwärts“ erwidert, daß allerdings der amerikanische Arbeiter ein größeres Quantum Arbeit liefert, aber meist nicht, weil er sich mehr abtrotzt und intensiver arbeitet, sondern weil in den amerikanischen Betrieben die Anwendung von Maschinen mehr vorgeschritten sei und in ihnen ein besseres Hand-in-Hand-Arbeiten stattfindet — seien doch in vielen der konkurrenzfähigsten amerikanischen Industriezweige die Arbeiter zum größten Teil Ausländer. Einen interessanten Bei-

trag zu dieser Frage liefert ein hervorragender belgischer Techniker, den die „Independance Belge“ nach den amerikanischen Industriezentren entsandt hatte, um dort die Fabrikationsmethoden und die Ueberlegenheit der amerikanischen Produktion zu studieren. Er schreibt:

„Haben die Amerikaner wirklich ein besseres Arbeitermaterial als wir in Europa? Nun, an den Arbeitern selber, d. h. an den Qualitäten, die sie von Haus aus mitbringen, liegt es gewiß nicht, wenn in Amerika mehr geleistet wird als in Europa. Viele unserer besten Arbeiter“, sagte mir kürzlich Mr. Westinghouse, der Vizepräsident der Westinghouse Electric Company, „kommen von Europa“. Das ist wohl der schlagendste Beweis. In den Pittsburgher Kohengruben schlägt man besonders die deutschen, belgischen und französischen Arbeiter. Als Glasbläser finden Europäer stets prompte Verwendung. Und so ist es in vielen andern Industriezweigen. Der Unterschied liegt also nicht im Menschenmaterial, sondern in den besseren Maschinen und namentlich in den besseren sozialen Verhältnissen. „On est plus do coeur à l'ouvrage“, sagte mir ein nordfranzösischer Arbeiter, welcher in einem Schmiedewerk in Pennsylvania beschäftigt ist, — „man ist mehr mit dem Herzen bei der Arbeit“.

Sociales.

Die Kreuznacher Helldenkung wird auch vom Reichstags-Abgeordneten Rich. Müsse mißbilligt. Es ist interessant, die Gründe dieses, sozialistischer Anschauungen gewiß nicht verdächtigen Mannes zu hören. Er sagt in einem Artikel der „Soz. Praxis“ (Nr. 51) ausdrücklich, daß der Ausschluß der Konsumvereine aus dem allgemeinen Verbandsgerade vom Standpunkte liberaler Anschauungen zu verurteilen sei. „Man kann“, so schreibt er, „die Frage, ob eine Förderung der Interessen von Kredit- und Konsum-Genossenschaften in einem gemeinsamen Verbandsgerade auf die Dauer möglich ist, bejahen oder verneinen, man kann ferner den Wert von Konsum-Genossenschaften je nach dem wirtschaftlichen Standpunkt, den man einnimmt, verschieden beurteilen; doch aber die Thätigkeit des letzteren die Verdrängung eines Teiles des Zwischenhandels bedeutet, ist ebenso selbstverständlich, wie daß die Großbetriebe die Kleinbetriebe, die Warenhäuser den Kleinhandel und die Fabriken das Handwerk zu verdrängen geeignet sind. Wo haben denn aber jemals liberale Männer hieran Anstoß genommen? Wo haben sie sich denn bisher der modernen Entwicklung der Produktion und des Warenverkehrs widersetzt? Ist nicht von liberaler Seite dem Fortschritt auch auf wirtschaftlichem Gebiete von jeher das Wort geredet und die sogenannte Mittelstandspolitik, die durch Zwangsbindungen, Befähigungsnachweise, Unterdrückung oder Sonderbelastung der Großbetriebe die freie Konkurrenz unterbinden, veraltete Wirtschaftsformen und die aus eigener Kraft nicht mehr lebensfähigen Existenzen künstlich erhalten will, von allen liberalen Parteien bekämpft worden? Gerade von dem Begründer des Genossenschaftswesens, von Schälze-Delbig, sind alle, nicht nur einzelne Klassen auf die Selbsthilfe — im Gegensatz zu Lassaue, der die Staatshilfe predigte — verwiesen worden. Niemals hat er von dem Rechte, sich genossenschaftlich zusammenzuschließen, die Konsumenten, die Arbeiter, ausgenommen!“

Wenn in der natürlichen Konsequenz der Thätigkeit der Konsumgenossenschaften „socialdemokratische Tendenzen“ gefunden werden können, so hätten, wie in der Kreuznacher Versammlung mit Recht gefordert wurde, nicht einzelne, sondern alle Konsumvereine ausgeschlossen werden müssen. Das ist aber nicht geschehen! Worin liegen also diese Tendenzen? Etwa darin, daß sich die Mitglieder und Leiter der 99 Genossenschaften in politischer Beziehung zur socialdemokratischen Partei bekennen? Dann würde also der Grund in deren politischer Gesinnung zu suchen sein, ein Grund, der gerade von liberaler Seite nicht scharf genug zurückgewiesen werden müßte.“

Die liberalen Anschauungen sind hier von Herrn Müsse ja in diesem Punkte ganz richtig dargestellt, nur darf man eben die im Citirten, Eugen Richter etc. nicht mehr als Vertreter liberaler Anschauungen betrachten.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Halle beschloß das dortige Stadtverordneten-Kollegium, den Magistrat um eine baldige Vorlage zu ersuchen, wodurch in größerem Maßstabe Arbeitsgelegenheit beschafft wird.

Aus der Frauenbewegung.

Im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse wird Montag, den 22. September, abends 8 1/2 Uhr, in den Remisen, Kommandantenstr. 20, Hl. Dr. Springer einen Vortrag halten über das Thema: „Wie erziehen wir unsere Kinder zu gesunden Menschen?“ Gäste willkommen. Der Vorstand.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Gefangenen-Revolte.

Lemberg, 17. September. (B. L. O.) Wegen einer über Sträflinge verhängten Disziplinarstrafe von Sträflingen, begingen die Sträflinge des hiesigen Männerstrafhauses Aufschreitungen. Mehr als hundert Sträflinge drangen mit Werkzeugen bewaffnet aus den Werkstätten, versuchten die Thüren zu sägen und die Schlüssel zu zerbrechen. Nach Erscheinen von Militär trat wieder Ruhe ein.

Aus Billigen wird der „Frankfurter Zeitung“ vom Mittwoch, 17. September, gemeldet: Gestern abend brach in St. Georgen Feuer aus, durch welches etwa 30 Häuser zerstört wurden.

Agram, 17. September. (B. L. O.) In Senover wüthet ein furchtbarer Brand; 150 Gebäude, darunter die Schule und die Kirche, sind eingeäschert, drei Personen sind verbrannt.

Konstantinopel, 17. September. (B. L. O.) Der Sanitätsrat hat beschloffen, den Dampfer „Zemaitia“, auf welchem ein Cholerafall vorgekommen ist, nach Alexandrien zurückzusenden.

Neu York, 17. September. (Melbung des „Reuterschen Bureaus“.) Einer Meldung aus Wilkesbarre zufolge wurden die Regierungstruppen in einer Schlacht, die in der Nähe von Tinnahill vom 11. September begann und vier Tage lang dauerte, geschlagen. General Carrido, der diese Truppen befehligte, langte am 15. September mit 2100 Mann in Valencia an, so den Weg für weiteres Vordringen der Aufständischen freilassend. Anher dieser Truppe steht an Regierungstruppen nur noch die von Castro selbst befehligte Streitmacht im Felde. Es heißt, Castro werde nach Valencia marschieren, um sich mit Carrido zu vereinigen und dann die Aufständischen anzugreifen.

Peking, 17. September. (Melbung des „Reuterschen Bureaus“.) Der amerikanische Gesandte Conger übergab dem Anwaltigen Amte einen am 2. August d. J. gefärbten Brief Dr. Carrighs, der als Missionar in Cheng-tu-fu in der Provinz Szechwan thätig ist. Dieser giebt eine Schilderung von der Niedermehrung der eingeborenen Christen im Juli d. J., über die bereits telegraphisch berichtet wurde. Carrighs sagt in demselben, daß elf Christen durch die Vögel getödtet wurden und die chinesischen Beamten sich weigerten, gegen diese Feindseligkeiten Vorkehrungen zu ergreifen. Die Missionare seien damals durch Soldaten bewacht worden. Nach einem jüngst ausgegebenen Telegramm Carrighs hat sich die Lage verflümmert.

Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbilatt.

Parteitag der deutschen Socialdemokratie.

München, 16. September 1902.

Zweiter Verhandlungstag. Nachmittags-Sitzung.

1/3 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Zu der Mandatsprüfungs-Kommission ist an Stelle von Pape-Lübke Wetters-Giehen eingetreten.

Die Diskussion über den Vorstandsbericht wird fortgesetzt mit der Besprechung der Polenfrage und der dazu vorliegenden, bereits mitgeteilten Anträge.

Gogowski-Polen:

Die Vorwürfe, die von den nationalistischen Polen bei der bereits von Auer erwähnten Reichstagswahl gegen unsere Kandidaten aufgestellt sind, verdienen kaum eine besondere Beachtung. Die Sondergruppe der Polen ist ja, wie Auer anführte, 11 Jahre lang von der Partei unterstützt worden. Erst dann hat man eingesehen, daß die „Gazeta Robotnicza“ nicht den Socialismus, sondern den Nationalismus unter den Polen gefördert hat. Nur sieben die neuen Reichstagswahlen vor der Thür und es muß etwas geschehen. Mit der Doppelorganisation muß endlich einmal tabula rasa gemacht werden. Wir haben ja nun in Polen auch eine neue Zeitung herausgegeben, die „Gazeta Ludowa“, und beim Parteivorstand eine Unterstützung dafür beantragt, die bisher aber leider abgelehnt ist. Ich ersuche Sie, die Resolution Luxemburg anzunehmen. Dagegen möchte ich Bebel ersuchen, seinen Änderungsantrag zurückzuziehen. Auf dem Parteisekretariat hat man sich alle Mühe gegeben, es zu einer Einigung kommen zu lassen. Was nügen aber alle Einigungsversuche, wenn die Polen im gegebenen Fall doch der Parole, die von London, wo sie ihre Spitze haben, ausgehen wird, folgen? Man geht doch wieder resultatlos auseinander. Ich bitte dem Antrag des Lebus-Dresden nicht stattzugeben. Lebebour hat auf dem vorigen Parteitag gefordert, man solle die Polen nicht unterdrücken, ja, wollen wir denn das? Wir wollen nur keine Sonderorganisation. Lebebour, der von der Polenfrage nichts versteht, spielt sich auf den Parteitagen als Schlichter der polnischen Nation auf, aber auf unsre Landeslongresse, wohin wir ihn laden, kommt er nicht. (Heiterkeit.)

Dr. Winter-Beuthen

tritt der Behauptung entgegen, die auch in Parteiblättern aufgetaucht ist, als suchten die deutschen Socialdemokraten Schlesiens die polnischen Socialdemokraten Oberschlesiens zu unterdrücken. In den „Monatsheften“ tritt Genosse Daszowski für die Gleichberechtigung der Polen ein. Ja, wer hat denn diese Gleichberechtigung bedroht? Die Polen sind es, die erklären, wir hätten nicht bei ihnen zu suchen; Oberschlesien gehöre ihnen. In Ostwiecim haben 4-5 polnische Genossen die Reichstagskandidaten für Oberschlesien aufgestellt, ohne Organisationen hinter sich zu haben. Wer hat also unterdrückt? Nur die National-Polen! Die deutsche Socialdemokratie hat die Agitation für die Partei und die Gewerkschaften nach Oberschlesien getragen. Deshalb beanspruchen wir aber keine Priorität. Wie steht es nun mit der Bedeutung der polnischen Sprache für Oberschlesien? Es ist nicht unbedingt notwendig, daß polnisch agitiert wird. Wenn der Pole sich auch unheimlich fühlt, wenn in seiner Muttersprache zu ihm geredet wird, so steht doch leider fest, daß die polnischen Arbeiter nur selten polnisch lesen und schreiben können. Ich ersuche, dem Antrag Bebel nicht Folge zu geben. Wie oft schon ist eine Versöhnung angebahnt worden, aber wir haben es mit so unzuverlässigen Elementen zu thun, daß ich ihnen nicht glaube, wenn sie von Versöhnung sprechen. Für die P. P. S. ist der Klassenkampf Nebenache. Wenn wir nicht Verhältnisse bekommen sollen wie in Mühlhausen, wo wir die französischen Protestler groß gezogen haben, müssen wir die Resolution Luxemburg annehmen. Die Sache der Polen ist in unseren Händen gut aufgehoben.

Dr. Winter-Beuthen

gibt als Leiter der ober-schlesischen socialdemokratischen Angelegenheiten eine kurze Darstellung der Entwicklung des Streitfalls. Die selbständige polnische Partei wurde vom Parteivorstand zuerst als eine Art Agitationskommission aufgestellt. Bis zu den Jahren 1897 und 1898 herrschte in Oberschlesien große Freundschaft zwischen Deutschen und Polen. Im Jahre 1897 ging ich als freier Schriftsteller nach Oberschlesien. Den Ursprung der ganzen Angriffe gegen mich bildeten einige Zeilen von mir in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, die mir als Keuschungen von Germanisationsgedanken ausgelegt wurden. Ich wurde sogar als „Social-Patist“ bezeichnet und für unfähig zum socialdemokratischen Agitator erklärt. Seit jener Zeit begannen die Zwistigkeiten und Gehässigkeiten immer wieder von neuem. Der Machtbereich der polnisch-socialistischen Partei erstreckt sich höchstens auf Ratibowitz und seine nächste Umgebung. Wir haben die Zwistigkeiten auf einer Konferenz in Berlin beizulegen versucht. Es wurde damals eine Art fauler Frieden geschlossen. Nun trat der Gedanke auf, die polnische Agitation durch Verlegung der „Gazeta Robotnicza“ nach Oberschlesien zu führen. Auch ich bin dafür eingetreten. Die Ansichten von der Feindschaft der polnischen Arbeiter gegen uns sind falsch; eine solche Feindschaft der polnischen Arbeiter, wenn sie nicht gerade jetzt zum aufsteigenden Teil gehören, existiert nicht; es ist illusorisch, daß die ober-schlesischen Polen nur von polnischen Genossen beraten sein wollten. Auch wir deutschen Genossen haben dort ganz gute Arbeit geleistet. Nach 1898 und der Berliner Konferenz kam es zu weiteren Zwistigkeiten; insbesondere, als dann einige Personen an die Leitung der polnischen Partei herantraten, die besonders stark nationalistisch gesinnt waren und deren Ansichten heute noch die polnische Partei Oberschlesiens beherrschen. Der letzte Hauptschlag, der gegen uns geführt wurde, war die Konferenz von Ostwiecim, von der unsere deutschen Genossen vorher kein Wort gesagt wurde. Wir haben auf die Konferenz von Ostwiecim mit der Konferenz in Baydorf geantwortet. Ob den bedenklischen Zuständen durch die Annahme der Resolution Luxemburg mit dem Amendement Bebel ein Ende gemacht werden kann, scheint mir außerordentlich fraglich. Die That von Ostwiecim wurde übrigens von zahlreichen polnischen Genossen nicht gebilligt, sie kamen zu mir ins Bureau und sagten, das geht doch nicht, wir haben immer zusammen gehalten. Ich bin trotzdem für diese Resolution, ich habe schon in Baydorf erklärt, daß noch ein Versuch zu einer Einigung gemacht werden muß. Ich bitte also die Resolution Luxemburg anzunehmen, es kommt in der Hauptsache ja selbstverständlich nicht darauf an, was wir beschließen werden, sondern auf das, was wir in Oberschlesien thun. (Heiterkeit.) Auch die Anträge 12 und 13 empfehle ich anzunehmen, dagegen bitte ich die Anträge 14 und 15 abzulehnen. Der letztere billigt ja auch die gewerkschaftliche Absonderung der polnischen Genossen, die noch schlimmer ist, als die Spaltung der polnischen Partei in den polnischen Bezirken.

Rosa Luxemburg:

Öffentlich wird die heutige Polendebatte die letzte sein, die einen deutschen Parteitag beschäftigt. Ich hoffe, es wird uns gelingen, entweder die Ursache dieser ewigen Zwistigkeiten aus der Welt zu schaffen oder mindestens dem Hineintragen derselben auf deutsche Parteitage einen Riegel vorzusetzen. Es ist auch höchste Zeit, denn die Verhältnisse haben sich bereits so abnorm gestaltet, daß Abhilfe dringender notwendig ist. Das Vorgehen der polnischen Sonderbündler läßt darauf hinweisen, daß die deutschen Genossen Oberschlesiens, welche selbstverständlich nicht zur polnisch-socialistischen Sonderorganisation gehören können, und die polnischen Genossen, die nicht dazu gehören wollen, ihres Wahlrechts beraubt oder

sogar gezwungen werden, für die ihnen aufgetriebenen Kandidaten zu stimmen, an deren Aufstellung sie nicht teilnehmen durften. Wir sind es gewohnt, daß die Gegner der Arbeiterklasse nach einer Beschränkung des Wahlrechts trachten. Daß aber eine Gruppe von Leuten, welche Anspruch auf den Namen Socialdemokraten macht, das gleiche thut, das ist eine neue Erscheinung. Es handelt sich hier nicht etwa um einen Rationalitätenkampf innerhalb der deutschen Socialdemokratie, die polnischen Genossen in Deutschland arbeiten in ihrer überwiegenden Mehrheit solidarisich Hand in Hand mit den deutschen und gehören zur Gesamtpartei. In der ganzen Provinz Posen hat es die Sondergruppe polnischer Socialisten nicht gewagt, eigene Kandidaten aufzustellen, ausgenommen einen Wohlthäter, den wir unbefugt gelassen haben. Die polnischen Arbeiter Posen, soweit sie auf socialdemokratischem Boden stehen, marschieren in Reih und Glied mit den deutschen Genossen. Es handelt sich vor Allem um eine Meinungsverschiedenheit, um eine Spaltung innerhalb der polnischen Socialdemokratie. Der Kampf wird nicht geführt zwischen polnischen und deutschen Socialdemokraten, sondern zwischen einer kleinen Gruppe von Sonderbündlern und der Gesamtpartei. Wir haben uns alle Mühe gegeben, eine Verständigung mit der Sondergruppe herbeizuführen, aber sie scheiterte an dem einseitig-nationalistischen Standpunkte dieser Gruppe. Man sollte meinen, daß, wenn man unter denselben politischen Verhältnissen lebt, wenn man unter der Herrschaft desselben Kapitalismus, unter dem Druck desselben Klassenstaates, unter der Ächtung derselben Polizei und Klassenjustiz steht, man auch dieselben Interessen hätte und eine gemeinsame Partei zur Wahrung dieser Interessen bilden müßte. Diese Wahrheit sollte sogar socialdemokratischen Sänglingen geläufig sein. (Heiterkeit.) Aber die polnischen Sonderbündler nehmen für sich das Recht in Anspruch, eine eigene Partei zu bilden und keine Macht der Welt wird ihnen die einfache Thatsache beibringen, daß wir nicht als Polen oder Deutsche, sondern als Arbeiter zur Partei gehören. Auch in der Frage der Aufstellung der Reichstagskandidaturen begehen diese Leute es nicht, daß wir nicht als Polen oder Deutsche, sondern als Socialdemokraten die Kandidaten aufstellen. Die polnischen Sonderbündler sind die allerletzten, die das Recht haben, sich über Mangel an organisatorischer Selbständigkeit zu beklagen; so lange sie zur Gesamtpartei gehören, genossen sie die größte Freiheit und Selbständigkeit. Der Grund, daß sich das Vorgehen der Sonderbündler durch die brutale Unterdrückung der polnischen Nation rechtfertigen lasse, ist auch nicht stichhaltig. Nicht durch Absonderung von den deutschen Genossen, sondern im engsten Anschluß an sie können die Interessen der Polen am besten vertreten werden und die deutsche Socialdemokratie — das müssen wir als Polen offen aussprechen — hat sich dem polnischen Proletariat gegenüber stets auf der Höhe ihrer Aufgabe gezeigt. Die Socialdemokratie ist die einzige Partei, die nachdrücklich und aufrichtig das polnische Volk gegen die Galatisten schützt und diese als eine Teilerbscheinung der Reaktion mit aller Macht bekämpft. Trotzdem haben sich die polnischen Genossen von der Gesamtpartei losgelöst und ihr Vertreter hat auf unsem schlesischen Provinzial-Parteitag sogar erklärt, er spreche auf die Verhältnisse der deutschen Socialdemokratie. Den polnischen Sonderbündlern kommt es nur auf die Wiederherstellung des polnischen Nationalstaates an. Man sollte meinen, daß man mitten in den herrlichen Gebieten der preussischen Politik dringendere Aufgaben zu lösen hätte, als um den Part des Königs dieses nicht existierenden polnischen Staates zu streiten. Dieser separatistische Standpunkt hat die Sonderbündler dazu verführt, vor allem die deutsche Socialdemokratie zu bekämpfen und die Befreiung Polens mit der Befreiung der polnischen Arbeiter von der deutschen Socialdemokratie zu beginnen. Außerdem haben sich die Sonderbündler mit Haut und Haar an der polnischen Komitees ausgeliefert, auf die wir gar keinen Einfluß haben. Ich bin immer für die Verständigung gewesen, aber diese Verständigung müßte eine endgültige und der Friede ein definitiver sein. Es kommt für uns nicht darauf an, einzelne Reichstags-Kandidaturen anzutauschen, sondern die polnischen Sonderbündler müssen sich in Reih und Glied mit uns stellen. Ich acceptiere das Amendement Bebel. Nicht als ob ich besondere Hoffnungen auf diese Verständigung habe, aber der Vernünftige muß immer ein Uebriges thun und vor allem auch hier die Vernünftigen sein. (Lebhafter Beifall.)

Lebebour-Berlin:

Der Genosse Gogowski hat mir das Recht bestritten, hier mitzureden. Deshalb? Weil ich auf eine Anfrage, ob ich in Polen einen Vortrag halten wolle, eine ablehnende Antwort gegeben habe. Wenn jeder Parteigenosse, der einmal genötigt war, einen Vortrag abzulehnen, deshalb nicht mehr mitreden dürfte, ja dann würden nicht mehr viel Redner übrig bleiben. (Heiterkeit.) Nun zur Sache. Als Auer seine Rede hielt, war ich sehr erfreut und dachte, daß wir über eine Polendebatte ganz hinwegkommen würden. Aus Auers Rede ging hervor, daß der Vorstand entschlossen ist, was ich durchaus billige, alles Mögliche zu thun, um die Verbindung mit den polnischen Socialdemokraten anrecht zu erhalten und neue Fäden wieder anzuknüpfen, da aber kein zu meinem Bedauern der Antrag Luxemburg, der wie Scheide-water wirken muß. Das Bebel'sche Amendement modifiziert ihn glücklicherweise und nimmt ihm das schlimmste. Wenn der Antrag Luxemburg unverändert angenommen würde, hätten wir den offenen Kampf zwischen unsrer Partei und den selbständig organisierten polnischen Genossen. Das aber läge weder im Interesse der deutschen noch der polnischen Genossen. Leider hat Bebel den Antrag Luxemburg nicht vollständig verworfen. Ich kann mich nur für den letzten Passus im Antrag Bebel erklären, der über die Doppelskandidaturen in Oberschlesien spricht. Die sind zweifellos ein schwerer Fehler. Daß aber eine Erklärung über die principielle Stellung der deutschen zu den polnischen Socialdemokraten abgegeben wird, die notwendig zu Differenzen führen muß, erscheint mir überflüssig. Frau Luxemburg hat mit der Empfehlung des Friedens geschlossen, aber vorher hat sie alles gesagt, um die polnischen Socialdemokraten aufzubringen. Mit welchen Mitteln hat sie dabei gearbeitet! Ein Beispiel wird genügen. Unter den Unthaten der Polen nannte sie, daß auf der Konferenz gerufen worden sei: Wir preisen auf die Verhältnisse des deutschen Parteitag. Wer hat das Wort gesprochen? Ein junger Mann, Georg Haase, der bis zu seinem einundzwanzigsten Jahre Handlungsreisender in Dresden war, nach erreichter Volljährigkeit bemüht war, politisch thätig zu sein, eine Redactorenstellung zu bekommen, dann nach Westfalen ging, unter den Polen agitierte und als rabiatere polnischer Genosse zurückkam. Nun mögen Sie gegen die polnischen Genossen viel haben, aber Sie werden die polnischen Genossen nicht verantwortlich machen wollen für die Keuschung dieses Jünglings. Es ist unverantwortlich von Frau Luxemburg, daß sie, die Haase kennt, die Angelegenheit dargestellt hat, ohne seinen Namen zu nennen, als wenn er der berufene Vertreter der polnischen Partei wäre. Was zum Bruch geführt hat, ist eine Kette von Vorgängen, in denen Fehler von beiden Seiten gemacht worden sind. Was zuerst das anfänglich gute Verhältnis gestört hat und das schlimmste war, das war die Aufstellung der Kandidatur Kasprzak. Das war entscheidend für die Rebellion der polnischen Genossen. Kasprzak war, bevor er nach Deutschland kam, in russisch-Polen thätig. Auf Grund seiner Thätigkeit ist er von den polnischen Genossen aus der Partei ausgeschlossen worden. Proklamirt ist der Ausschluß in London. Die Genossen in russisch-Polen leben unter Ausnahmeverhältnissen, wie wir z. B. des Socialistengesetzes. Eine öffentliche Parteithätigkeit ist nicht möglich. Das schlimmste Spiegelwesen herrscht. Ob Kasprzak mit Recht oder mit Unrecht ausgeschlossen worden ist, will ich nicht unteruchen. Die Thatsache steht fest, daß er für unwillig erklärt worden ist, eine öffentliche Thätigkeit anzunehmen. Ohne daß dieser Mann aufgehoben war, ist er als Reichstagskandidat aufgestellt worden. Stellen Sie sich vor, daß ein zur Zeit des deutschen Socialistengesetzes von uns verführter Genosse

etwa jetzt ohne weiteres von der österreichischen Partei als Reichstagskandidat aufgestellt würde, welcher Schrei der Entrüstung würde da ertönen. Gerade Genossin Luxemburg hat die Aufstellung Kasprzaks herbeigeführt. Deshalb die Empörung. (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Bebel:

Die Annahme meines Amendements zur Resolution Luxemburg scheint mir die einzige mögliche Lösung der schwebenden Fragen zu bieten. Ob diese Annahme freilich von dem erwünschten Erfolg begleitet sein wird, weiß ich nicht. Genosse Lebebour hat bedauert, daß ich überhaupt einige Sätze des Antrages Luxemburg acceptiert hätte. Ich habe nur das acceptiert, was völlig der historischen Wahrheit entspricht, wie sie sich bei uns gestaltet hat. Obgleich heute die Genossin Luxemburg in ihren Ausführungen vollständig die Grenzen innegehalten hat, die meines Erachtens innegehalten werden müssen, so muß ich doch meinen abweichenden Standpunkt ihr gegenüber in der Polenfrage kurz charakterisiren. Wir sind nicht darauf, daß diese Verhandlungen weit über Deutschland hinaus und namentlich bei den österreichischen Genossen mit dem größten Interesse verfolgt werden, will ich hier in aller Kürze historisch entwickeln, welche Vorgänge sich zwischen uns und unsren polnischen Genossen abgepielt haben. Es waren nicht polnische Genossen, die zunächst die Anregung gaben, daß überhaupt ein polnisches socialdemokratisches Parteiblatt gegründet wurde, sondern das ging von unsrer Seite aus. Ich habe auf dem Parteitag in Halle ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, das polnische Proletariat mit socialistischem Geiste zu erfüllen, die polnischen Arbeiter für die Socialdemokratie zu erobern und sie den allgemeinen Interessen des Proletariats dienlich zu machen. Dann ist von polnischer Seite die Anregung gekommen, ein solches Blatt zu gründen. Es bestand denn auch in der Parteilitung nicht der geringste Zweifel, daß ein solches Blatt mit Parteimitteln zu unterstützen sei. Wir haben dann in zehn Jahren 30000 M. auf die Unterhaltung dieses Blattes gewandt, wir haben fast die gesamten Kosten des Blattes bezahlt, weil die polnischen Genossen völlig mittellos dastanden. Wir haben, als dann die Verfolgungen der deutschen Behörden gegen die polnischen Genossen aufs Neue und viel schärfer einsetzten, ohne Ausnahme alle daraus erwachsenen Kosten bis auf den letzten Pfennig besteuert. Die deutsche Partei hat in 9-10 Jahren allermindestens 45000 M. in selbstlosester Weise für die polnischen Genossen aufgewandt. Als dann aus den Reihen der polnischen Genossen der Wunsch laut wurde, sie möchten eine besondere polnische Organisation haben, die bei den sprachlichen Verhältnissen eine absolute Notwendigkeit sei, sind wir auch diesem Wunsch entgegen gekommen. Wir haben gesagt: Gründet euren Parteivorstand. Wir haben dann — darin hat Genossin Luxemburg vollständig Recht — nie das Geringste in die Angelegenheiten des Parteivorstandes hineingeredet. Die finanziellen Wünsche der polnischen Parteigenossen sind vom ersten bis zum letzten ohne jede Widerrede erfüllt worden. (Sehr richtig!) Wir waren also der Ansicht: die polnischen Genossen müssen ihre besondere Organisation haben, wir sind allerdings auch der Meinung gewesen, daß genau so wie innerhalb der österreichischen Socialdemokratie die Polen zwar eine besondere Organisation haben, die sich aber doch in die Gesamtorganisation der österreichischen Socialdemokratie einfügt, das gleiche Verhältnis zwischen den Polen in Deutschland und der gesamten socialdemokratischen Partei Deutschlands bestehen und, daß der deutsche Parteitag als oberste Instanz und Entscheidungsbehörde auch von Seite der polnischen Genossen anerkannt werden muß. Das ist in den letzten Jahren nicht mehr geschehen, und die Dinge haben einen Charakter angenommen, daß wir leider genötigt waren, das Tischtuch zwischen ihnen und uns zu zer schneiden. Wir haben namentlich in Bezug auf die „Gazeta Robotnicza“ und gesagt, daß in diesem Blatte die socialdemokratischen Tendenzen immer mehr zurücktraten. Wir haben daraufhin den polnischen Parteivorstand nach Berlin eingeladen und auf unser Bureau, wie haben auch die Gegenseite eingeladen und zweitägige Verhandlungen der gründlichsten Art gepflogen. Wir sind nach den uns übergebenen Betr. Stellen und den weiteren Erklärungen des polnischen Parteivorstandes allerdings zu der Ueberzeugung gekommen, daß wir als Parteilitung der gesamten deutschen Socialdemokratie nicht mehr in der Lage seien, die Parteimittel der deutschen Socialdemokratie für dieses Blatt herzugeben. Wenn an der Spitze der deutschen Polen ein Mann von der Intelligenz Daszowsky stände, wären die Dinge gewiß nicht so weit gekommen. Wir haben weiter die traurige Erfahrung gemacht, daß die polnische Parteilitung nicht in der Lage war, auch nur die einfachsten Erklärungen, die wir ihr gaben, zu verstehen. Diese Situation wurde auf die Dauer untraglich und unhaltbar. In der letzten Nummer der „Socialistischen Monatshefte“ hat Genosse Daszowsky einen Artikel „Nationalität und Socialismus“ mit Bezug auf die Polen in Deutschland geschrieben, der den Eindruck erwecken könnte, als sei von unsrer Seite den deutschen Polen nicht das ihnen gebührende Recht als Angehörige der polnischen Nation gewährt worden. Es wird dort die Forderung der formellen Gleichheit der beiden Parteien erhoben. Diese formelle Gleichheit haben wir gegeben. Wir haben sogar manche Uebergriffe den Polen in Anbetracht ihrer unterdrückten Lage nicht nachgetragen, aber alles hat einmal eine Grenze. Wir mußten uns sagen, daß insbesondere die Art und Weise der nationalen Propaganda, wie sie in der „Gazeta Robotnicza“ getrieben wurde, uns eines Tages eine solche Verantwortung gegen eine dritte Seite auferlegen könnte, daß wir diese Verantwortung nicht mehr tragen könnten. Gewiß, es kann uns durchaus nicht gleichgültig sein, wie die polnischen Arbeitermassen in Deutschland denken und fühlen, nicht bloß bei Wahlen, sondern auch bei Streiks gegenüber dem Unternehmertum. Es sind Hunderttausende von polnischen Arbeitern in der Diaspora verteilt, wir haben sie im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier in einer Kopfzahl von weit über 60000, die meist socialdemokratische Wähler sind. Es liegt auf der Hand, von wie außerordentlicher Wichtigkeit ein Hand in Hand gehen der deutschen und polnischen Genossen ist. Die polnischen Genossen hätten alles thun müssen, um mit uns in Eintracht zu leben und zu handeln. Das ist leider nicht von jener Seite geschehen, wie es hätte geschehen müssen. Das ist um so bedauerlicher, als namentlich die letzte Handlungsweise, die selbständige Aufstellung der polnischen Kandidaturen, uns als deutsche Reichstagsabgeordnete unsere Position im Reichstag bei dem schweren Kampfe gegen die preussische Regierung ganz wesentlich erschwert. Unsrer Stellung, die wir die besten Bundesgenossen der polnischen Genossen sind und dies auch in Zukunft für unsre Pflicht erachten werden, wird unsere Gegner gegenüber durch das Verhalten der Polen nicht verbessert, im Gegenteil giebt dies Verhalten unseren Gegnern nur neue Waffen in die Hände. Es besteht ein sehr wesentlicher Unterschied in der Stellung der Polen bei uns in Deutschland und in Oestreich. In Oestreich bilden die Polen einen geschlossenen Staat, Galizien. Die Taktik der polnischen Genossen in Oestreich kann und muß eine ganz andere sein als bei uns in Deutschland. Bei uns bildet die polnische Bevölkerung nicht einmal eine selbständige Provinz, wie schon daraus hervorgeht, daß Oberschlesien, das jetzt den Hauptkampfplatz zwischen den deutschen und polnischen Genossen bildet, nie zum Königreich Polen gehört hat. Das Verhalten, das in dieser Angelegenheit von Seiten der polnischen Genossen geübt worden ist, muß als ein außerordentlich bedauerliches angesehen werden. Trotz allem und alledem aber meine ich, muß von uns noch einmal die Hand zur Versöhnung geboten werden. Genossin Luxemburg meinte vorher privatim zu mir, wenn ich doch nicht mit ihrer Ansicht einverstanden wäre, dann wäre es am Ende gar nicht nötig gewesen, daß man von ihrer Seite einmal vernünftig gewesen sei. (Heiterkeit. Zwischenrufe der Genossin Luxemburg.) Ich will damit kein Zerwürfnis zwischen uns tragen, es verzieht sich ganz von selber, daß wir den Interessen der deutschen Socialdemokratie bei der Verständigung, die wir herbeizuführen suchen, nicht das ge-

ringste vergeben werden, es versteht sich aber auch von selbst, daß wir allem, was die Polen berechtigterweise verlangen können, gerecht werden. Ich muß allerdings die Meinung der Genossen Luxemburg, daß in diesem Falle nicht auf beiden Seiten Fehler gemacht worden seien, leider als nicht ganz richtig bezeichnen. Ich will auch keine Wunden hier aufreißen, aber es sind auch von unserer Seite, von den deutschen Genossen, Fehler gemacht worden. Die Verhinderung des Genossen Winter, daß abgesehen von allen Parteitagbeschlüssen die Arbeit in Oberschlesien die Hauptsache sei, nehme ich durchaus nicht tragisch. Mit der Annahme des Amendements ist die deutsche Parteiverwaltung, daß sie einer Verständigung nach Möglichkeit die Wege ebnet, und ich nehme an, daß dann auch die deutschen Parteigenossen in Oberschlesien den Polen nach Möglichkeit entgegenkommen. Es mag ja schwer sein, unter den schwierigen Verhältnissen, in denen sie sich in Oberschlesien befinden, immer die Grenzen inne zu halten. Ich habe stets meine hohe Anerkennung darüber ausgesprochen, daß ein Mann von der wissenschaftlichen Bildung und der sozialen Stellung des Genossen Winter es freiwillig auf sich genommen hat, nach Oberschlesien zu gehen und dort seine so außerordentlich beschränkte Tätigkeit auszuüben. Es giebt kein deutsches Arbeitersekretariat, das unter so schwierigen Verhältnissen arbeitete wie das von ihm eingerichtete. Die Berichte über die Wirksamkeit seines Arbeitersekretariats habe ich nicht nur mit voller Anerkennung, sondern mit Bewunderung gelesen. Sob, wo Lob am Platze ist, aber auch Tadel, wo er meiner Meinung nach gerechtfertigt ist. Ich hoffe, daß es trotz allem gelingt, eine Verständigung und Versöhnung herbeizuführen. (Lebhafte Beifall.)

Darauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Persönlich bemerkt

Rosa Luxemburg: So fleißig ich auch bei der Rede Webers zugehört habe, so habe ich doch die von ihm versprochene Erklärung seines abweichenden Standpunktes nicht herausgehört können. Es wundert mich auch, daß Webel hier öffentlich von der Tribüne aus einen Scherz erwähnt hat, den ich vorhin mutwilligweise ihm gegenüber gemacht habe. Webel nimmt doch wohl nicht im Ernst an, daß ich solche Veranlassungen brauche, um vernünftig zu sein, um so mehr, als mich das gar keine Anstrengung kostet. (Große Heiterkeit.) Ledebour muß ich auf den Passus, in dem er mir eine demagogische Erwähnung der Haase'schen Verhinderung vorgeworfen hat, erwidern, daß die von Ledebour's (Große Heiterkeit) beschützten Polen sich wirklich sagen müssen: Gott beschütze uns vor unseren Verteidigern! Denn er hat einen von ihnen als würdigen und offiziellen Vertreter anerkannt Genossen als seinen Jungen bezeichnet. (Große Heiterkeit.) Ledebour meinte, Haase könne als ein Jüngling für seine Thaten nicht verantwortlich gemacht werden. Ich glaube, ebenso wenig wie Jugend als ein Entschuldigungsgrund für politische Knivität gelten kann, schließt ein weit vorgerückteres Alter vor Thorheit. (Heiterkeit.)

Webel erklärt persönlich, die Genossin Luxemburg habe ihn mißverstanden.

Ledebour: Ich würde den Wigder Genossin Luxemburg über meinen Namen anerkennen können, wenn er in ihrem eignen Kopf entstanden wäre. Sie hat aber damit eine Anleihe bei dem Amten-Dertel gemacht, der mich im Reichstage Ledebour'ski geschimpft hat, um dadurch auszuordnen, daß ich eigentlich kein Deutscher, sondern ein Pole sei. Die Uebernahme dieses Wiges seitens der Genossin Luxemburg berührt sehr eigentümlich, da sie selber in Polen geboren und erzogen ist und versucht hat, in der polnischen Bewegung thätig zu sein.

Rosa Luxemburg: Ich habe gar keine Ahnung davon gehabt, daß der Name Ledebour'ski von dem Amten-Dertel stammt. Ich habe ihn hier von Delegierten des Ledebour'schen Wahlkreises gehört. (Heiterkeit.) Ledebour, der die polnischen Verhältnisse nicht kennt, sollte hier nicht als besonderer Sachverständiger in polnischen Dingen auftreten.

Ledebour: Meine Parteigenossen im 6. Berliner Wahlkreis lehnen die Ehre, die ihnen Genossin Luxemburg zuweist, ab. Genossin Luxemburg hätte allen Grund gehabt, den Fall Kasprzak klarzustellen. Das hat sie nicht gethan. Was meine Sachkenntnis anlangt, so habe ich mich seit Jahren mit diesen Fragen beschäftigt und glaube darüber genau unterrichtet zu sein.

Gogowski-Polen: Ledebour hat mir etwas unterstellt, was ich nicht gelagt habe. Ich habe gesagt: Ebenso gut wie Ledebour in seinem Wahlkreise für Einigkeit eintritt, müßte er das auch für die Polen thun. (Ledebour ruf: Ich bin ja für Einigkeit.) Statt dessen hat er den Kasprzak mit Schmutz betworfen.

Ledebour: Ich habe den Raum nicht mit Schmutz betworfen, sondern nur Thatsachen mitgeteilt.

Singer: Es ist ein Antrag von Elm eingegangen, im nächsten jährigen Parteibericht eine spezifizierte Abrechnung über die „Neue Zeit“ zu geben nach Art der über den „Vorwärts“ gegebenen. Ferner stellen eine Anzahl von Mitgliebrern folgende Anfragen: 1. Durch welche Instanzen wird die ständige Kontrolle über den geistigen Inhalt der „Neuen Zeit“ ausgeübt? Besteht eine Preh-kommission? 2. Wer stellt die Redakteure an? 3. Wie werden dieselben sowie die ständigen Mitarbeiter honorirt? 4. Wer übt die finanzielle Kontrolle über die Einnahmen und Ausgaben der „Neuen Zeit“? 5. Weshalb wird im Parteibericht keine spezielle Abrechnung über die „Neue Zeit“ gegeben? — Ich kann es nur dem Referenten andeuten, ob er es für wünschenswert hält und geneigt ist, diese Fragen in seinem Schlußwort zu beantworten. In verheimlichen ist nicht. Ein Teil dieser Fragen ist übrigens vom Referenten bereits beantwortet worden, die andern Antworten sind durch unser Organisationsstatut gegeben. Es ist durch die Thatsache, daß die „Neue Zeit“ jetzt von der Partei aus geleitet und geführt wird, übrigens selbstverständlich, daß die betreffenden Instanzen der Partei, in erster Linie der Parteivorstand, alles das thun, wonach sich die Fragesteller erkundigen. So alle Genossen, wie die Fragesteller, hätten sich das selbst sagen können. (Zuruf: Wer sind die Fragesteller?) Das ist nicht nötig zu wissen.

Webel (zur Geschäftsordnung): Der Referent ist nicht verpflichtet, auf anonyme Fragen zu antworten. Aber der Parteitag hat ein Recht zu wissen, wer die Fragesteller sind. Ich verlange, daß die Namen genannt werden. (Sehr viel.)

Singer: Es ist ein genügend unterstützter Antrag über diesen Punkt eingegangen. Würde das nicht der Fall sein, so hätte ich den Antrag nicht mitgeteilt, sondern ich hätte die Unterstützungsfrage gestellt. Wenn hier die Namen der Antragsteller genannt werden, so habe ich keinen Grund, damit zurückzuhalten. Es sind eine Reihe von Mitarbeitern der „Socialistischen Monatshefte“. (Aha! — Große Lärme. — Zurufe: Namen nennen!) Ja, ja. Die Namen lauten: von Elm, Paul Müller und Dr. Edelmann. (Wiederholte Aha!-Rufe. Erneute Bewegung.)

Nunmehr erhält das Schlußwort

Auer:

Zunächst bemerke ich, um eine Aenderung von mir richtig zu stellen, daß wir auf das Verhältnis der Partei-Angestellten zum Verein „Arbeiterpresse“ nur bezüglich des „Vorwärts“ in unserer Eigenschaft als Parteivorstand eingewirkt haben; bezüglich des „Damburger Echo“ haben wir das nicht als Vorstand, sondern als Firmenträger gethan. Sodann konstatiere ich, daß die Mitteilung der „Münchener Neuesten Nachrichten“, die hätte gesagt, die Gewerkschaftsbeiträge müßten im Interesse der Partei möglichst niedrig sein, auf Irrtum beruht. Genau das Gegenteil habe ich gesagt. (Allseitige Zustimmung.) Was die Gründung von Parteiblättern betrifft, so bin ich nicht der Ansicht, daß kein Bedürfnis nach neuen Blättern vorliegt, wohl aber muß zwischen der Vertriebung des Bedürfnisses und den Mitteln ein richtiges Verhältnis bestehen. Wir warnen nur deshalb vor Renegierungen, um leichtfertige Gründungen, die zusammenbrechen müssen, zu verhindern. Jeder den Verein „Arbeiterpresse“ sind Ausföhrungen gemacht, die, wenn sie auf bürgerlichen Angriffen beruhen, einstimmig verurteilt würden. Es würde da sicher gesagt werden: da fehlt mal diese

reaktionäre Bande (Sehr richtig!), die die Leute andrückt und sie dann wie eine andgeprekte Citrone bei Seite wirft. Finanzteil überangestrengt wird der Vorstand durch die von ihm bewilligten Zuschüsse sicher nicht. Ich bin überzeugt, der Parteitag würde in jedem einzelnen Falle, wo wir ihn ersuchen, für Hinterbliebene der Partei-Angestellten etwas zu thun, einstimmig unsere Forderungen bewilligen. Da kann doch die Gewährung von Zuschüssen kein Verbrechen sein.

Nun zur Polenfrage! Ich kann mich nur dem anschließen, was Webel gesagt hat, ich wollte das auch in meinem Referat sagen, es ist mir aber nicht in der gewandten Weise wie Webel gelungen. Wir wollen die Hand zur Verständigung bieten, wir erkennen die Gleichberechtigung unsrer polnischen Genossen rückhaltlos an, und weil wir das thun, kann ich auch den Standpunkt von Gogowski nicht billigen. Sein Standpunkt ist der aller derer, die sich mächtig und stark fühlen; dieselbe Erklärung, wie er abgegeben hat, hören wir ja auch stets von der katholischen Kirche den Protestanten gegenüber. Nein, die polnischen Genossen sollen nicht durch das laudische Joch gehen, sondern wir wollen uns mit ihnen verständigen auf der von Webel bezeichneten Basis. Rosa Luxemburg hat die Verhinderung eines polnischen Genossen citirt: wir weisen auf die Beschlüsse der deutschen Genossen. Diese Verhinderung ist falsch wiedergegeben, und Genosse Haase, der ja jetzt vom Schicksal schwer geprüft ist — er hat eine mehrmonatliche Gefängnisstrafe abgeduldet — hat ein Recht darauf, daß seine Verhinderung richtig wiedergegeben wird. Ich habe von ihm eine Erklärung hier, in der er die betreffende Stelle seiner Rede wie folgt wiedergibt: „Ich bin allerdings der Meinung, daß auch der Lübecker Parteitag nicht das mindeste Recht hat, darüber zu befinden, ob wir als selbständige Organisation bestehen sollen oder nicht. Darüber zu beschließen, sind wir allein berechtigt. Im Interesse der internationalen Solidarität darf man auch erwarten, daß der Lübecker Parteitag keine Beschlüsse fassen wird, die das programmmäßig garantierte und von der deutschen Socialdemokratie stets mit Nachdruck betonte und betätigte Princip des „Selbstbestimmungsrechts“ aller Völker verlegen würden. Sollte aber der Parteitag, allen Traditionen der deutschen Socialdemokratie entgegen, Beschlüsse fassen, die in unsre Selbständigkeit und in unsre Selbstbestimmungsrecht eingreifen, so würden wir auf derartige Beschlüsse pfeifen.“ Es liegt mir durchaus fern, etwa den hier entwickelten Anschauungen von Haase beizutreten, aber ich muß ihm Gerechtigkeit widerfahren lassen, damit nicht die Herren, die Zwietracht säen wollen, aus diesem einen Satz neues Werkzeug für ihr trauriges Handwerk holen.

Ich wollte mich in dieser Sache kurz fassen, da ich ja, wie Sie versprochen werden, noch einige persönliche Angelegenheiten zu besprechen habe. (Heiterkeit.) Aber ich werde erwidern, noch über den Fall Kasprzak zu reden. Er wurde vor etwa zehn Jahren aus einer polnischen Organisation ausgeschlossen. Sie wissen, daß es sich um eine geheime Bewegung handelt, die vom Ausland aus geleitet werden muß. Und welche ungeheuren Schwierigkeiten damit verknüpft sind, brauche ich nicht erst auszuführen. Ebenso ist uns allen bekannt, wie gerade in der Emigration Verhältnisse mitunter beim besten Willen unterlaufen; es sind da schon Personen in schwerster Weise verdächtigt worden, und die Anschuldigungen haben sich nachher als vollständig unrichtig herausgestellt. Seit jenem Beschluß sind 10 Jahre ins Land gegangen und nichts ist gegen Kasprzak bewiesen außer der einen Thatsache, daß er mal irgendwo aus der polnischen Bewegung ausgeschlossen ist. Die Genossin Luxemburg mag entschuldigen, wenn ich sie als Beispiel dafür anführe, wie schwer es ist, derartige Anschuldigungen zu widerlegen. Ihre ich nicht, so ist Rosa Luxemburg aus irgend einer gabelbigen laudnischen polnischen Organisation auch mal ausgeschlossen. Auf dem Züricher internationalen Kongress soll darüber geredet sein. Wenn nun aus diesem Grunde irgendwo die Behauptung aufgestellt wird, die Rosa sei nicht ganz loscher (Große Heiterkeit), so beweist das doch nichts. Es beweist das doch höchstens, wie unmöglich es ist, auf Grund derartiger vager Anschuldigungen gegen Genossen in der Weise vorzugehen, wie wir gegen R. vorgehen sollten.

Genosse Braun hat, da er zur Begründung seines Antrages nicht viel zu sagen wußte, Veranlassung genommen, Ihnen mitzutheilen, daß aus dem Parteibureau Briefe geschrieben werden. Das kommt thatsächlich vor. (Heiterkeit.) Im Laufe des Jahres werden sogar etliche Tausende von Briefen geschrieben. Nur sind dieselben in der Regel nicht so bolyerig stilisiert, wie Braun, der ebenso schädel spricht, wie er schreibt (Heiterkeit), ihren Inhalt hier vorgelesen hat. Stilistisch so ungeheuerliche Briefe schreiben wir nicht; inhaltlich mögen sie ja stimmen. Durch die Ausführungen von Braun ist mir eines klar geworden; er hat meine diesjährigen Sommerferien dadurch gestört, daß er mir Artikel von sich zugeschickt hat. (Heiterkeit.) Ich konnte mir nicht erklären, was das zu bedeuten hat, bei aller Freundschaft, die uns beide verbindet (Heiterkeit), konnte ich keinen vernünftigen Grund für diese Aufmerksamkeit finden. Jetzt ist es mir klar. Braun wußte damals schon, daß er hier die Rede halten würde, in der er die Anschuldigung eines Kautskufempfehlens empfindet, und um Material für diese Rede zu gewinnen, hat er mir seine Zeitartikel geschickt. (Erneute Heiterkeit.) Ich sollte mich darüber äußern. Der Zweck ist nicht erreicht worden, über dem Lesen dieser Artikel bin ich eingeschlagen. (Große Heiterkeit.) Dann habe ich vergessen zu antworten, und so hat er seinen Zweck nicht erreicht. Damit ist diese Frage erledigt. Ob der Vorstand Kautskufempfehlens anschaffen will oder nicht, weiß ich nicht. Ich bin mit Unterredungen länger als 25 Jahre in der Parteileitung thätig, wir haben nie einen Stempel gehabt, und es ist auch so gegangen. Sollte er später gebraucht werden, Gott, das bischen Mühe kriegen wir auch noch fertig.

Nun zu einer ersten Angelegenheit! Der Parteibeamte, von dem bei der Frage der Mitarbeit an den „Socialistischen Monatsheften“ die Rede war, bin ich. (Auf: Leider!) Ich habe keinen Anlaß, das zu bemängeln, außerdem waren ja einzelne Genossen offen genug, meinen Namen zu nennen. Daß ich Parteibeamter bin, weiß ich. Ich bin mir auch meiner subalternen Stellung gegenüber der Volksoberämter, die Sie repräsentieren, durchaus bewußt. Ich weiß, daß diese meine Stellung als Parteibeamter mir Pflichten auferlegt, die ich, soweit meine Kräfte reichen, auch erfüllt zu haben glaube. Aber recht angenehm ist das ewige Erinnern daran, daß man Parteibeamter ist, wo doch zwischen den Zeilen immer das Wort „befordert“ steht, gewiß nicht. Jemand gewissermaßen mit Stockschlägen auf den Rücken an seine Parteipflicht zu erinnern, hat immer etwas Mißliches. Ich bin überzeugt, viele haben nicht daran gedacht, aber manche haben daran gedacht. Ich muß mich schuldig bekennen, an den „Socialistischen Monatsheften“ mitgearbeitet zu haben. Ich habe für die „Neue Zeit“, so lange sie besteht, bisher nur einen Artikel, für die „Socialistischen Monatshefte“ vielleicht ein halbes Dutzend geschrieben, aber mehr wider nicht. Das hängt ganz eigentümlich zusammen, ich gelde von Haus aus nicht — entschuldigen Sie den Ausdruck — zum Federvieh, meine Sache ist es nicht, literarisch thätig zu sein. Allerdings hat es eine Zeit gegeben, wo ich des lieben Brotes willen verwichte, literarisch thätig zu sein, die angenehmste Zeit meines Lebens war das nicht. Auch heute noch habe ich sehr selten das Bedürfnis, mich schriftstellerisch zu äußern, an der Intimität leide ich nicht. Leute wie ich bedürfen der Anregung, wenn sie mal zur Feder greifen sollen. Und da zeigt sich allerdings der Unterschied zwischen der Redaktion der „Socialistischen Monatshefte“ und der der „Neuen Zeit“. Was sein, daß das daher kommt, weil an der Spitze der „Socialistischen Monatshefte“ ein Vertreter steht, der seiner Stammeseigenschaft nach zu dem beweglichen Element gehört, während das an der „Neuen Zeit“ nicht der Fall ist. (Heiterkeit.) Thatsächlich bin ich von der Redaktion der „Neuen Zeit“ nur zweimal aufgefordert worden, über einen bestimmten Gegenstand zu schreiben, das erste Mal vor langen Jahren durch Diez, der von mir einen Artikel über das Schnapsmonopol wünschte. Ich war verwegene genug, ihn zu schreiben, er hat nichts verlangt (Heiterkeit), meine Fähigkeiten reichen dazu nicht aus, aber geschrieben habe ich ihn. Später hat mich Kautsky aufgefordert, den Nekrolog für Liebknecht zu schreiben,

und da habe ich in der Freundschaft, in der Kautsky und ich zu einander stehen und hoffentlich bis ans Ende meines Lebens stehen werden, ihm gesagt: „Lieber Karl, das ist keine Aufgabe für mich, der bin ich nicht gewachsen. Zu einem Nekrolog für Liebknecht müßt Du Dir eine andere Feder suchen. Bei anderer Gelegenheit bin ich bereit, Dir entgegen zu kommen.“ Ich habe auch noch andere Gründe privater Natur angeführt. Von einem Ableben der Mitarbeit an der „Neuen Zeit“ überhaupt kann keine Rede sein. Freiwillig habe ich auch für die „Socialistischen Monatshefte“ nichts geschrieben. Aber Bloch sitzt einem im Nacken wie der Teufel einer armen Seele (Heiterkeit), er läuft und rennt und schreibt, daß man schon, um ihn endlich los zu werden, sagt: Na, in drei Teufels Namen, ich thue es. Und so ist es denn gekommen, daß ich etwa sechs Artikel für die „Socialistischen Monatshefte“ geschrieben habe. Das reut mich nicht, wenn auch schlechte Artikel darunter sind. Special Webel weiß ja, daß er mir in aller Liebe und Freundschaft sagte: Weist Du, der Artikel, den Du jetzt geschrieben hast, ist herzlich schlecht. (Heiterkeit.) Das war der Dank dafür, daß ich ihn vorher in einem Artikel zu seinem 60. Geburtstag ganz ordentlich gelobt hatte. (Erneute Heiterkeit.) Aber darauf mache ich aufmerksam, daß ich über alle die Partei bewegenden theoretischen Fragen auch meine Zeile geschrieben habe, ich werde mich hüten, mich in den Streit unserer Älteren einzumischen. (Heiterkeit.) Nein, dazu bin ich ein viel zu alter und schlauer Fuchs (Große Heiterkeit), als daß ich unproduktive Arbeit leistete. Ich habe da meine Meinung, und wenn ich gepreßt werde, äußere ich mich auch über diese Frage, im großen und ganzen aber siehe ich auf dem Standpunkt, daß man in Fragen, über die man nicht völlig beschlagen ist, auch nicht in die Diskussion eingreifen soll. Zu meinem letzten Artikel in den „Socialistischen Monatsheften“ über den Parteitag bin ich ebenfalls gedrängt worden, ich habe ihn geschrieben und es thut mir nicht leid. In der Parteipresse ist er ohne Kritik abgedruckt worden, ich darf daher annehmen, daß die Redaktionen geklaut haben, durch seine Wiedergabe den Genossen einen großen Genuß zu bereiten. (Heiterkeit.) Doch mir die Parteigenossen, die den Genuß gehabt haben, nicht, der ich ihn ihnen bereitete, ausschöpfen, begreife ich nicht. (Heiterkeit.) Ich gestehe, daß ich diesen Artikel viel lieber schrieb als alle früheren mit Ausnahme desjenigen zu Webel's Geburtstag, denn über die Dinge, die ich darin behandelt habe, darf ich mir, gestützt auf meine langjährige Parteithätigkeit, ein gewisses Urteil erlauben. Wäre die Aufforderung, mich über diese Frage zu äußern, von der Redaktion der „Neuen Zeit“ gekommen, nicht einen Augenblick hätte ich geschwankt, sondern ja gesagt. Diese Aufforderung ist nicht gekommen, und ich mache Kautsky nicht den geringsten Vorwurf daraus, denn er hat für den Parteitagartikel seinen langjährigen selbstverständlichen Mitarbeiter in der Person von Webel, der auch diesmal den betreffenden Artikel geschrieben hat. Es konnte mir gar nicht einfallen, mich aufzudrängen und von der „Neuen Zeit“ zu verlangen, daß sie von mir noch extra einen Artikel bringt. Ich habe das schon deshalb nicht gethan, weil ich ja sonst fürchten müßte, das Deficit noch zu vergrößern. (Heiterkeit.) Wünscht Kautsky, daß ich für den nächsten Parteitag, wenn wir noch leben und gesund sein sollten, den Artikel schreibe, mit Kautsky! Die Aufforderung einzelner Genossen, als ob wer weiß was in der Partei geschehen wäre, den immer sich wiederholenden Hinweis auf den Parteibeamten Auer, der sich dieses Verbrechens schuldig gemacht hat, begreife ich ja. Die Zahl derer, die vom Entstehen der „Monatshefte“ und ihres Vorgängers, des „Akademikers“, an sich zur Mitarbeit bereit erklärt haben, ist eine sehr große, und die besten Namen, die die Partei aufzuweisen hat, befinden sich darunter. Der Name Auer fehlt allerdings in den ersten Listen der Mitarbeiter, nicht etwa weil ich ein Feind derartiger Unternehmungen wäre in dem Sinne, daß ich der freien Meinungsäußerung, wenn sie sich nicht innerhalb der Schranken der Parteiorganisation vollzieht, die Möglichkeit der Kritik abschneiden will, sondern weil ich bei der Gründung des „Soz. Klub.“ gar nicht gefragt bin, ob ich mitarbeiten will. Meine schriftstellerischen Fähigkeiten sind von den Gründern mit Zug und Recht so gering eingeschätzt worden, daß sie sich sagten: Ach, den Auer brauchen wir nicht erst zu fragen, der versteht doch nichts. (Heiterkeit.) Ich bin auch als erster im Parteivorstand gegen die Aufnahme des „Socialistischen Akademikers“ in die Liste der offiziellen Parteibeamten gewesen, und zwar weil ich mir sagte, wenn der „Socialistische Akademiker“ seinem Programm entsprechend ausgefaltet sein soll, so müssen mit immerer Notwendigkeit Heiberien in der Partei entstehen, insofern als die einen oder anderen sagen: Das können wir nicht billigen, das sind Meinungen, die offiziell von der Partei nicht gedeckt werden können. Das habe ich im Parteivorstand geltend gemacht, und daraufhin haben wir einstimmig beschlossen, das Blatt nicht in die Liste aufzunehmen. Man hat damals diese meine Stellungnahme in den Kreisen der Akademiker sehr ungünstig beurteilt. Mit Unrecht, denn nie war ich ein Gegner derartiger Unternehmungen. Aber die offizielle Verantwortung dafür durch Aufnahme in die offizielle Liste hielt ich damals für falsch, und würden die „Socialistischen Monatshefte“ heute die Aufnahme beantragen unter der Bedingung, daß sie ihre bisherige Haltung beobachten wollen, so würde ich auch heute wieder erklären: Nein, das können wir nicht. Ich bin ein ganz entschiedener Anhänger der freien Meinungsäußerung. Wir stehen nicht die glänzenden Worte zur Verfügung und der feierliche Eifer, mit dem wir gestern einen Lobgesang auf das Recht der freien Meinungsäußerung in und außerhalb der Partei zu hören bekommen haben, sachlich aber bin ich einer der entschiedensten Vertreter des Rechts der freien Meinungsäußerung, und ich wünsche nur, daß man bei den Diskussionen diejenigen Formen und Normen wahren möge, die für Genossen angedacht sind. Aber den Forderungen, die nach der glänzenden Rede für das Recht der freien Meinungsäußerung hier noch immer erhoben worden sind, kann ich mich nicht anschließen. Ich bin bei diesen Blaudruckern den Eindruck nicht losgeworden: ganz sauber ist die Sache nicht, es steht etwas dahinter. Ja, die freie Meinungsäußerung für die Sache, der man selbst angeht, die verlangen alle, auch die Stockkonservativen. Eine derartige Forderung soweit zu erheben als man sie selber braucht, das ist noch keine Anerkennung des Rechts der freien Meinungsäußerung. Dies Recht muß in vollem Umfang auch für die Kritik des Gegners anerkannt werden. Man frage ich Sie, wo kommen wir hin, wenn der Grundsatz gelten soll, der freier nie in der Partei gegolten hat, daß derartige freie literarische Organe, wie die „Socialistischen Monatshefte“ es sind oder die „Deutschen Worte“ des Gen. Fernerstorfer, oder wie es vor dem Socialisengese die neben dem offiziellen Organ die „Jukunft“ bestehende „Neue Gesellschaft“ war, von Parteischreibern nicht mehr benutzt werden dürfen. Wo können wir hin, wenn der Grundsatz gälte: „Meinungsfreiheit im vollen Umfang, aber die Blätter werden ausgeklübt, in die da schreiben darff.“ (Heiterkeit.) Das rote Heft wird bestortiert, für die „Socialistischen Monatshefte“ darf nicht geschrieben werden. Da fällt mir jener Wiener Censor ein, bei dem sich ein Schriftsteller beklagte: Wissen Sie, man verliert ja alle Lust zu schreiben unter solchen Verhältnissen. Und da antwortete der Censor: Aber ich bitte, Herr Doktor, Sie befinden sich in einem schweren Irrtum; Sie können schreiben, was Sie wollen, nur fürs Druckenlassen brauchen Sie unsre Erlaubnis.“ (Große Heiterkeit.) In dieser Lage kommen wir, wenn wir einen solchen Grundsatz gelten lassen wollten. Also man schickt die Artikel mir noch an Kautsky, der unterthut sie auf die Dohrta, auf die Leubner, stellt fest, daß die Einheit der Bewegung gefordert wird, daß die Anschauung unzulässig ist, und wenn ich den günstigsten Fall nehme, dann hängt er ein Schwänchen an, im ungünstigsten Fall aber sagt er: Das ist ganz wissenschaftlich gedacht, das veröffentlichte ich überhaupt nicht. Ich begreife durchaus die außerordentliche Schwierigkeit, die die Redaktion eines offiziellen wissenschaftlichen Organs bietet; aber eben, weil ich sie anerkenne, halte ich Unternehmungen und Blätter für notwendig, wie wir sie in den „Monatsheften“ haben. (Sehr wahr!) Die ganze große Anregung aus den Kreisen der Genossen ist, die Empfindung habe ich, besonders hervorgerufen worden durch die Mitteilung über das Deficit der „Neuen Zeit“. Einzelne Redner nannten es geradezu ungeheuerlich, daß man, wo die „Neue Zeit“ Tausende von Mark an Deficit kostet,

Konkurrenzunternehmungen unterstützen könne. Das Defizit hat es Ihnen angetan, und Wolmar hat den Schluss daraus gezogen, daß die „Neue Zeit“ in der Provinz sei. Ich wundere mich, daß von anderer Seite kein Wort der Aufklärung gekommen ist. So bin ich es den Genossen schuldig, das Defizit der „Neuen Zeit“ ist keine neue Erscheinung, auch nicht in der mittlereiten Höhe. Die „Neue Zeit“ hat seit der ersten Stunde ihres Erscheinens bis heute noch keinen Jahrgang gehabt, in dem sie nicht Defizit gemacht hätte, und ich fürchte, das wird auch in der Zukunft so bleiben. Die Höhe des Defizits hat differiert, im ersten Jahre betrug es mit den Einkünftenkosten 16 000 M. Der niedrigste Betrag war 7000 M. Wir haben Jahre mit 12, 11, 10, 9 tausend Mark Defizit gehabt. 10 000 M., das wäre ja die Mittellinie. Deshalb ist es ganz falsch, von einem Rückgang der „Neuen Zeit“ zu sprechen. Der Abonnementstand der „Neuen Zeit“ ist gewiß heute nicht so hoch, wie er gewesen ist. Aber es dreht sich dabei um wenige hundert Abonnenten. Ihr Abonnementstand betrug heute 3400 (Erlös: 3200), aber über 4000 ist sie noch nie hinausgekommen. Ein Nachweis dafür, daß seit dem Bestehen der „Socialistischen Monatshefte“ die „Neue Zeit“ wesentlich gelitten habe, läßt sich absolut nicht führen. Noch in keinem Jahre hat die „Neue Zeit“ ihr Papier, ihren Druck und Satz aus den Erträgen des Monatshefte, auch in der Glanzperiode nicht. Redaktion und Mitarbeiter tragen die Einnahmen aus dem Abonnement auf. Auch die früheren Gesellschaft mit Diez zusammen hat immer Zuschüsse geleistet. Damals war die „Neue Zeit“ de facto im Parteieigentum, nun ist sie es auch de jure.

Ich hoffe, daß diese Darstellung doch den einen oder anderen Delegierten beruhigen wird. Wenn Sie das Defizit jetzt schon in Anknüpfung setzen, was würde erst geschehen, wenn die „Socialistischen Monatshefte“ nicht mehr benutzt werden dürfen, und alle die zahlreicheren Mitarbeiter ihre wöchentlich recht langen, ich sage nicht langweiligen Artikel nicht mehr in den „Monatsheften“ abdrucken dürften, wenn dieser ganze Anprall von Manuskripten die „Neue Zeit“ trafe. Das Verdoppeln des Umfangs reicht nicht aus, und für das Bezahlen einer teuren Revue fehlen uns als Arbeitern die Mittel. Das Defizit würde mindestens auf die doppelte Höhe steigen. (Hoffmann: die „Neue Zeit“ soll nur nicht boykottiert werden.)

Es ist auch nicht überraschend, daß die „Neue Zeit“ sich in dieser Lage heute noch so wie am ersten Tage befindet. Das ist das Schicksal aller Revuen, die nur für bestimmte Zwecke erschienen sind und nicht auf das Sensationsbedürfnis einer großen Leserschaft berechnet sind. Sie teilt das Schicksal mit allen ihren Kolleginnen, die „Socialistischen Monatshefte“ nicht ausgenommen. Ich stehe der Firma Edelheim und den Herausgebern der „Monatshefte“ nicht so nahe, um zu wissen, wie es in ihren Büchern aussieht; aber Berichte laufen doch um, die die Meinung, Edelheim habe die Partei mit seinen Büchern überschwemmt und mache Riesengeschäfte, als recht falsch erscheinen lassen dürften. Ohne in die Details eingeweiht zu sein, bin ich überzeugt, daß die Firma Edelheim sehr froh wäre, wenn sie das Defizit für die „Socialistischen Monatshefte“ nur in dem Maße zu decken hätte, wie wir mit Tag und Nacht das Defizit für die „Neue Zeit“ decken.

Als alter Kampfgenosse möchte ich zum Schluss noch einige Worte an Sie richten. Es ist sentimental, aber wenn es mich drückt, muß es heraus. Ich kann nicht verschweigen, daß es mich schmerzlich berührt, wenn auch diesmal wieder, wenn auch nicht in der Schärfe wie auf dem Parteitag in Hannover, von der Richtung, die von den andern als die besonders zielbewusste und „unentwegte“ hingestellt wird, immer wieder direkt oder indirekt der Ton angeschlagen wird: „Wenn es nicht anders ist, dann muß der Versuch eintreten, dann müssen wir auseinandergehen, dann mag es heißen: die rechte, die linke, so kann es nicht weitergehen.“ (Rebhalle: Suche von allen Seiten der Verwahrlosung.) Ich stehe seit 30 Jahren in der Partei, ich nehme sie mich in Anspruch, so gut und so weit meine Kräfte reichen, im Dienste der Partei zu allen Zeiten und unter allen Verhältnissen meine Pflicht erfüllt zu haben, so gut wie alle andern. Da thut es weh, wenn einem immer wieder, wenn auch nur durch die Blume, so verflücht gegeben wird: „Ihr kommt nicht mehr mit, das ist eine andre Richtung.“ Ich meine, für die Beurteilung des Mannes kommt doch vor allen Dingen in Betracht, wie er in Zeiten der Gefahr, wo es auf den Mann ankommt, sich bewährt hat. Da möchte ich doch an meine alten Kampfgenossen einmal die Frage stellen, an diejenigen, die mit solchen Drohungen immer spielen: Wann und wo seid Ihr in der Gefahr geblieben, um mit Aufgebot der letzten Kraft die Partei und ihre Interessen zu vertreten, und ich war nicht in Eurer Mitte? (Wiederholte lebhafte Japsen.) Wann und wo hat es einen Kampf gegeben, in dem mein Blut sich mit Eurem Blut nicht gemischt hätte? Was ich hier für mich ausspreche, spreche ich auch für viele andre aus. (Lebhafte Zustimmung.) Diese Art und Weise, immer mit solchen Drohungen zu kommen, das ist nicht wohlgeraten. Ich für mich würde sie vielleicht nicht besonders ernst und tragisch nehmen, ich für mich empfinde sie zwar unangenehm, aber ich würde sie ertragen, wie wir alle miteinander eben und gegenseitig ertragen müssen, aber derartige Dinge führen zu Mißverständnissen nach außen und sind deshalb für Parteigenossen nicht wohl angebracht. (Sehr richtig.) Ich sage: ich nehme diese Drohungen nicht so tragisch, ich glaube nicht daran. Ich befinde mich da — und damit will ich schließen — in der Situation des Burschen, dem sein Deandl mitren werden will und der zuzum sagt:

Auf einmal anschanda,
Deandl, dös muetzt net thoo,
Lehn wir weita beieinander,
Schau, was thast denn alloo?

(Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Rosa Luxemburg: Ich bin nicht aus einer polnischen Organisation ausgeschlossen, sondern nur von eben jener Sondergruppe, der ich aber nie angehört habe. Weiter möchte ich als Vertreterin der Stadt Ratowisch dem Genossen Auer sagen, daß man sich dort mit der Wächter trägt, ihn zum Ehrenmitglied von Ratowisch zu ernennen. (Heiterkeit und Bravo.)

Kautsky: Auer wird mir zugeben, daß ich wiederholt den Wunsch ausgesprochen habe, er möge mitarbeiten, aber jedesmal glaubte ich aus seinen Bemerkungen herauszuhören, daß er mir keine Gegenliebe schenkt. Immer sagte er, er sei kein Schriftsteller, er passe nicht unter die Strichwörter. Die Antwort mag überzählig gewesen sein, ich habe sie aber ernst genommen. Nach seinen heutigen Erklärungen muß ich sagen, daß ich ihn mißverstanden habe. Ich nehme ihn beim Wort, und er kann sicher sein, daß er von nun an jetzt so getreten wird, daß ihm Hören und Sehen vergeht. (Heiterkeit.)

Wolff Hoffmann-Berlin: Ich habe nicht gesagt, daß ich die Meinungsführung einschränken will, sondern mich nur gegen einen Boykott der „Neuen Zeit“ durch die Genossen gewandt. (Allseitige Zustimmung.)

Wolff Braun-Rürnberg: Gegen die Summe persönlicher Bemerkungen, die Auer mit freundschaftlich gewidmet hat, mich zu wenden, ist mir unmöglich. Ich nehme nur eine heraus. Die von mir an Auer gesandte einzige Zeitungsummer enthält einen Artikel, der die Antwort auf seinen Brief war. Wer mit Auer hadeln will, muß gefaßt sein, ein Opfer seines langenscharfen Bites zu werden. Ich habe mitgelacht, mehr wie irgend einer auf dem Parteitag.

Gerrisch

erhält das Schlüsselwort zur Debatte über den Klassenbericht:

Ich werde Sie nicht lange in Anspruch nehmen, sondern habe nur einige thätigkeitsmäßige Richtigstellungen zu machen. Es ist von Genossen Wolff bestritten worden, daß die Bochumer Genossen früher mit der Gründung eines Centralblattes einverstanden waren. Die Sache ist so, daß den Bochumer Genossen vom Parteivorstand mitgeteilt wurde, daß der jetzige Zustand nicht mehr länger aushalten erhalten werden könne. Sie waren damit auch einverstanden, äußerten sich auch nicht dagegen, und erst in der letzten Zeit haben sie dagegen Einspruch erhoben. Nichtig zu stellen ich ferner in der Bochumer Untersuchungsangelegenheit, die auch den Controllen vorkam, daß der betreffende Genosse zu der Zeit, da er die Unter-

suchung empfing, ihrer auch nicht unwürdig war. Auch die Bochumer Genossen sind erst später zu einer andern Auffassung gekommen. Was den Vorschlag Frohnes betrifft, so halte ich es für wünschenswert, daß festgestellt wird, wie viel organisierte Parteigenossen wir in Deutschland haben. Aber eine solche Statistik werden wir in 10 Jahren noch nicht komplett haben. War es doch nicht einmal möglich, wie ich schon ausführte, von den wenigen Parteiberlagen Angaben über die Auflagen der Parteipresse zu erhalten. Was soll da erst geschehen, wenn wir uns an Tausende von Leuten zu wenden haben. Es sollte mich sehr freuen, wenn wir eine solche Statistik bekämen, aber die Erfüllung dieses Wunsches können wir wohl auf lange Zeit verlagern. Den Antrag 94 des Genossen Emmel, betreffend die Revision für die „Mitteldeutsche Volkszeitung“, bitte ich dringend abzulehnen. Es handelt sich da nicht bloß um die Genehmigung der Revision von 20 000 M. Wenn das Blatt bisher bestehen konnte, so doch nur, weil es ein Stoffblatt ist und die Herstellungskosten sehr niedrig sind. Wenn das aufgehört, werden auch die Kosten höher. Den Antrag 98 des Genossen H. Hoffmann bitte ich dagegen anzunehmen. Es ist nötig, daß auch der Parteitag dem Vorstand einen Rückhalt giebt, wenn er genötigt ist, sich gegenüber unüberlegter Gründungen ablehnend zu verhalten. Nun noch einige Worte zu dem Antrag, wonach für die nächste Zeit genaue Berechnungen über die „Neue Zeit“ im Verichte des Vorstandes aufzunehmen sind. Das sollte eigentlich schon in diesem Jahre geschehen. Als aber über diese Frage entschieden werden sollte, waren nicht alle Mitglieder des Vorstandes beisammen und da Meinungsverschiedenheiten darüber bestanden, so unterließ diesmal auch die Aufnahme. Nächstes Jahr wird der Vorstandbericht genaue Nachweisungen über die „Neue Zeit“, die „Gleichheit“ und den „Wahren Jakob“ ebenso enthalten, wie bisher über den „Vorwärts“. Ich kann aber heute schon bekannt geben, daß im Rechnungsjahre 1901/1902 für die Redaktion der „Neuen Zeit“ 17 500 M. aufgewendet wurden, davon entfielen 10 000 M. auf die Redaktion, die natürlich aus mehreren Personen besteht, und 7000 M. auf die Mitarbeiter. Was über die früheren Defizite zu sagen ist, hat Auer schon ausgeführt.

Es wird zur Abstimmung geschritten.

v. Elm zieht seinen Antrag infolge des von Gerrisch gegebenen Aufschlusses zurück.

Zunächst wird dem Partei-Instanzen auf Antrag der Kontrollkommission einstimmig die Charge für die Geschäftsführung des letzten Jahres erteilt.

Der Antrag 98 (gestern irrthümlich als 98a mitgeteilt) wird angenommen, Antrag 98a abgelehnt, Antrag 98b dem Vorstand zur Erwägung überwiesen, Antrag 1 (Rürnberg) abgelehnt.

Von den Anträgen zur Polenfrage gelangt die Resolution der Genossin Luxemburg (91) in Verbindung mit dem Amendement Wedel (95) zur Annahme.

Die Anträge 12, 13, 14 und 15 sind dadurch erledigt.

Auf Vorschlag von Singer wird der vorgeschlagenen Zeit wegen der nächste Punkt der Tagesordnung, Verzicht über die parlamentarische Thätigkeit, nicht mehr in Angriff genommen, sondern noch einige kleinere Angelegenheiten erledigt.

Ober-Ober

erhält den Bericht der Beschwerdekommission, der die Beschwerde des Genossen John-Berlin überwiegen wurde. John war als Berichterstatter für den „Vorwärts“ und auch rednerisch für die Partei thätig. Er erkrankte später und es war ihm nicht mehr möglich, seinen Verpflichtungen zur Zufriedenheit der Parteigenossen nachzukommen, so daß er seines Postens als Berichterstatter für den „Vorwärts“ entsetzt wurde. Er hat sich später beschwerdeführend an den Wahlverein des 3. Wahlkreises gewandt, der jedoch die Entscheidung der Kommission billigte. Gegen diese Entscheidung wurde Beschwerde beim Parteivorstand erhoben, dieser hat die Entscheidung bestätigt. Darauf hat sich John an die Controloren gewandt, die ihn jedoch ebenfalls abwiesen. Nun ist er an den Parteitag gekommen. Was die Beschwerdechrift an sich betrifft, so ist sie in einer Form gehalten, daß sie schon deswegen nicht geeignet wäre, berücksichtigt zu werden. Wir haben uns aber daran natürlich nicht gehalten. Aus dem Material jedoch, das uns Pfannsch für den Vorstand und Weiser als Vertreter der Controloren vorlegte, sind wir zu der Entscheidung gekommen, der Beschwerde nicht haltzugeben. Die Entscheidungen der Partei-Instanzen sind durchaus gerechtfertigt und es muß gesagt werden, daß sich der Vorstand gegen John durchaus nobel benommen hat. Ich beantrage, die Beschwerde zu verwerfen.

Pfannsch-Berlin:

John bedurfte meines Erachtens dringend der Erholung. Sein nervöser Krankheitszustand ging jedoch nicht so weit, daß ihm irgend eine Parteithätigkeit die Parteilichkeit unterlag hätte. Die Sache ist so: Die Berliner lehnen es ab, die Verantwortung für die agitatorische Thätigkeit Johns zu übernehmen, und soweit wir uns an eigener Wahrnehmung ein Urteil bilden konnten, ging dieses dahin, daß die Partei die Verantwortung für die fernere Thätigkeit Johns nicht mehr übernehmen kann. Seine moralischen Verpflichtungen für das fernere Fortkommen Johns hat der Parteivorstand bis zum Hebermann erfüllt und ich empfehle den Antrag der Beschwerdekommission.

Die Beschwerde Johns wird dem Antrage der Kommission entsprechend als unbegründet verworfen.

Singer schlägt nun vor, den Punkt Waisfeier noch zu erledigen, selbst auf die Gefahr hin, daß die Verhandlungen heute etwas länger dauern.

Der Parteitag ist damit einverstanden.

Hierzu gehört der Antrag 99.

Richard Fischer-Berlin:

Ich glaube, der Gegenstand, der uns hier beschäftigt, ist einer von denen, wo einfach eine Resolution unterbreitet und angenommen wird. In unserer Stellung zur Waisfeier hat sich seit dem letzten Jahre ohnehin nichts geändert und ich kann deshalb wohl darauf verzichten, diese nochmals eingehend zu begründen. Ich schlage Ihnen folgende Resolution vor:

In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London

*) 1. Parteigenossen in Nürnberg: Den Parteivorstand ersuchen, in seinem Rechenschaftsbericht Auskunft zu geben, was er und die Reichstagsfraktion zur Durchführung der früheren Parteitagbeschlüsse gethan haben.

Anträge 98a und 98b sind in der Vorlage nicht enthalten.

Die Resolution zur Polenfrage lautet in der beschlossenen Fassung:

Der Parteitag erklärt: Da die ökonomischen und politischen Interessen des polnischen wie des deutschen Proletariats im Deutschen Reich die gleichen sind; da ferner die Socialdemokratie es für ihre Pflicht erachtet, die polnische Arbeiterklasse auch gegen die Unterdrückung ihrer Nationalität zu schützen, und dieser Pflicht stets nach Kräften nachgegangen ist; da endlich die Socialdemokratie ihre deutschen und polnischen Mitglieder stets als vollkommen gleichberechtigt betrachtet und behandelt und die Agitation unter dem polnischen Proletariat materiell und moralisch in kräftigster Weise unterstützt.

so muß die Absonderung einer polnischen Gruppe, der „Polnischen Socialistischen Partei“, die sich in einem Gegenlag zur Gesamtpartei gestellt hat, als ein ungerechtfertigtes Vorgehen angesehen werden.

Der Parteitag verurteilt scharf die von der Gruppe „Polnische Socialistische Partei“ provozierten Doppelkandidaturen in Ober-Sachsen und ersucht den Parteivorstand, nochmals den Verzicht zu machen, eine Verständigung zwischen den streitenden Parteien herbeizuführen, die im Interesse der gesamten Socialdemokratie liegt.

*) 59. Parteigenossen in Düsseldorf: Die Parteigenossen des ganzen Reiches sind verpflichtet, energischer als wie bisher für die allgemeine Arbeiterruhe am Tage des 1. Mai einzutreten.

1896 und Paris 1900 feiert die deutsche Socialdemokratie den 1. Mai als das Weibfest der Arbeit, gewidmet den Forderungen des Proletariats und dem Weltfrieden. Als die würdigste Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeiterruhe. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den andern Ausgebungen für die allgemeine Arbeiterruhe am 1. Mai einzutreten und überall da, wo die Möglichkeit für Arbeiterruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen.

Ich bitte dieser Resolution Ihre Zustimmung geben zu wollen.

Die Diskussion hierüber wird eröffnet.

Windhoff-Düsseldorf

begündet den Antrag 59. Die Waisfeier hat auf dem Parteitag immer die wenigste Zeit in Anspruch genommen. Ich bin nun der Meinung, daß die Partei mit der Durchführung ihrer Beschlüsse ernst machen muß. Es genügt nicht, Versammlungen abzuhalten und Feste zu feiern. Um Aenderung zu schaffen, ist es angebracht, daß von den Genossen in den einzelnen Orten mehr geschieht. In manchen Orten Bestehens ist von einer Waisfeier gar nichts zu hören. Würden die Genossen energisch eingreifen, dann müßte die große Mehrzahl der Arbeiter, die bei den Wahlen für die Socialdemokratie stimmen, auch für die Arbeiterruhe eintreten. Resolutionen sind oft weiter nichts als Beschlüsse, die auf dem Papier stehen.

Müller-Göblig

ist ebenfalls mit der Art, wie die Waisfeier jetzt in vielen Städten begangen wird, nicht einverstanden. Er nimmt aber nicht den Standpunkt der Düsseldorf ein, sondern ist entgegengesetzter Meinung. Durch die Annahme noch so vieler scharfer Resolutionen werden wir keinen Schritt weiterkommen. Speciel will ich in Schlesien keinen von unsren Gewerkschaftsorganisationen nicht verlangen, daß sie auf Durchführung der Arbeiterruhe am 1. Mai drängen. In der Mitte der Vier Jahre wurde die Erwartung ausgesprochen, daß die Waisfeier durch die Schaffung starker gewerkschaftlicher Organisationen zu ermöglichen sei. Die Organisationen sind inzwischen stärker geworden, aber gerade das Gegenteil der begehren Erwartung ist eingetroffen. In Breslau hat Wedel gesagt, daß die Berliner Genossen die Durchführung der Waisfeier den Gewerkschaften überlassen. Ich halte das für richtig und würde deshalb empfehlen, den letzten Teil der Resolution früher wegzulassen und es den Gewerkschaften zu überlassen, ob sie die Arbeiterruhe einführen wollen. Wenn das geschieht, so bin ich überzeugt, daß wir in einigen Jahren die Waisfeier nicht mehr durch Arbeiterruhe begangen werden. Ich schließe mich der Meinung Mehrzings an, daß unser bestes Agitationsmittel die Wahlen sind.

Pfannsch:

Da es der Referent unterlassen hat, auf den Antrag 59 einzugehen, will ich einige Worte dazu sagen. Ich bitte, diesen Antrag abzulehnen und schließe mich dem Gedanken an den Vordränger an. Die Waisfeier wurde durch einen internationalen Beschluß festgesetzt. Wir Deutschen rechnen es uns nicht als besonderes Verdienst an, daß wir die Waisfeier in einer Weise zur Durchführung gebracht haben, wie sie unserer Arbeiterbewegung würdig ist; wir marschieren in dieser Beziehung an der Spitze aller Nationen. An den Beschlüssen zu rütteln, halte ich für zwecklos. Aber ich meine, wir sollen auch nicht weiter gehen, als es die wirtschaftlichen Verhältnisse erlauben, mit denen wir im Augenblick sehr zu rechnen haben. Inwiefern ist es gut, wenn auch der ideale Standpunkt zum Ausdruck gebracht wird und deshalb empfehle ich die Annahme der vorgeschlagenen Resolution.

Paul Hoffmann-Hamburg

bittet ebenfalls, den Antrag 59 im Interesse des Ansehens der Waisfeier abzulehnen. Alle Ermahnungen nützen nichts, so lange nicht die wirtschaftlichen Verhältnisse die Arbeiterruhe erlauben. Sogar bei uns in Hamburg ist es vorgekommen, daß einzelne Gewerkschaften infolge der schlechten Verhältnisse die Arbeiterruhe nicht durchführen empfahlen.

Becher-Weipzig

bittet um Zustimmung zu der Resolution. Die Waisfeier soll auch in Zukunft so begangen werden, wie es die Partei bisher gethan hat. Man hat ja schon hören müssen, die Partei werde schließlich froh sein und es werde ihr ein Stein vom Herzen fallen, wenn sie die Waisfeier auf die Gewerkschaften abwälzen könne und nicht mehr durchführen brauche. Pfannsch hat ganz recht, wenn er verlangt, daß die idealen Zwecke festgehalten werden müssen. Ich stimme dem Genossen Winter zu, daß die Waisfeier in Schlesien selbstverständlich zur Zeit nicht durch Arbeiterruhe zu begehren ist; aber das beweist doch nichts gegen die großen Industriecentren.

Koib-Karlruhe:

Die heutigen Reden zeigen, daß es mit der Waisfeier bleibend nicht mehr so genau genommen wird, wie früher. Daran können auch die leidenschaftlichen Reden nichts ändern, sie scheitern an den wirtschaftlichen Verhältnissen. Es kommt darauf an, möglichst imposante Demonstrationen zu veranstalten und daß am Abend wenigstens ordentliche Versammlungen veranstaltet werden, also wenn die Feier, wie es vielfach der Fall ist, als ein ganz gewöhnliches Vergnügen ansieht. Die Sache sollte auf dem internationalen Kongreß besprochen werden.

Wels-Berlin:

Tausende von agitatorisch thätigen Personen sind mit uns der Ueberzeugung, daß es so nicht weiter gehen kann. Ich begrüße es mit Freuden, daß hier zum erstenmal auf einem Parteitag die Diskussion darüber angeschritten wurde. Es muß die Möglichkeit geschaffen werden, die Wege zu ebnen, daß die Gewerkschaften die Sache in die Hand nehmen. Es muß damit angefaßt werden, daß die Partei für die Konsequenzen der Arbeiterruhe zu sorgen und alljährlich Tausende für Gemeingefälle herzugeben hat. In England lämmert sich kein Mensch darum, und wir brauchen uns nicht zu schämen, wenn wir die Thatsachen offen besprechen.

Fischer-Berlin

erhält das Schlüsselwort: Der Düsseldorfser Antrag ist unannehmbar, weil er in sich den Gedanken birgt, als ob unsere Resolutionen nur platonische Bedeutung hätten. Eins steht fest: daß seit dem internationalen Kongreß der Gedanke der Arbeiterruhe viel präziser zum Ausdruck gekommen ist. Wenn Wels die Resolution durchzieht, wird er finden, daß es sich nicht um einen platonischen Beschluß handelt, sondern daß wir die Verpflichtung übernehmen, den Beschluß des internationalen Kongresses zur Durchführung zu bringen. Wollen wir das nicht, so müssen wir an den Unionskongreß einen entsprechenden Antrag stellen. Geschickt das nicht, so müssen wir die Feier so begehren, wie es unserer Stellung würdig ist. Ich bitte, die Resolution anzunehmen.

Die Resolution wird mit großer Majorität angenommen, der Antrag 59 dagegen abgelehnt.

Die Versammlung vertagt sich auf Mittwoch.

Schluß 7 Uhr.

Witterungsübersicht vom 17. September 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Witterung	Temp. in Grad C.	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Witterung	Temp. in Grad C.
Bismarck	753	SW	bedeckt	12	Japan	755	NO	bedeckt	3
Bismarck	753	SW	bedeckt	11	Petersburg	756	SO	bedeckt	11
Bismarck	755	SW	bedeckt	13	Port	765	SW	wolkenlos	12
Bismarck	760	SW	bedeckt	12	St. Petersburg	—	—	—	—
Bismarck	763	SW	wolflig	14	Paris	763	SW	wolkenlos	12
Bismarck	763	SW	bedeckt	14	—	—	—	—	—

Wetterprognose für Donnerstag, den 18. September 1902.

Ziemlich kühl und veränderlich, vorherrschend wolflig mit Regenschauern und frischen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Sauerstoffwasser

übertrifft jede Art der natürlichen und künstlichen Mineralwässer an Geschmack.

Sauerstoffwasser

ist nicht nur ein sehr feines Tafelwasser, sondern auch medicinisch als eines der besten Heilwasser anerkannt.

Sauerstoffwasser

wird bei Krankheiten auch ärztlich verordnet. Im Krankheitsfalle befrage man den Arzt. [5049L*

Sauerstoffwasser

Liefern wir 30 Flaschen infolge unsres Grossbetriebes zu dem billigen Preise von 3 Mk. frei Haus exkl. Flasche, welche mit 10 Pf. berechnet und zurückgenommen wird. In unsren 300 Niederlagen ist dieses Sauerstoffwasser auch in einzelnen Flaschen a 10 Pf. zu haben.

Hermann Meyer & Co.

Fernsp. III, 3524. Berlin, Wattstr. 11-12.

Bier-Abteilung.

30 Flaschen Lagerbier, I. Qualität, a 8 Pf. 2,40 Mk.
30 Flaschen Berliner Münchener a 9 Pf. 2,70 "
30 Flaschen Berliner Pilsener a 9 Pf. 2,70 "
30 Flaschen Prima Weissbier a 7 Pf. 2,10 "

exkl. Flasche, welche mit 10 Pf. berechnet und zurückgenommen wird, liefern wir frei Haus.
In unsren 300 Niederlagen sind auch einzelne Flaschen zu gleichem Preise erhältlich. 5050L*

Hermann Meyer & Co.

Fernsp. III, 3524. Berlin, Wattstr. 11-12. Fernsp. III, 3524.

Möbel- und Polsterwaren-Fabrik

von
Reichenbergerstr. 5 A. Schulz, Reichenbergerstr. 5
empfiehlt sein grosses Lager in Wohnungseinrichtungen in Nussbaum und Mahagoni, 250, 300, 400, 500, 600 bis 10 000 Mark.
Anerknt gediegene Arbeit, billigste Preise, coulanteste Zahlungsbedingung.

Dr. med. Schaper
homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f.
Haut- u. Harnleiden,
Frauenkrankheiten.
Königsgrätzstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.

Friz Preuß
74a Belle-Alliancestrasse 74a, Ecke
Bergmannstrasse, empfiehlt Freunden
und Bekannten sein Weiss- und
Bayrisch-Bierlokal nebst
Bereinszimmer für 50 Personen.*

Selterswasser

30 grosse Flaschen 1,50 Mk.

Brauselimonaden

Himbeer-, Citronen-, Waldmeister-, a 10 Pf. exkl. Glas, nur aus destillierten, frischen Früchten bereitet, 30 Flaschen frei Haus 3,- Mk.

Fruchtsäfte

Himbeer-, Citronen-, Kirsch-, Erdbeer-, Johannisbeersaft, in feinsten Raffinade eingekocht, a Ltr. 1,30 Mk.

Citronensaft zur Kur

aus frischer Frucht a Fl. 1,50, 1,00 u. 0,55 Mk. exkl. Flasche, welche mit 10 Pf. berechnet und zurückgenommen wird. Lieferung frei Haus.

In unsren 300 Niederlagen sind einzelne Flaschen zu gleichem Preise erhältlich. 5051L*

Hermann Meyer & Co.

Fernsp. III, 3524. Berlin, Wattstr. 11/12.

Säle

große und kleine, zu Versammlungen etc. geeignet
Balduin Franke, Zebastianstr. 39, 50649* an der Alten Jakobstraße.

M. Cohns Festsäle,

Benth-Strasse 20. 48492*

Die Sonnabende 11., 18. und 25. Oktober sind frei geworden und unter coulantem Bedingungen zu vergeben.

Reste

in Herrenstoffen, Kammgarne, Cheviots, solche auch für Damen-Paletots und Kinderanzüge:

spottbillig!!!
Verkauf heute Donnerstag und folgende Tage.

Tuchfabrik-Niederlage
Koch & Seeland,
Berlin, Ross-Strasse 2. 21415

MONOPOL

Anhaltische Kohlenwerke
Mariengrube

altberühmte Marke.

Die früheren
„Echten Hammer-Marie-Briketts“
aus der Mariengrube in Senftenberg N.-L. werden zum Schutz gegen Nachahmungen
— nur mit obigem gesetzlich geschützten Stempel hergestellt. —

Jedes 5 Pfennig.
Wort: 5 Nur das erste Wort fett. Wörter mit mehr als 16 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Wardinenhand Große Frankfurterstr. 9, parterre. 137*

Diesjährige elegante Herren-Anzüge und Paletots aus den modernsten Stoffen in guter Verarbeitung und Aussehen von 18 bis 45 Mark. Julius Lindenbaum, Große Frankfurterstr. 141, Ecke Reichsstr. 12688*

Vorjährige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Bergandhaus Germania, Unter den Linden 21, II. 12838*

Herrenanzüge, Paletots, elegante Knöpfereien, geringe Teilzahlung. Kurzberg, Landdörgerstr. 12158*

Weiche Herrenhüte, gute Qualität, Stiel 95 Pfennig. Bessere Sachen enorm billig. Aufbruch, Compagnie Kaiserstr. 25A, früher Bernauerstr. 4 und 5. Sonntag geöffnet. 11978*

Wanzenflüss vorrätig Gutzschütz Potsdamerstr. 61. 12498*

Teppiche! (lederbefalt) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Berlin, Godesberger Markt 4, Bahnhof Börse. 11978*

Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Spiegel, Bilder, Regale, alles spottbillig. Verkauf: Reichenbergerstr. 6. Teilzahlungen gestattet.*

Möbelmagazin liefert auf Teilzahlung Möbel, Teppiche, Gardinen unter coulantesten Bedingungen. Abzahlungen auf Jahre verteilt. Meyer, Invalidenstr. 88, nahe Chausseestrasse. 12708*

Ausbaumöbel beim Auktionator Otto Vöckel, Rüdernstr. 25 (Bahnhofstr. am Kopenhagener Bahnhof), stehen zum spottbilligen Verkauf: große Salen kleinere und größere Prachtstücke, gebogene neue, auch ganz wenig gebrauchte Einrichtungen, Paneele, Salongarnituren, Säulenträume, Salonbilder, Ausbaumöbel, Schreibtische, Salonkrone, Bücherkrone, Regale, Tische, Gardinen, Spiegelschilde, Steppdecken, Portieren, Blüschenschilde, verschiedene Gelegenheitskäufe, unentgeltliche Lagerung. 12878*

Stühle billig. Einflügel, Kottelstr. 4. 20638

Piano, 150,00. Garantiefchein, ungenutzt, Wilhelmsstr. 63, Hof Unt. 21028*

Teppiche mit Gardinen, Teppichfabrik-Niederlage Große Frankfurterstr. 9, parterre. 137*

Verfallene Pländer! Zur Einlösung goldene Ketten, Ringe und andre Goldsachen, Ketten jeder Art, sauber und schön, werden spottbillig verkauft. Altes Gold und Silber wird gekauft und in Zahlung genommen in der Pländerlei Pringelstr. 28, I. Ecke Ritterstraße. 21038*

Mähmaschinen ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, Lieferung vom Hauptlager (Postfach), Brunnenstraße 104, Kündlitz. 172*

Gasofen! Einlochgasofen 1,00, Zweiflochgasofen 1,50, Gasofen Gasofen! 5,00. Gasplättchen! Gasplättchen! Gasarm! Gasarm! billig! Gasofen, Wasserheizkessel, Heizkessel. 1895*

Wahlstrassporter, Burgalters - Frage Deinen Hausarzt! - ist das notwendigste trügliche Bier besonders für Bluthorpe, Brustkrankheiten, Nervenleiden usw. wie auch ein vorzügliches Tafelgetränk, 14 Flaschen 3 Mk., 1/2 Dose 3,10. Vertretung: Ringler, Bernauerstr. 119, Telephon III. 744. Ferner großes Lager von Rulmbacher Export und echt englischen Porter. 120*

Wäsche! Frischgeschlachtet, umsonst! und nicht zu haben, aber für den billigen Preis von 2 Mark an, auch Wäscheleinen von 60 Pfennig bis 2,25 und zu verkaufen. Central-Büchhof, Eidenstr. 11, vis-a-vis Restaurant Eidenstr. 11. 387

Polierlappen, saubere, Pfund 40 Pf., verkauft Handbuch Vertriebs-Institut, Rolenthal, Spandauerstr. 47/48. Fernsprecher I 3614.*

Einführung-Anzüge, neueste Façon, in blau und schwarz, Kammergarn und Cheviot. Julius Lindenbaum, Große Frankfurterstr. 141, Ecke Reichsstr. 12708*

Teppiche! (lederbefalt) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Berlin, Godesberger Markt 4, Bahnhof Börse. 11978*

Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Spiegel, Bilder, Regale, alles spottbillig. Verkauf: Reichenbergerstr. 6. Teilzahlungen gestattet.*

Möbelmagazin liefert auf Teilzahlung Möbel, Teppiche, Gardinen unter coulantesten Bedingungen. Abzahlungen auf Jahre verteilt. Meyer, Invalidenstr. 88, nahe Chausseestrasse. 12708*

Ausbaumöbel beim Auktionator Otto Vöckel, Rüdernstr. 25 (Bahnhofstr. am Kopenhagener Bahnhof), stehen zum spottbilligen Verkauf: große Salen kleinere und größere Prachtstücke, gebogene neue, auch ganz wenig gebrauchte Einrichtungen, Paneele, Salongarnituren, Säulenträume, Salonbilder, Ausbaumöbel, Schreibtische, Salonkrone, Bücherkrone, Regale, Tische, Gardinen, Spiegelschilde, Steppdecken, Portieren, Blüschenschilde, verschiedene Gelegenheitskäufe, unentgeltliche Lagerung. 12878*

Stühle billig. Einflügel, Kottelstr. 4. 20638

Piano, 150,00. Garantiefchein, ungenutzt, Wilhelmsstr. 63, Hof Unt. 21028*

Mähmaschinen ohne Anzahlung.

Woch 1,00, gebrauchte 12,00. Spindelstr. 60/61, Landdörgerstr. 82, 191*

Militärhalber Halbrenner 50,00
Trottel, Richardstr. 8. 21358

Wanzenflüss vorrätig Gutzschütz Potsdamerstr. 61. 12498*

Teppiche! (lederbefalt) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Berlin, Godesberger Markt 4, Bahnhof Börse. 11978*

Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Spiegel, Bilder, Regale, alles spottbillig. Verkauf: Reichenbergerstr. 6. Teilzahlungen gestattet.*

Möbelmagazin liefert auf Teilzahlung Möbel, Teppiche, Gardinen unter coulantesten Bedingungen. Abzahlungen auf Jahre verteilt. Meyer, Invalidenstr. 88, nahe Chausseestrasse. 12708*

Ausbaumöbel beim Auktionator Otto Vöckel, Rüdernstr. 25 (Bahnhofstr. am Kopenhagener Bahnhof), stehen zum spottbilligen Verkauf: große Salen kleinere und größere Prachtstücke, gebogene neue, auch ganz wenig gebrauchte Einrichtungen, Paneele, Salongarnituren, Säulenträume, Salonbilder, Ausbaumöbel, Schreibtische, Salonkrone, Bücherkrone, Regale, Tische, Gardinen, Spiegelschilde, Steppdecken, Portieren, Blüschenschilde, verschiedene Gelegenheitskäufe, unentgeltliche Lagerung. 12878*

Stühle billig. Einflügel, Kottelstr. 4. 20638

Piano, 150,00. Garantiefchein, ungenutzt, Wilhelmsstr. 63, Hof Unt. 21028*

Teppiche mit Gardinen, Teppichfabrik-Niederlage Große Frankfurterstr. 9, parterre. 137*

Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Spiegel, Bilder, Regale, alles spottbillig. Verkauf: Reichenbergerstr. 6. Teilzahlungen gestattet.*

Möbelmagazin liefert auf Teilzahlung Möbel, Teppiche, Gardinen unter coulantesten Bedingungen. Abzahlungen auf Jahre verteilt. Meyer, Invalidenstr. 88, nahe Chausseestrasse. 12708*

Ausbaumöbel beim Auktionator Otto Vöckel, Rüdernstr. 25 (Bahnhofstr. am Kopenhagener Bahnhof), stehen zum spottbilligen Verkauf: große Salen kleinere und größere Prachtstücke, gebogene neue, auch ganz wenig gebrauchte Einrichtungen, Paneele, Salongarnituren, Säulenträume, Salonbilder, Ausbaumöbel, Schreibtische, Salonkrone, Bücherkrone, Regale, Tische, Gardinen, Spiegelschilde, Steppdecken, Portieren, Blüschenschilde, verschiedene Gelegenheitskäufe, unentgeltliche Lagerung. 12878*

Stühle billig. Einflügel, Kottelstr. 4. 20638

Piano, 150,00. Garantiefchein, ungenutzt, Wilhelmsstr. 63, Hof Unt. 21028*

Zeugen gesucht.

Diejenigen Personen, welche am 16. März d. J. in der Rühlstr. 10, Ecke Schönhauserstr. die Verretterung von drei jungen Zeuten mit angesehen, wollen sich zum Zweck der Abgabe ihres Zeugnisses beim Rechtsanwalt Dr. Karl Dieblich, Spandauerbrücke 4, melden. Etwaige Unkosten werden vergütet.

Bereinszimmer für 50 Personen noch einige Tage frei. A. Fischer, Schweinestr. 97. 15308*

Bereinszimmer, großes, frei. Eisenstr. 23, II. 12108*

Rechtsbureau, Prozeduralhandlung, Eintragung, Patentierung, Pat. Brunnenstr. 117. 21558

Zaal, Vereinsräume zu Verammlungen und Sitzungen noch frei. Julestr. 10. Jannasch. 12508*

Vermietungen.

Wohnungen.
Stube und Küche zu vermieten. Rühlstr. 10. 1297*

Stube und Küche, 22, für einzelne Leute, Wilhelmshagenstr. 60. Zu erfragen Seitenkägel I Tr. Unt. 182

Zimmer.
Zimmer zu zwei Herren Wasserthorstr. 68, I. recht. 21388

Mietgesuche.
Junger Mann sucht einfach möbliertes Zimmer. Nähe Potsdamer- oder Poststr. Bahnhof. Offerten mit Preisangabe unter A. Z. Postamt 16. 21398

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.
Zwölftägiger Buchdrucker, 41 Jahre, welcher nur Anwaltsverträge bezieht, sucht leichte Beschäftigung jeder Art. Seher, Adalbertstr. 40, bei Schmidt.

Buchdrucker, 35, Schriftgewandt, guter Rechner, sucht Beschäftigung bei druckenden Anstalten. Walter, Fischerstr. 12.

Hilber, Stuhlrechner bietet um Arbeit. Stelle werden zu den billigen Preisen gesucht, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Rühlstr. 27, A. Müller.

Zwölftägiger Buchdrucker, 41 Jahre, welcher nur Anwaltsverträge bezieht, sucht leichte Beschäftigung jeder Art. Seher, Adalbertstr. 40, bei Schmidt.

Stellenangebote.

Glasschleifer auf Facetten verlangt. Gledert, Pringelstr. 32. 383*

Tüchtige Gärtner werden verlangt, aber nur solche, die schon gearbeitet haben. Berlin O., Central-Büchhof. 383*

Schlosserlehrling verlangt. Neue, Brandenburgstr. 75. 13028*

Tüchtige Anschläger sofort verlangt. Schlosserei, Brunnenstr. 16.

Ein Schneidermacher oder Bildereinrahmer verlangt. H. Brandtner, Reichenbergerstr. 11, gegenüber Weg 13/14.

Ein Tischmacher auf Blumentische (guter Verdienst) verlangt. Zu erfragen Kommandantenstr. 58. 21308

Wirtstüchler verlangt. R. u. W. Rühmann, Rühlstr. 55, I.

Parfumer für Grundrerei verlangt. Max Beinhart, Goldschmiedestr. 31. 78

Wäscherinnen, Weinnäherinnen, Knöpfmachern verlangt. dauernd Reinigungsbüro, Weinmeisterstr. 14.

Wamiell auf bessere Paletots und Jacketts, auherm Hause, verlangt. Friz, Grenzstr. 11 II. 21408

Knabenanzüge. Arbeiterin auf bessere Kleider, Jaden, Reversanzüge, Wefer, Weidenerstr. 7, Quergebäude III. 21498

Knabenpaletots. Knabenanzüge, Knabenanzüge, Arbeiterinnen verlangt. Freitag, Bornsdorferstr. 54. 21348*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile

I. Redacteur.

Für die „Magdeburger Volksstimme“ wird für möglichst sofort ein erster Redacteur gesucht. Bewerbungen sind unter Angabe der Gehaltsansprüche etc. an den Unterzeichneten zu richten. 59852*

Tüchtigen Kehler sucht Wertmeister jr., Brunnenstr. 194. 21438

Mühtung, Klavierarbeiter!

Die Pianofabrik von Ernst Koch & Co., Greifswalderstr. 155/156, ist wegen Lohn-differenzen bis auf weiteres gesperrt. 88/5 Die Ortsverwaltung.

Mühtung! Holzarbeiter!

Gesperrt sind folgende Werkstätten für Tischler, Einleger, Maschinenarbeiter und Polierer: A. Schulz, Kraustr. 18/19, Emmeluth, Dieffenbacherstr. 33, Rindel u. Friedrichsen, Poststr. 69, Ferdinand Wolf, Waldemarstr. 27 und Westmann Ufer 6.

Dix u. Engelbrecht, Köpfer-Ufer. Goltz u. Freimann, Holzmarktstr. 11. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Achtung! Bilderrahmentischler!

Bei Wehner, Stallschreiberstr. 58, sind die Kollegen in den Streit getreten. Zugang fernhalten!

Achtung! Tischler!

Folgende Werkstätten sind gesperrt: Lux u. Engbrecht, Köpfer Ufer. Wolf, Waldemarstr. 27 u. Westmann Ufer 6.

Goltz u. Freimann, Holzmarktstr. 11. 188/13* Karl Goltz, Weidenweg 37. Der Fachverein der Tischler.

Achtung! Glasschleifer.

Bei der Firma Dittmayer, An der Stadtbahn 41, sind Differenzen ausgebrochen. 21068 Zugang ist streng fernzuhalten. Die Ortsverwaltung.

Vergolder!

Wegen Nicht-Annehalten des vorüberer Zeit der Organisation gegebenen Beschäftigung (Einführung des Lohnstreiks) ist der Zugang bei allen Zwischennehmern fernzuhalten und folgende Firmen für sämtliche Branchen gesperrt: 228/10

Gummersbach, Kraustr. 39. E. Günther, Andreasstr. 10. Die Ortsverwaltung Berlin.

Parteitag der deutschen Socialdemokratie.

Dritter Verhandlungstag. Vormittags-sitzung. München, 17. September.

Beginn 9 1/2 Uhr. Den Vorsitz führt Volkmar. Eingegangen ist ein Glückwunschtelegramm von dem internationalen Freidenker-Verband in Genf. — Frau Weiß-Dasselbois, deren Mandat vom Parteitag nicht anerkannt worden ist, hat das Original des Schriftstückes, durch das sie delegiert worden ist, dem Bureau vorgelegt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung giebt Mengger-Hamburg folgende Erklärung ab: Die Neuherausgabe am Montag über das Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften ist mir erst nachträglich aus der „Münchener Post“ bekannt geworden. Es handelt sich dabei um meine Person. Die betreffende Neuherausgabe, die mir von dem von Auer empfohlenen hervorragenden Gewerkschaftsführer unterzeichnet worden ist, beruht auf Unwahrheit. Dieser hervorragende Gewerkschaftsführer — es ist der Leiter des Buchdrucker-Verbandes, Döblin — ließ mich auf dem Halberstädter Kongress sagen, daß ich meinen Widerspruch gegen die fortgesetzte Erhöhung der Gewerkschaftsbeiträge ausdrücklich als im Namen der Fraktion abgegeben bezeichnet hätte. Ich habe weder behauptet, daß ich im Namen der Fraktion spräche, noch habe ich meinen Widerspruch begründet mit dem Hinweis auf die Schädigung der Parteikasse. Döblin hat aber seine Neuherausgabe nicht, wie Auer meinte, auf dem allgemeinen Gewerkschaftskongress gehalten, sondern auf der Generalversammlung des Buchdrucker-Verbandes. Ich habe sofort schriftlich gegen die Behauptung Döblins protestiert. Döblin hat dann seine Behauptung eingeschränkt und nur aufrecht erhalten, ich hätte im Namen der Fraktion gesprochen. Mein Widerspruch war aber ein rein persönlicher, ich habe nie die Reichstagsfraktion für meine persönliche Auffassung verantwortlich gemacht.

Es folgt nun Punkt 3 der Tagesordnung: Bericht über die parlamentarische Thätigkeit. Dazu liegen vor die Anträge 60a, 67, 68, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 69 und 93, ferner ein neu eingegangener Antrag Schubert-Berlin:

Die Fraktion wird beauftragt, in nächster Zeit einen Beschlusses über die Einführung des achtstündigen Normal-Arbeits-tages dem Reichstage vorzulegen. Es sollen ferner besondere Anträge auf Einführung der achtstündigen Normal-Arbeitszeit in staatlichen und kommunalen Betrieben in allen geeigneten Körper-schaften eingebracht werden.

Alle Anträge sind genügend unterstützt.

Verichterstatter Rosenow:

Dem Parteitag liegt ebenso wie in früheren Jahren der Rechenschaftsbericht der Fraktion bereits gedruckt vor und ich glaube mich deshalb kurz fassen zu können, doch halte ich es für notwendig, einen Punkt besonders hervorzuheben. Es ist das jene Vorlage, die in der verflochtenen Session des Reichstages die wichtigste gewesen ist und die auch bei den kommenden Wahlen im Vordergrund stehen wird, die **Polstarr-Vorlage**. Von der offiziellen und der bürgerlichen Presse ist uns der Vorwurf gemacht worden, unsere Fraktion habe sich bemüht, auf die Verschleppung der Verhandlungen über den Polstarr hinzuwirken. Ich muß da gleich sagen: wenn wir wirklich so gehandelt hätten, so wäre es lediglich im Interesse der Wähler geschehen. Wir hätten es für eine Verhöhnung der breiten Massen des Volkes, wenn die Regierung in einseitiger Weise solche wichtige Beschlüsse fassen läßt, ohne die Wähler danach zu fragen. Dennoch haben wir bisher keine Obstruktion getrieben, nicht weil wir das nicht wollten, sondern weil wir es nicht brauchten; zur Verschleppung der Verhandlungen haben die Mehrheitsparteien selbst am meisten beigetragen. Wenn gesagt wird, wir als Volkspartei hätten die Pflicht gehabt, uns in unsem Reden auf das Mindestmaß zu beschränken, so ist darauf zu erwidern, daß wir gar keine Ursache haben, uns unrechtmäßig auf uns selbst zu beschränken zu lassen. Wir haben uns auch in keiner Weise abhalten lassen, von dieser Redefreiheit Gebrauch zu machen, und haben vielmehr, durch unsre Anträge den Tarif eine ganz andre Form zu geben. Was bisher in der Kommission durch unsre Vertreter geschehen ist, was nur eine vorläufige Arbeit, die eingehende Prüfung jeder einzelnen Position behalten wir uns für das Plenum vor. Wenn die Regierung solche

Angst hat, der Tarif könne nicht rechtzeitig zustande kommen, ja, warum hat sie dann mit der Einführung desselben so lange gezögert? Jahrelang befragte sie alle möglichen kapitalistischen Interessengruppen, aber die Arbeiter wurden im wirtschaftlichen Ansehen nicht gehört. Von Anfang an wurden die Agrarier umschmeichelt, niemals hat die Regierung die agrarischen Forderungen ernsthaft beknüpft, hat sie doch sogar zu dem in der Manège des Cirkus Hühns verlangten 15 Mark-Zoll geschwiegen! So geriet die Regierung in eine Zwangslage: den Agrariern sind die Zölle zu niedrig, den Konsumenten zu hoch. Daher das lange Zögern; erst infolge der Verschärfung des Tarifs über London sah sich die Regierung endlich veranlaßt, mit ihrem Entwurf hervorzutreten. Und nun sollen wir gewissermaßen im Rausch den ganzen Tarif annehmen! Nein, angesichts der Währungspläne ist eine scharfe Opposition am Platze, zumal da die Kommission Beschlüsse gefaßt hat, die auf eine noch weitere Vertiefung der Lebensmittel hinauslaufen; diese Beschlüsse, welche Preissteigerungen des Fleisches, des Gemüses, des Viehes, der frischen Milch, der Kartoffeln bewirken sollen und denen sich die Erhöhungen der Zölle auf Industrieerzeugnisse anschließen, müssen eine solche Verschlechterung der Lebenshaltung der arbeitenden Klasse herbeiführen, und zwar lediglich im Interesse einer Elite innerhalb der herrschenden Klasse herbeiführen, daß unser Standpunkt dem Polstarr gegenüber nur derselbe bleiben kann, den unser Fraktionsredner bei der ersten Lesung ausgesprochen hat mit den Worten: In die Grube mit diesem Entwurf! (Bravo!)

Außer ihrem Interesse am Brotwinde haben die herrschenden Klassen für nichts mehr Interesse gezeigt, natürlich auch nicht für Socialpolitik. Das zeigte sich schon bei unsrer Resolution-Interpellation. Mit völlig leeren Händen stand man uns gegenüber. Die einzigen socialpolitischen Schritte, die man in dieser Session getan hat, sind das Seemanns-Gesetz und das Gesetz über die Kinderarbeit; die Seemanns-Ordnung ist dabei aus den vorigen Sessionen herübergenommen und jetzt nur abgelesen worden. Dabei zeigt sie einen durchaus reaktionären Charakter. Niemals sind unsre Anträge so brutal niedergedrückt worden wie hier, wir stimmten dem auch in der Schlussabstimmung dagegen. Das Kinderarbeits-Gesetz ist in dieser Session überhaupt nicht weiter beraten worden, es zeigt große Unvollkommenheiten und Unzulänglichkeiten. Die Befreiung der Kinderarbeit besteht nicht bloß im Verbot der Kinderarbeit, sondern in der Verbesserung der Lage der erwachsenen Arbeiter, besonders in der Hausindustrie. Im Reichstag des Jahres scheint man sich einzubilden, die Arbeiter schütten aus reinem Übermut ihre Kinder in die Fabrik, es ist aber nur die bittere Not, die die Eltern dazu drängt. Eine Verbesserung der sozialen Lage der Eltern ist eine der wirksamsten Maßnahmen dieses Wohlstandes. Die Regierung hat die Landwirtschaft bei der Einschränkung der Kinderarbeit in diesem Gesetz vollständig ausgeschlossen. Söder schwärmte damals im Reichstage von der Poesie der ländlichen Arbeit und sprach von den Freuden des Kartoffelanzüchtens. Ich weiß nicht, ob Söder und seine Freunde jemals Kartoffeln angemacht haben, wenn es geschehen sein sollte, so werden es wohl die dicksten Kartoffeln gewesen sein. (Heiterkeit.) Es ist der Regierung offenbar gar nicht um eine wirkliche Befreiung der Kinderarbeit zu thun gewesen, sie hat nur wieder einmal den Wänschen erwecken wollen, daß etwas geschehe, während in Wirklichkeit nichts geschehen ist.

Von mirer Seite hat es an Anträgen in socialpolitischer Beziehung, an socialpolitischen Anregungen nicht gefehlt. Die Magdeburger Genossen vermissen in ihrem Antrag 60 in Fraktionsbericht die Eingehen auf die Wohnungsfrage. Wir haben aber bei jeder Gelegenheit Vorschläge zur Lösung der Wohnungsfrage gemacht. Wir wissen, daß, wenn die Wohnungsfrage gelöst werden könnte, damit ein höchst wichtiger Teil der sozialen Frage überhaupt gelöst worden wäre. Die Wohnungsfrage hat im vorjährigen Bericht eine detaillierte Besprechung gefunden. Alles, was wir in diesem Jahre haben thun können, war die Erwähnung der Wohnungsfrage bei der Etatsberatung und bei der Besprechung der Reichstags-Interpellation. Im übrigen wird natürlich die Fraktion beständig diese wichtige Frage im Auge behalten.

Der Antrag 61 verlangt, die Fraktion solle dahin wirken, daß dieselbe ihre Versprechen auf Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes endlich erfüllt. Wir haben wiederholt bei der Regierung angefragt, wie es mit der Materie steht, der Staatssekretär hat geantwortet, daß die Erhebungen in den Einzelstaaten noch nicht abgeschlossen sind. Auch in Zukunft werden wir keine Gelegenheit verabsäumen, nach dieser Richtung hin ansetzend auf die Regierung einzuwirken. Die Vereinfachung der Versicherung halten wir gleichfalls für eine notwendige Reform, und wir sind auch stets dafür eingetreten. Ebenso haben wir das, was die Hamburger Genossen beantragen, schon verlangt, ja wir sind sogar dafür eingetreten, daß alle Heimarbeiter der Versicherungspflicht unterliegen; zuletzt haben wir diese Forderung noch bei der Revision der Unfall-gesetze gestellt. Nach meiner Meinung sollten Sie alle diese Anträge der Fraktion zur Verwirklichung überweisen.

Der Antrag 63 will, daß die Regierung bei der Beratung des Marine-Etats über ihre Auslegung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches in den Reichs-Werftbetrieben interpellieren sollen. Die Sache ist wiederholt zur Sprache gekommen, soweit und die Etatsberatungen die Möglichkeit dazu boten, und auch ohne den Antrag wird das in Zukunft geschehen, doch können Sie ja den Antrag ruhig annehmen!

Die Anträge 64, 65, 66 und 68 beschäftigen sich mit einer Materie, die schon in der Parteipresse im wesentlichen besprochen worden ist, mit dem **Achtstundentag**. So wird von den Genossen des IV. Berliner Wahlkreises verlangt, daß wir die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit für die in den Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter beantragen sollen. Ich bin nun der Meinung, daß, wenn wir den Achtstundentag fordern, dies dann für sämtliche Arbeiter und nicht lediglich für einzelne Kategorien geschehen muß; das ist entschieden das Richtige. Die Genossen im 5. Berliner Wahlkreis und in Erfurt wünschen einen Initiativantrag auf sofortige Einführung des Achtstundentages, und die gleiche Materie betrifft der Antrag Schubert. Aus dem im Rechenschaftsbericht enthaltenen Verzeichnis können Sie ersehen, daß nach dieser Tagung des Reichstages ein von uns eingebrachter Beschlusses vorliegt, betreffend die Einführung des achtstündigen Normal-Arbeits-tages für alle im Gewerbe, Industrie, Handel und Verkehrswesen beschäftigten Personen, der innerhalb gezielte zu bestimmenden Fristen an acht Stunden zu fügen ist. Ich kann mich in Bezug auf diesen Punkt darauf beschränken, daß ich auf das verweise, was auf unserm vorjährigen Parteitage darüber ausgeführt wurde. Eines muß ich aber doch bemerken: Ob wir nun die sofortige Einführung des Achtstundentages verlangen oder einen Zwischentag, der allmählich auf acht Stunden herabgemindert ist, das ist doch nur ein Streit im Worte. Den Maximal-Arbeits-tage werden wir doch erst dann bekommen, wenn wir die parlamentarische Macht besitzen, ihn zu erzwingen. Indessen will ich noch darauf verweisen, daß wir bei allen Gelegenheiten, wo es möglich war, für den Achtstundentag eingetreten, dies auch getan haben. Gerade bei den Debatten über die Kräfte und den Notstand haben unsre Fraktionsredner den Achtstundentag in den Vordergrund gerückt. So wird die Fraktion auch in Zukunft handeln.

Die ganze socialpolitische Arbeit des Reichstages war also gleich Null. Der socialpolitische Stillstand hat sich dann auch gezeigt bei der Frage der kaufmännischen Schiedsgerichte. Der Beschlusses sollte zwar schon bei dem preussischen Justizministerium liegen, in letzter Stunde aber ist es den Interessenten, den Prinzipalen, gelungen, die Sache aufzuhalten. Nun hat es ganz den Anschein, als sollte die Angelegenheit dauernd verkrüppelt werden, auch ein Zeichen für die geringen Ansichten der Reichs-Socialpolitik, der sich noch die reaktionäre Minderfraktion entgegenstellt.

Verdienstvoll war es, daß auch in diesem Jahre die **Mißstände in den Krankenhäusern** von einem Fraktionsredner

wieder zur Sprache gebracht worden sind. Indessen bedarf es bei der Bekämpfung dieser Mißstände der wesentlichen Mitarbeit der Genossen im Lande, besonders der in den Kommunen Thätigen. Es handelt sich hier um die Besserung der Lage der Gläubigen, der leidenden Proletarier.

Ich glaube, daß der Parteitag zu dem Schluss kommen wird, daß die Fraktion ihre Pflicht getan habe. Die Fraktion wird diese Pflicht auch in Zukunft um so freudiger erfüllen, je mehr diese Thätigkeit Wiederhall im Lande findet. Die Fraktion wird besonders dankbar sein, wenn die Gewerkschaften die Fraktion mehr als bisher mit statistischem usw. Material versorgen wollen. Das ist fast wichtiger als die Stellung bestimmter Anträge. Ich schließe mit den Worten: Vorwärts, vorwärts und immer wieder vorwärts müssen wir streben, damit auch dem ärmsten Proletarier endlich die Stunde der Erlösung schlage! (Lebhafte Beifall.)

In der Diskussion ergreift zunächst das Wort **Paul Müller-Hamburg**:

Die Seemanns-Ordnung und ihre Nebengesetze, die auf ein fast 100jähriges parlamentarisches Leben zurückblicken, sind von dem Referenten als reaktionär bezeichnet worden, als Vorlage, die nicht amähernd den berechtigten Ansprüchen der Seeleute genügen. Wenn ich die Gesetze auch nicht als reaktionär bezeichnen will, so muß ich doch sagen, daß sie an socialer Rücksichtlosigkeit nichts zu wünschen übrig lassen. Wenn die Reichstagsfraktion aus diesem Grunde gegen die Vorlage gestimmt hat, so hat sie nach meiner Auffassung und derjenigen vieler Tausender deutscher Seeleute damit vollständig recht und korrekt gehandelt. In der bürgerlichen Presse sind der Fraktion wegen ihrer ablehnenden Haltung schwere Vorwürfe gemacht, es ist ihr unterstellt, daß sie aus agitatorischen Gründen dagegen gestimmt habe, obwohl die Vorlage in einzelnen Paragraphen Verbesserungen enthält. Gewiß, einzelne Fortschritte sind darin; aber ihnen stehen reaktionäre Maßnahmen, vor allem die kriminelle Bestrafung des Kontraktbruchs, gegenüber; schon das war Grund genug, die Vorlage abzulehnen. Dazu kommt, daß das Verlangen der Seeleute, ihnen das unbedingte Koalitionsrecht einzuräumen, nicht erfüllt ist, die bezüglichen Anträge der Socialdemokraten hat die Mehrheit niedergestimmt. Nach Ansicht der Seeleute dürfte die Fraktion einem solchen Gesetz nicht zustimmen und wir haben ihre Haltung mit Freuden begrüßt. Das Gesetz enthält noch eine weitere Reihe von Ausnahmestimmungen. Tausende deutsche Seeleute genießen nicht den Schutz des Gesetzes und sind der Willkür der Reeder ausgeliefert. Das deutsche seemannische Proletariat ohne Ausnahme dankt der Fraktion für ihre Stellungnahme; die Seeleute haben sich überall in großen Versammlungen mit ihrer Taktik einverstanden erklärt, das betone ich namentlich gegenüber den Ausführungen von Prof. Franke in der „Socialen Praxis“.

Paul Hoffmann-Hamburg

vertritt den Antrag 62. Der Referent hat bereits erklärt, daß die Fraktion diese Forderung erhoben hat und auch in Zukunft erheben wird. Aber es schadet nichts, wenn sie wieder daran erinnert wird, zumal wir Hamburger und sonst große Jurisdiktion im Stellen von Anträgen und im Reden auflegen. (Heiterkeit.) Das Hamburger Landgericht hat jüngst erklärt, daß alle Angehörigen der Konsumvereine der Versicherungspflicht nicht unterworfen seien. Es sagt in einem Urteil, bei dem es sich um die Frage der Versicherung von Angestellten eines Konsumvereins gegen Krankheit handelt, folgendes: Nach dem Gesetz sind die Personen versicherungspflichtig, welche gegen Gehalt oder Lohn beschäftigt sind im Handelsgewerbe, im Handwerk oder sonstigen lebenden Gewerbebetrieben; der Gewerbebetrieb, das Handelsgewerbe erfordert eine wirtschaftliche Thätigkeit in der Absicht des Erwerbes, es muß aus der Thätigkeit eine Quelle des Erwerbes gemacht werden. Ein solcher Fall liegt nicht vor, wenn eine Thätigkeit lediglich Kostenvermindern bezweckt, wie es hier geschieht. Die Mitglieder macht aus dem Handelsbetriebe keine Erwerbsquelle, sondern setzt die eingekauften Waren zum Selbstkostenpreis einschließlich der Verwaltungs-kosten an die Mitglieder ab. Liegt aber bei der Abgabe ein Gewerbebetrieb nicht vor, so besteht für ihre Angehörigen auch kein Versicherungsanspruch. Unter einem ähnlichen Verhältnis stehen die Seeleute; auch sie sollten durch Gesetz der Krankenversicherung unterworfen werden. Auch bei der Unfallversicherung sehen wir, daß die Berufsangehörigen sich gerne um ihre Verpflichtungen drücken. Als ein Malochist, ein sogen. Gastroskengerber, verunglückte, lehnte die See-Berufsangehörigen die Entschädigung ab, weil der Mann nicht angemessert gewesen sei. Später hat sie diese Verpflichtung allerdings anerkannt und es besteht jetzt die Praxis, auch in solchen Fällen zu entschädigen. Aber Mägen lassen sich noch immer; ein alter Kapitän baut sich eine kleine Kolliste und nahm zur Ueberwachung des Baus einen Steuermann für seine Fahrt, einen Besmann an. Beim Uebernehmen der Anker und Ketten auf der Enter verunglückte der Steuermann, die Seebereitschaft lehnte die Entschädigung ab, weil das Schiff noch auf den See lag; die Eisen- und Stahl-Berufsangehörigen lehnte gleichfalls ab und jetzt schwebt der Prozeß, der um so langwieriger ist, als der Seemann nicht häufig auf festem Lande ist. Ich weiß nicht, ob unsre Partei-Juristen sich auch so darauf verstehen, den einen Tag schwarz zu nennen, was sie am Tage vorher weiß nannten (Heiterkeit), aber bei den anderen ist das so. Und deshalb dürfen nicht die Äußerungen der Juristen maßgebend sein, sondern das Gesetz muß entsprechend umgestaltet werden. Ich habe das Material beigebracht, an dessen Hand die Fraktion vorgehen kann. Die Seemanns-Ordnung trägt in einem reaktionären Charakter, aber einzelne ihrer Bestimmungen stellen doch keine Verbesserungen gegen den bisherigen Zustand dar, das Erreichte steht allerdings in keinem Verhältnis zu der außerordentlichen Mühe, die die Organisation der Seeleute und unsre Fraktion sich gegeben haben. Eine erneute Revision der Seemannsordnung muß heute schon ins Auge gefaßt werden. Im übrigen ist der zweite Hamburger Wahlkreis mit der Haltung der Fraktion völlig einverstanden.

Weiß-Berlin:

Namens der Parteigenossen in Solingen, des 4. und des 5. Berliner Wahlkreises ziehe ich hiermit die Anträge 64, 65 und 66 zu Gunsten des Antrages Schubert zurück. Der Achtstundentag darf nicht nur für die Arbeiter in staatlichen Betrieben gefordert werden, sondern muß für alle Arbeiter verlangt werden. Es ist fraglich, ob die Einführung des im Reichstag in dieser Session gestellten Prellantrages auf Einführung des Achtstundentages, von dem aus stufenweise der Achtstundentag zu erreichen wäre, zweckmäßig war. Die Gewerkschaften würden in ihren Bestrebungen für den Achtstundentag durch Einbringung eines entsprechenden Antrages im Reichstage außerordentlich unterstützt werden. Solche Anträge müssen eingebracht werden, weil wir internationale Verpflichtungen haben, weil wir seit langen Jahren das gesamte Proletariat führen zu Gunsten des Achtstundentages, nicht der Verklärung der Arbeitszeit auf zehn und neun Stunden. Wir müssen dies Menschenrecht erkämpfen, damit der Haufen zerstreuter Meißelweiber, der in den Fabriken bereits aufgetanert ist infolge Uebermüdung der überanstrengten Arbeiter, nicht immer neuen Zuwachs erhalte. Ich bitte Sie, dem mehrfach unterstützten Antrage Schubert zuzustimmen. Seine Annahme bedeutet kein Mißtrauensvotum gegen die Reichstags-Fraktion, die unsrer aller Vertrauen im höchsten Grade genießt, aber wir sind dazu verpflichtet durch die Verpflichtungen, die wir auf den internationalen Kongressen eingegangen sind.

Wetuschild-Offenbach:

Wir haben uns erlaubt, die Zeit des Parteitages in Anspruch zu nehmen für einen Teil der Arbeiter, die zu den am schlechtesten gestellten in Deutschland gehören, für die Heimarbeiter. Durch den Antrag 93 soll der Fraktion keineswegs ein Vorwurf gemacht werden, wir erkennen vielmehr an, daß sie bei jeder

*) 57. Parteigenossen in Striegau: Noch in diesem Jahre ein Flugblatt für ganz Deutschland heranzugeben, in welchem die Thätigkeit der Fraktion im Reichstage in einer für die Landbevölkerung leicht verständlichen Weise geschildert wird.

60. Parteigenossen in Magdeburg vermissen im Berichte der Fraktion ein Eingehen auf die so dringend gewordene Wohnungsfrage, speziell eines Reichs-Wohnungsgesetzes, und erwarten in der nächsten Tagung ein energisches Eingreifen.

61. Parteigenossen des I. Württembergischen Wahlkreises: Die socialdemokratische Fraktion wird beauftragt, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß dieselbe ihre Versprechen, dem Reichstage eine Änderung und Verbesserung des Krankenversicherungsgesetzes in Vorlage zu bringen, endlich erfüllt. Ferner wolle die Fraktion dahin wirken, daß bei der vorzunehmenden Änderung des Krankenversicherungsgesetzes eine Vereinheitlichung und Erweiterung der Krankenversicherung stattfindet und eine Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf alle Lohnarbeiter einschließlich der Hausgewerbetreibenden sowie der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und der Diensthoten erfolgt.

62. Parteigenossen des II. Hamburger Wahlkreises erwarten, daß die Fraktion bei Beratung der Arbeiterversicherungsgesetze dafür eintritt, daß alle Personen, welche gegen Gehalt oder Lohn beschäftigt sind, der Versicherungspflicht unterliegen, wenn der Verdienst 2000 M. pro Jahr nicht übersteigt.

63. Die Kreisconferenz des VII. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreises: Die socialdemokratische Fraktion des Reichstages wird beauftragt, bei der Beratung des Marine-Etats die Reichsregierung über die von ihr geübte Auslegung des § 616 des B. G. B. in den Reichs-Werftbetrieben zu interpellieren und die Durchführung der betreffenden Bestimmungen des § 616 zu fordern.

64. Parteigenossen in Solingen: Die socialdemokratische Reichstagsfraktion möge in der nächsten Legislaturperiode ernstlich daran gehen, einen Gesetzentwurf zur gesetzlichen Festlegung des achtstündigen Arbeitstages auszuarbeiten und im Reichstage zur Besprechung und Annahme vorzulegen. Es wäre empfehlenswert, als Grundlage des Entwurfs die im „Vorwärts“ veröffentlichten Vorschläge des Genossen Parvus-München zu benutzen.

65. Parteigenossen des IV. Berliner Reichstags-Wahlkreises: Es sind im Reichstage und in den Landtagen Anträge zu stellen auf die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit für sämtliche Staatsbetriebe, und dieselben eingehend zu begründen.

66. Parteigenossen des V. Berliner Wahlkreises: Es ist ein Initiativ-Antrag auf Einführung des Achtstundentages für alle Arbeiter einzubringen.

92. Die socialdemokratische Reichstagsfraktion wird beauftragt, den Bundesrat zu ersuchen, baldigst eine besondere Vorchrift zu erlassen, wonach alle in der Heimindustrie beschäftigten Portefeuille-Arbeiter, dem Alters- und Invaliden- als auch Unfallversicherungsgesetze unterworfen werden.

93. Die socialdemokratische Reichstagsfraktion wird ersucht, dahin zu wirken, daß alle Heimarbeiter, die nur gegen Lohn beschäftigt werden, dieselben Vorteile der Gewerkschaften wie die Fabrikarbeiter genießen. W. Rosenow mit 19 Genossen.

Gelegenheit für die in der Heimindustrie beschäftigten Arbeiter und deren gesetzlichen Schutz eingetreten ist. Das kann uns aber nicht abhalten, immer und immer wieder auf die schlechte Lage dieser Arbeiter und Arbeiterinnen aufmerksam zu machen. Die Heimarbeiter nehmen eine Zwittrstellung ein, so daß man eigentlich gar nicht weiß, was man mit ihnen machen soll. Wir haben vor kurzer Zeit z. B. versucht, den Rechtsanspruch der Heimarbeiter auf eine Kündigungsgeld vor dem Offenbacher Gewerbegericht feststellen zu lassen, aber dieses sucht sich immer um die Sache herumzudrücken, damit es kein Urteil fällen muß. Wir haben dazu den Syndikus der Handelskammer geladen, der uns sagte, er bemühe sich schon seit 15 Jahren, die Grenze zwischen Heimarbeitern und Gewerbetreibenden zu ziehen, das sei aber sehr schwer. Damit in dieser Frage nun einmal Klarheit geschaffen werde, haben wir den Antrag gestellt. Der Antrag 92 will den Heimarbeitern in der Porzellan-Industrie eine Ausnahmestellung einräumen. Wir gehen von der Ansicht aus, daß es noch nicht so bald möglich sein wird, daß die Wünsche der Heimarbeiter erfüllt werden. Nachdem nun der Bundesrat bereits für einzelne Gewerbe besondere Vorschriften erlassen hat, sollte unsere Fraktion den Versuch machen, auch für die Heimarbeiter in der Porzellan-Industrie den Erlass einer Sonderbestimmung zu erreichen. Von den Vorteilen, welche die Invaliden- und Altersversicherung doch immerhin bietet, sind unsere Heimarbeiter ausgeschlossen, ebenso in der Regel von der Krankenversicherung. Hinsichtlich der letzteren verweise ich auf die veränderte Regelung zwischen Berlin und den Vororten hin. Sehr ungünstig für die Porzellan-Industrie ist auch die jetzige schlechte wirtschaftliche Situation. Es wurde durch eine amtliche Statistik festgestellt, daß der Export von Lederwaren um 60 Proz. abgenommen hat; die Folge ist, daß sehr viele Kollegen arbeitslos werden und dann in der Hausindustrie tätig sind. Dadurch werden aber die Löhne ungemein gedrückt. Da in den ungünstigen Verhältnissen der Hausindustrie auch Frauen und Kinder beschäftigt sind, so sollte die Fabrikinspektion veranlaßt werden, einzugreifen. Die Heimarbeiter sind ferner auch von der Unfallversicherung ausgeschlossen, trotzdem mitunter bedenkliche Unfälle vorkommen. Die Fabrikanten trachten danach, die Heimindustrie immer mehr auszudehnen; diesem Bestreben soll durch unseren Antrag entgegengetreten werden.

Edmund Fischer-Briednitz:

Nur einige Worte über den Antrag, der die Fraktion beauftragt, die Einführung des Achtstundentages zu betreiben. In der Fraktion ist niemand, der nicht Anhänger des Achtstundentages ist, aber ob wir solchen Antrag jetzt noch einbringen oder nicht, ist belanglos, denn zur Verhandlung kommt er in dieser Session doch nicht. Wir haben in dieser Session aus tatsächlichen Gründen den Zehnstundentag gefordert. Unser Antrag wurde zu dem Initiativantrag des Centrums auf Einführung eines Maximalarbeitstages für Frauen gestellt. Er ist bisher noch nicht verhandelt worden, da erst wenig Schwerkünste abgehandelt sind. Es wäre ein Fehler, wollten wir unsern Antrag jetzt zu Gunsten eines Antrages auf Einführung des Achtstundentages zurückziehen. Gefordert haben wir den Achtstundentag stets bei jeder Gelegenheit, und das werden wir auch für die Folgezeit nicht unterlassen. Unser Antrag auf Einführung des Zehnstundentages ist die Probe darauf, ob es den Gegnern mit der Verkürzung der Arbeitszeit wirklich ernst ist. Wir haben uns nicht von opportunistischen Erwägungen sondern lediglich von tatsächlichen Gründen leiten lassen.

Birnhammer-München:

Die energische Stellungnahme der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion gegenüber dem Zolltarif hat bei allen Genossen im Lande volle Zustimmung gefunden. Auch in den Kreisen der Centrums-wähler beginnt man gegenüber dem Zollwucher mißtrauisch zu werden. Dem Antrag 92 zu Gunsten der in der Heimindustrie beschäftigten Porzellan-Arbeiter kann ich nur vollständig beistimmen. Gerade in der Heimindustrie fordert die Proletarierarbeit zahl- reiche Opfer. Die Forderung des Achtstundentages darf nicht außer acht gelassen werden. Die wirtschaftliche Krise hat bewirkt, daß auch in Centrumskreisen unsere Forderungen Anhang gewinnen, bei der Arbeitslosigkeit muß der Centrumsmann ebenfals so sehr wie wir, der Achtstundentag muß endlich für das Volk errungen werden.

Pöller-Stiel:

Der Antrag 63 ist von laienhaften Arbeitern, die das Glück genossen, einer Musterwerkstatt anzugehören, ausgegangen. Der § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches, um den es sich dabei handelt, sagt bekanntlich, daß die Arbeiter für unverschuldete Zeitverlängerung den Lohn erhalten müssen, allerdings mit der Einschränkungsklausel, daß die Unternehmer sich dieser Verpflichtung durch besondere Verträge entziehen können. Von einer Musteranstalt sollte man nun aber besonders erwarten, daß sie allen Verpflichtungen gegenüber den Arbeitern aufs peinlichste nachlebe. Daß dies nicht der Fall ist, beweist die Einbringung dieses Antrages. Es giebt auf der Welt einen großen Teil von unteren und selbst hoch- gestellten Beamten, die überhaupt diesen § 616 nicht kennen. Das gilt selbst vom Oberverwaltungs- und bekanntlich ein aktiver Marine-Offizier ist; es ist die Vorstufe zum Admiral; dessen ungedacht sollte man annehmen, daß ein solcher Mann auch vom Erwerb- leben eine Ahnung haben möchte. Ein Arbeiter, der persönlich beim Ober- verwalter vorkam, ist von diesem abgewiesen worden mit der Begründung, daß ja in der Arbeitsordnung stehe: Lohn wird nur gewährt für wirklich geleistete Arbeit. Diese Arbeits- ordnung ist aber schon mehrere Jahre älter als das Bürgerliche Gesetzbuch. Außerdem kann doch ein derartiger Passus als Nebenvertrag gelten, der jene Entschädigungspflicht ausübt. In verschiedenen Fällen sind Arbeiter zu der sogenannten Vormundschafspflicht herangezogen worden, was eine unverschuldete Arbeitsverlängerung mit sich brachte. In anderen Fällen ist Arbeitsverlängerung entstanden durch die Zwer- wechspflicht von Arbeitern, die in kleinen Nachbarorten wohnen, es ist dann überhaupt keine Entschädigung gezahlt worden. So ist man an derartigen „Musteranstalten“ gewöhnt, solche gesetzliche Ver- bindungen anzulegen. Ich bitte, meinen Antrag anzunehmen und hoffe, daß die Fraktion durch ihr Vorgehen Abhilfe schafft.

Eichhorn-Mannheim:

Ich zolle der Tätigkeit unserer Fraktion volle Anerkennung, wünsche aber, daß unsere Initiativanträge größere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Bei der schwachen Besetzung des Reichstags ist unser Einfluß groß genug, so daß es wohl möglich ist, daß unsere Initiativanträge doch zur Verhandlung gebracht werden. Die Etatsdebatten brauchen ja nicht immer zwölf Tage zu dauern. Früher haben wir die Majestätsbeleidigungen, den großen Unfallsparagrafen, die Arbeitskammer und andre Fragen ange- schritten. In dieser Session ist in der Beziehung nichts geschehen. (Oho!) Nebenbei bemerkt, sollte sich auch der Parteitag mal mit der Frage der Arbeitskammer befassen. Die Fraktion muß Wert darauf legen, daß unsere Initiativanträge mehr zur Geltung kommen. Das gilt auch für den Antrag auf Einführung des Achtstundentages. Der Widerstand, jetzt einen solchen Gesetzentwurf einzubringen, ist un- berechenbar. Die Gründe, die Fischer dagegen vorgebracht hat, sind nicht durchschlagend. Wozu feiern wir denn den 1. Mai? Woher Demonstrieren nicht nichts, wir müssen auch zeigen, daß es uns Ernst ist. Die Arbeiter sind der Fraktion in dieser Beziehung voraus- geeilt und haben vielfach auch ohne Reichstagsfraktion eine Ver- kürzung der Arbeitszeit erreicht. Ein Mißtrauen gegen die Fraktion bedeutet der Antrag nicht. Aber wir glauben, daß gerade die jetzige Krise, wo viele Unternehmer freiwillig die Arbeitszeit verkürzen, der geeignetste Moment ist, den Achtstundentag zu fordern.

Schubert-Berlin:

Die Ausführungen Eichhorns überleben mich der Verpflichtung, den ersten Teil meines Antrages zu begründen; ich kann mich des- halb darauf beschränken, zu dem zweiten Teil einige Worte zu sagen. Die Forderung, daß in allen Körperchaften für die Einführung des Achtstundentages zu wirken ist, ist sehr wesentlich. In den Ge- meinden setzen wir sehr oft, daß Arbeiter, die doch Bürger sind, in einer Weise behandelt werden, die jeder Beschreibung spottet. Zur Beringerung der Armenlasten werden diese Leute von den Ge- meinden vielfach als Arbeiter eingestellt; da nun aber die Kommunen

gegänglich nicht verpflichtet sind, Arbeitsordnungen aufzustellen, so thun sie das auch nicht, und so kommt es, daß die oberen und unteren Beamten die Arbeitszeit einfach nach ihrem Belieben fest- setzen. Arbeitsordnungen und Arbeiterauschüsse in den städtischen Betrieben sind durchaus notwendig, um die Lage der städtischen Arbeiter zu verbessern; wir sind verpflichtet, für die städtischen Arbeiter einzutreten und für sie den Achtstundentag zu verlangen. Es ist deshalb notwendig, meinem Antrage zuzustimmen, ebenso halte ich die Annahme des Antrags 63 für nötig, denn wenn die Reichsbehörden die Wirkung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ausschalten, so ahmen die Gemeinden dies Beispiel nach. Wir müssen alles daran setzen, um den Achtstundentag zu erringen. (Lebhafter Beifall.)

Die Debatte wird mit Rücksicht auf die Rundfahrt auf dem Starnberger See vertagt.
v. Söllmar teilt mit, daß von Ulrich-Stuttgart ein Schreiben eingegangen ist, wonach er vom zweiten württembergischen Wahl- kreise ein Mandat hat, aber durch Erkrankung in seiner Familie an der Teilnahme verhindert ist.

Schluß 11 Uhr.

Dem Parteitag sind folgende Resolutionen unterbreitet worden:

Resolution zu Punkt 4 der Tagesordnung.

(Die bevorstehende Reichstagswahl.)

Der Parteitag verpflichtet die Parteigenossen, wie bei den bis- herigen, so auch bei der künftigen allgemeinen Reichstagswahl in allen Wahlkreisen, in denen Parteigenossen sich befinden, eigene Kandidaten aufzustellen; dort, wo es noch nötig erscheint, schenkt die Organisation in den Wahlkreisen auszubauen und vor allem auch auf die Be- schaffung der nötigen Geldmittel bedacht zu sein.

Kommen die Parteigenossen in die Lage, bei der engeren Wahl zwischen geeigneten Kandidaten sich beteiligen zu müssen, so dürfen sie nur für denjenigen Kandidaten stimmen, der sich bereit erklärt, im Fall seiner Wahl

1. für uneingeschränkte Aufrechterhaltung des bestehenden Reichs- tags-Wahlrechts,
2. gegen die Erhöhung der bestehenden Zölle auf Lebensmittel,
3. gegen jede neue indirekte Steuer oder eine Erhöhung der be- stehenden auf Konsumartikel der großen Masse der Be- völkerung,
4. gegen jede Ausnahmegegesetzgebung und gegen jede Verschlech- terung des bestehenden Rechtszustandes,
5. gegen jede neue Militär- und Marinevorlage, die höhere Lasten erfordert,

ezutreten.
Ist kein Kandidat vorhanden, der bereit ist, diese Bedingungen anzunehmen, so ist strenge Wahlenhaltung zu verlangen. (Beif.)

Resolution zu Punkt 7 der Tagesordnung.

(Internationaler Arbeiterkongress 1903.)

Der Parteitag fordert die deutschen Genossen auf, den im Jahre 1903 zu Amsterdam stattfindenden internationalen sozialistischen Arbeiterkongress zur Bekämpfung des internationalen Solidaritäts- gefühls möglichst zahlreich zu besenden.

Schandverfe vom Haberfeldtreiben

auf dem

Kellerfest am 15. September 1902 zu Ehren des Parteitages der deutschen Sozialdemokratie.

1.
Da August von Breichn, mit dem sang ma o,
Weil ea 's Fering und 's Raafa so guat lo.
Wal no Dauer von uns 's Reizupfel rührt
Glei kimmt ea wie Schandart daher ghabziert;
An jedn Dred muaha blo s'n, wann er eahn aa net brennt
In a jedn Forderl siart a ein, de Himmsalक्रमent.
Haber: Is dös woahr?
Haberer: Woahr is!
Haber: Aufrewoin!

2.
Aba jay Manner kimmt no a beser's Fress'n
Da Gotthar Bod und da Ulrich vo Hess'n
Da Dan' kriagt jay' bal an Ord'n, da Andra jant an Großherzog
sein Bel'
Und dös wöll'n nachat richtiga Manna sei
Dia san scho vo Grund aus völli vadorb'n
Und nachstens kriagt a Jeda a Hofuniform.
Haber: Is dös woahr?
Haberer: Woahr is!
Haber: Aufrewoin!

3.
A ganz a bjundra Sellinga is scho da Nazi,
War füllaha a grüawiga boarische Nazi.
Sei Bataland und sei draba Kuni dozua
Dös is eahn hent Alas nimma nobel gma.
Er lugelt sie jay im dreihü'n Sand umanand
Und pfeift aa no auf sei boarisch Bataland.
Renli hat er g'lagt, es gab in Breichn a richtigz Leut.
Wer a so was red, bei dem seits weil.
Haber: Is dös woahr?
Haberer: Woahr is!
Haber: Aufrewoin!

4.
An Ehrhart Franz, an Krischer Churfürst, den nehma
jagu dro
Der a so scho läag'n und Inhabandlu lo.
Er thuat alleweil gern recht deutli mit de Leut dischürn.
Aba er steigt wiara Gockl, wann's de Andern bei eahm probirn.
Nacha man nist ea und plärrt ea vom guata Ton
Jagt schau nur grob oana a so was on?
Haber: Is dös woahr?
Haberer: Woahr is!
Haber: Aufrewoin!

5.
Da Singa Pauli von Breichn is aa no a guater
Grod wos er net soll, dös treibt er dös Quader,
Stait dah er möcht, win's recht war, scho singa
Hört alleweil nur sei Ruhag Lock'n lünga.
Und möcht amal raafa, na fährt er der nei
Und geht mit oahn um, als war ma sei Wei
Haber: Is dös woahr?
Haberer: Woahr is!
Haber: Aufrewoin!

6.
Mit dem Bernstein Edi muah ma jay aa a Baril redn,
Grod Kampeln und Streit'n möcht er mit an jed'n
Er geht aber nur spazieren mit seiner Wähs,
Eahn seits an Bewegung und hant an nix.
Frühender hat er do no a bessere Schneid,
Heunt triff er ni mehr, denn as Ziel is eahn j'weil.
Haber: Is dös woahr?
Haberer: Woahr is!
Haber: Aufrewoin!

7.
Jagt bah's auf und spitz's d'Ortwasch'n os Gscheertn,
Jagt kimmt oaner von de gang grohu Ghehrten,
Da Kant'sly Karl, mit an Schabl volla Loah,
Ehant alleweil dahoam in seina Spinnstuhd hodn.
Er studiert in da Bibe, wie fräha d'Leut hob'n lünga läagn.
Und probiert nacha, wie lang ma an Wandernum so ausziagn
Aba wenn oana seiner Allwissenheit net trant
Ma wird er glei saugrob und grandt und frist eahn am Kraut.
Haber: Is dös woahr?
Haberer: Woahr is!
Haber: Aufrewoin!

8.
In'n groh'n Baden' von uns Hobafei reiba
Wah' ma jay o'fanga sogar bei die Weiba
Dö Jettin Lara macht uns Manner sei saubere G'hicht'n
Wir soll'n uns, ma an't's, nach dem Weibervolk richt'n
Und von Kanona und vo da Attalarie
Bastet Reams ebas, uba q'rad elloa fie
I häit' no mehra j'og'n aba i lah sie klei'n
Einst thal's uns all mitananda as Hobafei treib'n
Haber: Is dös woahr?
Haberer: Woahr is!
Haber: Aufrewoin!

9.
An Schwert'n Brod'n theam ma auf d'Leht ins aufheb'n
Und dös muah a b'underes Gottesgricht a geb'n
An Giral moan ma, an Gschloßherrn vo Walensee
Der alle Großtopfaten in Breichn und in da Polake bringt in
b'Föh'
Jua da G'fanning fragt a, brauchat ma net viel Baskand
Und's Programm trogt a allweil in da hintern Rodt'sch'n
umanand
Mit dös Minista lo er's a guat da Plana
Und red mit eahna gor net wie un'ar oana
Unser Bräuh hot er a scho lang vageh'n
Und hoamt, jay ma, thar er mit'n Prinz regent'n g'mittageh'n.
Selber Minista j'weil, dös is eahn j'weil,
In der Ku hocht er heunt scho: Vo Oberbayern da Kün.
Haber: Is dös woahr?
Haberer: Woahr is!
Haber: Aufrewoin!

10.
Bann's grad der Zoll war, daß ma iwieda amal lömma
Nacha müah' ma a no andere Verbreche mitnehma
Do häit ma glei no an großmächtigan Schan!'!
Den Onkel Grog vo Stuttgart, der her müah't auf's Bankl
Der Heine, der Arthur thar'n a her g'hörn
Do thar ma heut nimma mehr ferti wer'n
Aba jay thuat mi bereits 'as Les'n verdräah'n
Jag müah' ma wegn' Mangel an Zeit, unsa Hobafei treib'n
ich läh'n.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zum Buchdruckerfest bei Louis Vorhardt erhalten wir folgende Zuschrift:

Auf Grund des § 11 des Preßgesetzes ersuche ich Sie um Auf- nahme nachstehender Verichtigung:

Der Vorwurf, ich strebe dahin, an Stelle der höher entlohn- ten Gehilfen billigere Arbeitskräfte, welche mir von anderer Seite offeriert worden wären, einzustellen, ist durch den Beschluß der Tarifkommission als unbegründet befunden worden. Nach eingehender Prüfung des Thatsbestandes kam auch die obengenannte Kommission zu dem Resultat, daß auch nicht der geringste Versuch von meiner Seite unternommen worden sei, welcher als „Lohnrückerei“ bezeichnet werden könnte. Louis Vorhardt.

In vorstehender Verichtigung haben wir zu erklären: Ein Ver- schluß der Tarifkommission, welcher besagt, die Firma Louis Vorhardt habe keine Lohnrückerei betrieben, liegt nicht vor. Daß die Firma die Löhne fuchte herabzusetzen, geht schon aus der Thatsache hervor, daß bereits im Mai d. J. die Seger Suelle und Friedrichs, deren Löhne seit 1. Januar d. J. 80,00-M. wöchentlich betragen, plötzlich um 2 M. die Woche billiger arbeiten sollten. Diefelben weigerten sich und verklagte der erstere die Firma bei dem Tarif-Schiedsgericht. Das Tarif-Schiedsgericht sprach demselben sein Recht zu, daß die Firma nicht berechtigt ist, eine stattgehabte tarif- liche Lohnerhöhung ihm zu kürzen. Der Kollege wurde als ge- mahntregelt erklärt und an erster Stelle im Arbeitsnachweis ver- gemerkt. Auch im jetzigen Falle handelt es sich um Lohnrückerei. Herr Mosler erklärte der perhabschenden Vorstandskommission gegenüber, daß ihm die entlassene Arbeitskraft zu teuer sei, sein Geschäft arbeite mit Defizit und kann derartige Arbeits- löse entbehren. Zum Beweis dafür sei bemerkt, daß er zwei Tage vor der Entlassung des betreffenden Accidenzsetzers (derselbe erhielt 32 M.) einen Kollegen zu niedrigerem Lohn und zwar durch den Agenten Köhler engagiert hat. Der ganze Zeit liegt jetzt darin, daß die Firma nicht mehr verlangt, wenn sie billiger arbeiten, so können sie arbeiten, sondern einfach entläßt. Dadurch entzieht sie sich ihren Verpflichtungen gegenüber dem Tarif. — Ueber den weiteren Verlauf des Ausstandes werden wir in den nächsten Tagen berichten. Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer.

Vergolder! Laut Beschluß der Vereinigung der Goldbleistift- Fabrikanten Berlins und Umgegend haben die Fabrikanten sich ver- pflichtet, keinem Zwischenmeister, welcher seine Gehilfen in Lohn be- schäftigt, irgendwelche Arbeit zu geben. Da nun einige Zwischen- meister das Lohnsystem eingeführt und ein dahingehendes Ver- sprechen den Vertretern der Organisation gegenüber abgegeben haben, so sind diese Zwischenmeister gezwungen worden, ihr Ver- sprechen zu brechen, und sie stellen an die Kollegen das Ansuchen, in Zukunft wieder in Accord zu arbeiten; letzteres wurde strikte zurück- gewiesen und sind deshalb einige Kollegen ans Pfalter geworfen. Kollegen, der Handschuh ist uns hingeworfen, mir ist es Pflicht eines jeden Kollegen, den Zugzug bei den Zwischenmeistern fernzuhalten. Zur Aufhufst über diese Sache ist gern bereit Ernst Oehlert, Zittel- Vorfigender, Kopenstr. 3a, abends 6-7 Uhr.

Deutsches Reich.

Das Arefelder Gewerkschafts-Kartell hat sich in seiner letzten Sitzung gegen ein Zusammengehen der freien mit den Christlichen Gewerkschaften ausgesprochen. Mit Rücksicht darauf, daß in Rhein- land die christlichen Gewerkschaften einen verhältnismäßig zahlreichen Anhang haben, hatten in Arefeld die Tagelöhner, die Metall- arbeiter und die Holzarbeiter mit den christlichen Organisationen gemeinsame Agitationsveranstaltungen veranstaltet. Dieser Zustand kann das klare, prinzipientreue Arbeiten auf gewerkschaftlichem Gebiet für die freien Gewerkschaften nur beeinträchtigt haben. Um dem ein Ende zu machen, hat das Arefelder Gewerkschafts-Kartell beschlossen: Das Gewerkschafts-Kartell empfiehlt den angeschlossenen Organi- sationen, mit andren, nicht auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Organisationen keine gemeinschaftlichen Versammlungen und Aktionen zu veranstalten, da solche fast stets unsere Ziele verfehlern und in den Reihen der eignen Mitglieder Konfusion und Streit zu zeitigen geeignet sind.

Stellt sich in einem außergewöhnlichen Fall nach Ansicht der Organisation die Notwendigkeit zu einem solchen Zusammengehen heraus, so ist dieses dem Kartell, sofern noch Zeit vorhanden, zu unterbreiten. Dieses beschließt mit Zugiehung der Organisations- vorstände, ob ein derartiges Pallieren im Interesse der Organisation sowohl als auch im allgemeinen Vorteil liegt. Die betreffende Organisation hat dem Beschluß nachzukommen.

Kleine Mitteilungen. Die Einführung einer Arbeitslohn- unterstützung lehnten die Mitglieder des D a d e l e r e r b a n d e s ab. Von 8155 Stimmberechtigten erklärten sich 614 dafür und 949 dagegen. 1632 haben überhaupt nicht abgestimmt.
Die Neabstimmung im Verband der H a u d s t u b m a c h e r Deutschlands über die Wahl des ersten Vorsitzenden (an Stelle Fohners) ergab 925 Stimmen für W. Niepelhoff in Würz und 581 Stimmen für M. Möhring in Regensburg. Niepelhoff wurde sonach zum Vorsitzenden gewählt.

Ausland.

Die Autscher Noms streiken seit nunmehr zehn Tagen; Unter- handlungen, die von der Arbeitskammer angeknüpft sind, haben bisher noch zu keinem Resultat geführt.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Schuhfabriken von Varese (Italien) sind ausständig; sie verlangen die Abschaffung der

Accordarbeit und die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 10 Stunden. Neben nur etwa 150 Männern sind 400 Frauen am Streik beteiligt.

Der Kohlenarbeiterstreik in Amerika wird weiter andauern, nachdem die Konferenz von Harrisburg resultatlos verlaufen ist. Die Schädigungen, welche der Streik für den Kohlenbau und die gesamte Industrie im Gefolge hat, sind ganz enorme. Das eindringende Wasser hat in den Gruben die elektrischen Anlagen und die sonstigen Maschinen zerstört; viele Schächte werden für immer aufgegeben werden müssen. Die Industrie war gezwungen sich nach England zu wenden, um Kohle genug zu erhalten; 10 Millionen Tonnen englischer Kohle sollen in den letzten Wochen mehr nach Amerika gegangen sein, als gewöhnlich, 10 weitere Millionen Tonnen sind, wie englische Blätter berichten, in Auftrag gegeben.

Vermischtes.

Der Mord in Bologna. Von jenen Personen, welche bei der mysteriösen Ermordung des Grafen Bonmartini im Verdacht der Missethat stehen, hat der seither verhaftete Dr. Pio Raldi ein teilweise Geständnis abgelegt. Er war auf die Nachrichten der Zeitungen, daß man ihn für einen Teilnehmer an der Bluttat des Dr. Dulio Murri hielt, von Genua nach Bologna gekommen und hatte sich selbst dem Untersuchungsrichter gestellt. Er gab zu, an den Vorbereitungen zum Mord teilgenommen zu haben. Am 27. August, so erzählt Raldi, als ich mich in einem Spiellokale befand, kam Murri zu mir und vertraute mir an, er habe beschlossen,

den Schwager zu töten. Es sei dies die einzige mögliche Lösung des Ehezwistes. Ich bot alles auf, um ihm den Gedanken auszureden, aber Murri beharrte bei seinem Vorhaben. Er ging dann fort und lehrte bald darauf mit einer jungen, schlanken, schwarz-gelblichen Person zurück, welche mir ganz unbekannt war. Ich weiß jetzt, daß es die Bonetti gewesen. Es schlug Mitternacht, als wir drei zusammen in die Via Razzini gingen und ins Haus des Grafen Bonmartini eintraten. Wir benutzten dabei die kleine Thür in der Via Basteria, zu der die Bonetti Tags vorher in Benebig den Schlüssel geholt hatte. Wir warteten die ganze Nacht auf Bonmartini, der nach Murris Berechnung nicht lange ausbleiben konnte. Wir legten uns ruhig schlafen. Ich blieb nur deshalb bei Murri, weil ich immer noch hoffte, ihn von seinem schrecklichen Vorhaben abzubringen. Am Mittag des 28. August verließ ich das Haus, da ich mir vorgenommen hatte, den Grafen zu warnen. Ich wartete auf ihn, aber umsonst, er kam nicht. Ich war ganz verzweifelt und ging direkt zum Bahnhof, wo ich nach Florenz zu meinen Verwandten abfuhr. Später begab ich mich nach Livorno und Genua. Ich suchte dort eine Beschäftigung und hoffte, als Schiffsarzt unterkommen zu können. Der Untersuchungsrichter erklärte Raldi für verhaftet. Dieser wurde totenblau und zitterte an ganzen Leibe. Raldi hat übrigens in Genua Vorbereitungen zur Flucht getroffen. Er ging dort zum Provinzarzt Canalis und erbat sich die Unterstüfung seines Gejundes um eine Schiffsarztstelle auf einem eben nach Amerika abgehenden Dampfer. Er zeigte seine Diplome, erhielt aber die Antwort, daß er für einen Schiffsarzt zu jung sei.

Neue Umwetter in Thüringen. Abermals sind, wie ein Drahtbericht aus Erfurt meldet, verheerende Wollendürre in ganz Thüringen niedergegangen. Die Ortschaft Weitzen ist vollständig unter Wasser gesetzt. Die Bewohner retteten sich durch Fucht in die Häuser. Die Heiligenstädter Klur bildet einen riesigen See. Im Gerar Lande ist die gesamte Herbsternte verüchtigt; viele Personen schwelben in Lebensgefahr, drei sind getötet worden. Der durch das neue Umwetter angerichtete Schaden beträgt abermals Millionen.

Im Kampf mit Wilddieben getötet. Aus Halle a. S. wird vom Mittwoch berichtet: Im Kampfe mit Wilddieben wurde gestern abend bei Börmlich der dortige Jagendarm Huh erschossen. Auch ein Wildieb blieb tot auf dem Plage, seine Leiche wurde aber von seinen Genossen bis zur Unkenntlichkeit verunstaltet.

Die Pest. Aus Petersburg wird gemeldet: Um einem weiteren Umsichgreifen der in Odessa herrschenden pestverdächtigen Krankheit vorzubeugen, sind eine Reihe von Maßnahmen gesundheitlicher Art getroffen worden. Es ist u. a. für Odessa und die benachbarten Gouvernements eine ärztliche Besichtigung aller aus Odessa in Häfen des Schwarzen Meeres einlaufenden Schiffe sowie eine strenge Uebervachung des Gesundheitszustandes auf den von Odessa nach russischen Häfen abgehenden Dampfern und eine ärztliche Untersuchung der Reisenden und der Mannschaften vorgeschrieben. Die den Verkehr mit Odessa unterhaltenden russischen Personendampfer sind verpflichtet, Ärzte an Bord zu haben.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 18. September.

Opernhaus. Der Ring des Nibelungen. Das Rheingold. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schauspielhaus. Wallenstein Tod. Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues Opern-Theater (Kroll). Orpheus in der Unterwelt. Anfang 7 1/2 Uhr.

Deutsches. Wenn wir Toten erwachen. Anfang 7 1/2 Uhr.

Berliner. Alt-Heidelberg. Anfang 7 1/2 Uhr.

Leipzig. Le Noeud de Cravate. — La Main. — Souper d'Adieux. — L'Homme aux poupées. Anfang 7 1/2 Uhr.

Witten. Der lustige Krieg. Anfang 8 Uhr.

Neues. Redige Seite. Anfang 8 Uhr.

Heldens. Der Fall Mathieu. (L'affaire Mathieu.) Vorher: Ich liebe Sie. Anfang 7 1/2 Uhr.

Thalia. Er und seine Schwester. Anfang 7 1/2 Uhr.

Central. Wie man Männer feiert. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schiller. O. (Wallner-Theater). Moritur. (Teja, Fritzen, Das ewig-Männliche.) Anfang 8 Uhr.

Schiller. N. (Friedrich-Wilhelm-Städtisches Theater). Die Braut von Messina. Anfang 8 Uhr.

Carl Weis. Eine Paria. Anfang 8 Uhr.

Zuilen. Orpheus, der Mohr von Benebig. Anfang 8 Uhr.

Colino. Erotische Arbeit. Anfang 8 Uhr.

Kleines. Serenissimus - Zwischenspiele. Maledicta. Familien-Idyll. Liebesstränge. Anfang 8 Uhr.

Wpello. Lysistrata. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Wintergarten. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.

Buntes Theater. Sinfonie im Bade. Bunter Teil. Anfang 8 Uhr.

Metropol. Berlin bleibt Berlin. Anfang 8 Uhr.

Wilhelm. Der Walzerkönig. Anfang 8 Uhr.

Palast. Eine Nacht im Ballhause. Anfang 8 Uhr.

Steidl. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.

Passage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Urania. Tauben-Strasse 48/49. (Im Theater um 8 Uhr.) Tausend Jahre deutscher Kultur. Anfang 8 Uhr.

Urania. Sternwarte. Invalidenstr. 57/62. Täglich geöffnet von 7-11 Uhr.

Urania. Zoologischer Garten. Täglich nachmittags 4 Uhr: Grosses Militär-Konzert. Entree 1 M. ab 6 Uhr abends 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Urania. Passage-Theater. Auf das glänzendste renoviert. Anfang nur Unter den Linden 22. Anfang Sonntags 3 Uhr. Ende 11 Uhr. Wochentags Anfang 8 Uhr.

Urania. Hella Collier. Deutschlands beste Vortrags-Soubrette. Savely Goré, neuer russischer Tenor. — Liane d'Amiroff, hohe Schule, geritten auf einer Plattform. 14 erstklassige Nummern.

Urania. CASTANS Panoptikum. Friedrich-Strasse 165. Die sensationellen lebenden Bilder, dargestellt v. 8 jungen Damen. Kirchmeiers Berliner Original-Schrammeln.

Urania. Buntes Theater. („Ueberbrett“). Köpenickerstr. 68. Anfang 8 Uhr. Sinfonie im Bade von O. Solus. Bunter Teil. Leitung: O. Strauss. Tiny Sanders a. G. Bozona Bradsy. Marcell Salzer. Bokken-Lasson.

Urania. Carl Weiss-Theater. Große Frankfurterstr. 132. Eine Paria. Lebensbild in 5 Akten (8 Bildern) von Ernst Ritterfeldt. Anfang 8 Uhr. Morgen: Die erste Vorstellung. Sonnabendnachmittag 4 Uhr: Erste Kinder-Vorstellung. Tausend und eine Nacht. — Sonntagnachmittag 3 Uhr: Maria Stuart.

Urania. Luise-Theater. Reichenbergerstr. 34. Drei Minuten vom Roten Thor. Vorverkauf 10-2 Uhr Theaterkass., Zwischend. und Künstlerband. Morgen: Robert und Bertram. Sonnabend: Schloßvorfall. 3 Uhr: Maria Stuart. 8 Uhr: Robert und Bertram.

Urania. Thalia-Theater. Dresdenstrasse 72-73. Novität! Anfang 7 1/2 Uhr. Novität! Er und seine Schwester. Woffe mit Gefang und Tanz in 4 Akten. Guido Thiescher als Orchester-Dirig. Im 2. Akt: Kugel-Couplet. Gerda Walda. Fritz Heimerding. Herbert Paulmüller. August Reiff. Morgen und folgende Tage: Er und seine Schwester.

Urania. Central-Theater. Heute und folgende Tage: Wie man Männer feiert. Große Aufführungspose in 4 Akten von Rind u. Demmequin. Kluit von Berger. — Wäse: Josephina Dora, Papi Weiss, Marie Manzi, Toni Grünfeld. — Sonntagnachm., halbe Preise: Drei Paar Schuhe. — Abends: Wie man Männer feiert.

Urania. Trianon-Theater. Georgenstrasse, Bahnhof Friedrichstr. Eröffnung Sonnabend, 27. Septbr.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49. Im Theater um 8 Uhr: Tausend Jahre deutscher Kultur.

Sternwarte. Invalidenstr. 57/62. Täglich geöffnet von 7-11 Uhr.

ZOOLOGISCHER GARTEN. Täglich nachmittags 4 Uhr: Grosses Militär-Konzert. Entree 1 M. ab 6 Uhr abends 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Passage-Theater. Auf das glänzendste renoviert. Anfang nur Unter den Linden 22. Anfang Sonntags 3 Uhr. Ende 11 Uhr. Wochentags Anfang 8 Uhr.

Hella Collier. Deutschlands beste Vortrags-Soubrette. Savely Goré, neuer russischer Tenor. — Liane d'Amiroff, hohe Schule, geritten auf einer Plattform. 14 erstklassige Nummern.

CASTANS Panoptikum. Friedrich-Strasse 165. Die sensationellen lebenden Bilder, dargestellt v. 8 jungen Damen. Kirchmeiers Berliner Original-Schrammeln.

Buntes Theater. („Ueberbrett“). Köpenickerstr. 68. Anfang 8 Uhr. Sinfonie im Bade von O. Solus. Bunter Teil. Leitung: O. Strauss. Tiny Sanders a. G. Bozona Bradsy. Marcell Salzer. Bokken-Lasson.

Carl Weiss-Theater. Große Frankfurterstr. 132. Eine Paria. Lebensbild in 5 Akten (8 Bildern) von Ernst Ritterfeldt. Anfang 8 Uhr. Morgen: Die erste Vorstellung. Sonnabendnachmittag 4 Uhr: Erste Kinder-Vorstellung. Tausend und eine Nacht. — Sonntagnachmittag 3 Uhr: Maria Stuart.

Luise-Theater. Reichenbergerstr. 34. Drei Minuten vom Roten Thor. Vorverkauf 10-2 Uhr Theaterkass., Zwischend. und Künstlerband. Morgen: Robert und Bertram. Sonnabend: Schloßvorfall. 3 Uhr: Maria Stuart. 8 Uhr: Robert und Bertram.

Thalia-Theater. Dresdenstrasse 72-73. Novität! Anfang 7 1/2 Uhr. Novität! Er und seine Schwester. Woffe mit Gefang und Tanz in 4 Akten. Guido Thiescher als Orchester-Dirig. Im 2. Akt: Kugel-Couplet. Gerda Walda. Fritz Heimerding. Herbert Paulmüller. August Reiff. Morgen und folgende Tage: Er und seine Schwester.

Central-Theater. Heute und folgende Tage: Wie man Männer feiert. Große Aufführungspose in 4 Akten von Rind u. Demmequin. Kluit von Berger. — Wäse: Josephina Dora, Papi Weiss, Marie Manzi, Toni Grünfeld. — Sonntagnachm., halbe Preise: Drei Paar Schuhe. — Abends: Wie man Männer feiert.

Trianon-Theater. Georgenstrasse, Bahnhof Friedrichstr. Eröffnung Sonnabend, 27. Septbr.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Donnerstagabend 8 Uhr: Moritur. (Teja, Fritzen, Das ewig-Männliche) von Hermann Sudermann. Freitagabend 8 Uhr: Moritur. Sonnabendabend 8 Uhr: Doktor Klaus.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelm-Städtisches Theater). Donnerstagabend 8 Uhr: Die Braut von Messina. Ein Trauerspiel mit Chören von Friedrich Schiller. Freitagabend 8 Uhr: Die Mottenburger. Sonnabendabend 8 Uhr: Einsame Menschen.

Freie Volksbühne.

Herbst-Fest. Sonnabend, den 4. Oktober, abends 8 Uhr, in der Brauerei Friedrichshain.

Schubert-Abend. Vokal- und Instrumental-Konzert unter Mitwirkung des Berliner Tonkünstler-Orchesters unter Leitung seines Dirigenten Franz von Blon und hervorragender Gesangsolisten. Festmarken für die Mitglieder vom 15. September ab in allen Zahlstellen.

2./3. Abteilung: Lessing-Theater, Sonntag, den 21. September: Die Kleinbürger von Maxim Gorki.

7./8. Abteilung, im Metropol-Theater: John Gabriel Borkman. Die Mitglieder werden dringend ersucht, die in den Zahlstellen ausliegenden Fragebogen betreffs obligatorischer Einführung des Bühnenscheffes etc. auszufüllen. Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Cirkus Alb. Schumann. Karlstrasse. Cirkus-Gebäude. Sonnabend, den 20. September, abends 7 1/2 Uhr: Gala-Premiere. 25 Gerettete von der Insel Martinique, 12 Frauen, 10 Männer, 3 Kinder in ihren heimathlichen Gebrüchen, Gefangen, Tänzer usw. sowie sämtliche für Berlin neu engagierten Künstler und Künstlerinnen. Vorführung der Original-Dressuren durch Direktor Alb. Schumann sowie die vorzüglichsten Clown und Auguste.

Wilhelm-Theater. Friedrichstr. 236. Der Walzerkönig. Gefangspose in 4 Akten von W. Kraussfeldt. Morgen und folgende Tage: Der Walzerkönig. Roseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Palast-Theater. früher Fein-Palast, Bughr. 22. Durchaus renoviert. Direktion: Richard Winkler. 9 Uhr: Der Saison-Schlager Eine Nacht im Ballhause. Schwan in 4 Akten von H. Kneffel. Aktion, Köcher. Dir. R. Winkler. Lotte Nanda, beste deutsche Soubrette. Les Premiers, Kirodat-Gansters. Fritz Brandt, der bel. Salon-Dumorf. The Cronays, Les Aleros, Les Ternés usw. usw. Entree 30 Pf. Parquet 75 Pf., reservierter Platz 50 Pf., nummerierter Platz 1 M., Sperrplatz 1,50 M.,loge 2 M. — Anfang 8 Uhr.

Kleines Theater. (Schall und Rauch) Unter den Linden 44. Anfang 8 Uhr. Serenissimus-Zwischenspiele Schiffbrüchig. — Kollogen. Dausrnkumedi.

Casino-Theater. Köpenickerstr. 37. Täglich 8 Uhr. Sonntag 7 1/2 Uhr. Neu! Stella Zana. Neu! Edmund. Origin. Reuerty. Dazu andauernder großer Erfolg: Ehrliche Arbeit. Entree 30, Parq. 50, Gaut. 1. bis 2 M.

W. Noacks Theater. Brannenstraße 16. Geschlossen. Eröffnung der Winter-Saison Goldelse. Sonnabend, den 20. September. (Direktion Robert Dill.)

Metropol-Theater.

Heute: Berlin bleibt Berlin. Grosse Ausstattungspose mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund. Musik von Erik Meyer-Heilmund. Emil Thomas a. G. Josef Joseph. Henry Bender. Flora Siding. Hans Reichberg. Wini Grabitz. — Johanna Junker-Schatz. — Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollo-Theater.

Um 8 Uhr: Die sensationellen Specialitäten. Martin Kettner mit seinen neuen Solo-Vorträgen. Um 9 Uhr: Lysistrata. Operette in 2 Akt. v. Paul Lincke mit Carola x Steidl x Rieck. Kröcher x Kettner x Lieban x Runge. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Wintergarten.

Robinson Baker, Springer. „In den Alpen“, Tanzquartett. Angelina von Loo, Sängerin vom kgl. Theater, Brüssel. Maud Grissold, Hunde-Dressseuse. Josie de Witt, Sängerin u. Geigerin. Die Vicentinas, Rollschuhläufer. Rofix, athletische Produktionen. Helene Gerard, „Hohe Schule“. Die Kellner-Truppe, ital. Akrobaten. Claudine Polaire, Pariser Sängerin. W. C. Fields, komischer Jongleur.

Cléo de Mérode.

Tänzerin v. d. gross. Oper in Paris. „Biograph“.

Fröbels Allerlei-Theater.

Fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148. Freitag, den 19. September: Erster großer Spiel-Abend der bestrenommierten Hamburger Sänger. (Direktion: Otto Steidl n. Wih. Wolff.)

Reichshallen.

Täglich: Stettiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Tageloh 11-1 1/2 Uhr.

Carl Schindler. Likör-Fabrik. 55. Chausseest. 55. Ltr. Nordhäuser, Cognac, Rum, Fl. 0,45-1,25, 1,25-10,35, 1,00-5,00

Orts-Krankenkasse der Gärtler.

Montag, den 22. September cr., abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Platz 15: Allgemeine Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: „Freie Arbeit“, Referent: Herr Dr. Magdan. Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. 2154b. Quittungsbuch legitimiert. Der Vorstand. G. Knell, Vorsitzender.

Bernhard Rose-Theater-Ensemble.

Stadt-Theater Alt-Moabit. Alt-Moabit 47/49. 20 000 Mark Belohnung. Hr. Boffe mit Orchester in 4 Akten von Louis Treptow. Kluit von G. Steffens. Anfang d. Konz. 7, d. Konz. 8 Uhr. Ball. Freitag, 19. Sept.: 1. Gastspiel d. Gesangs-Gesellschaft „Berolina“.

Sanssouci.

Kottbuserstr. 4a, Station der Hochbahn. Donnerstag, Sonntag und Montag: Hoffmanns Norddeutsche Säger. Nach jeder Vorstellung Tanzkränzchen. Entree: Sonntag 50 Pf., Sperrst. 75 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf. Wochentags 30 Pf., Sperrst. 50 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf. Wochentags Tanz frei und Vereinsk. billets gültig. — In allen andern Tagen und die Halle frei für Festlichkeiten und Besammlungen.

Theater Marienbad.

Badr. 35/36, Wellenbrunnen. Dir. R. Wagner. Heute Donnerstag, abds. 8 Uhr: Eröffnung der Winteraison. I. Soirée der Hamburger Säger (Otto Steidl, Wih. Wolff etc.) Hochfeines, decentes Familien-Programm. Entree im Vorverkauf 25 Pf. Refer. Platz 40 Pf. Abendkasse Entree 30 Pf. Refer. Platz 50 Pf. Nach der Konz.: Tanzkränzchen.

Steidl-Theater.

Kintenk. 132 am Dreiecksbau. Täglich humorist. Soirée u. a.: Studenten Lust u. Leid. Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr. Vorverkauf 11-1 Uhr. Sonnt. u. Donnerstag im Festsaal Tanzkränzchen.

Möbel.

erschaffener Qualitäten Cassa und coulante Ratenzahlung. Vereinigte Berliner Möbelschler Mosevius & Zimmermann, Alexan. dorstr. 42. Sof. Fabrikgebäude, kein Lad.

Möbel Bartsch.

Wem wäre die Möbelfabrik für bürgerliche Wohnungseinrichtungen Rudolph Bartsch, zwisch. Alexandrinenstrasse u. Moritz-Platz, nicht bekannt? Grösste Auswahl in meinem extra dazu erbauten, 4 Etagen hohen Fabrikgebäude. Empfehlenswerte Einkaufsquelle für Brautleute. Solide und gediegene Einrichtungen für 200-300-400-500 bis 10 000 Mark stets zur Ansicht vorrätig. Verlangen Sie meinen Prachtkatalog gratis und franco. Coulaute Zahlungsbedingungen. Kein Ladengeschäft. Verkauf direkt im Fabrikgebäude. Lagerbesichtigung erbeten ohne Kaufzwang. Lieferung frei Haus durch eigene Gespanne. Gegr. 1889

Oranienstrasse 73, 4883. Mosevius & Zimmermann, Alexan. dorstr. 42. Sof. Fabrikgebäude, kein Lad.

Konsum-Verein Weißensee.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Donnerstag, den 25. September, abends 8 1/2 Uhr, im Prälaten,
Lehderstraße Nr. 122:

Ausserordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Beschlußfassung über die Liquidation des Vereins. 2. Wahl der Liquidatoren. 3. Ergänzungswahl zum Aufsichtsrat. 4. Anträge.
Anträge, welche in dieser außerordentlichen Generalversammlung ihre Erledigung finden sollen, müssen bis zum 21. September beim Vorstand eingereicht sein. Mitgliedsbuch oder Legitimation legitimiert. 127/1
Der Vorstand:
Fritz Huhn, Robert Pasewald, Karl Langner.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Hfer 15, Zimmer 1-5, Telefon Amt 7 Nr. 353.
Donnerstag, den 18. September cr., abends 8 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Saal I:

Sigung der erweiterten Ortsverwaltung mit sämtlichen
Kommissionen und Bezirksleitungen.
Die Ortsverwaltung.

Restaurant zum Lindenpark

Friedrichsfelde, an der Straße, Kolonnen-Lindenpark, der Strohen-
bahn Spittelmarkt-Alexanderplatz-Friedrichsfelde. Großtes Etablissement
des Ortes. Großer Turm- und Spielplatz. Bereinen und Schulen bestens
zu empfangen. Kaffeestunde von 2-5 Uhr geöffnet. A. Gesch.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin.

Sonntag, den 21. September, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus
grosser Saal, Engel-Ufer 15:

Lichtbilder-Abend.

1. Athen und seine Denkmäler (Vortrag von Prof. Dr. Seiler.)
2. Im Fluge durch die Welt. Eine Serie der inter-
essantesten Städte, Landschaften, Kunst- u. Baudenkmäler
der Erde.
Vortragender: Herr W. Rex. Projektur: Herr A. Loebel.
Entree 30 Pf. inkl. Garderobe. 5/2
Nachdem: Gemütliches Beisammensein mit Tanz.

Deutscher Werkmeister-Verband.

Vereinigung von Werkmeistern aller Berufe.
Der Verband hat Sterbekasse, Witwen-, Waisen- und
Invaliden-Unterstützung. — Stellen-Nachweis. Umfasst
700 Bezirksvereine, davon Berlin und Umgebung 15 Vereine.
Am 20. September, abends 8 1/2 Uhr:

Oeffentliche Versammlung

bei Feuerstein, Alte Jakobstrasse 75. 37/10
Wo? ist ein schöner Aufenthalt, schön zu Fuß, Rad und
Kreuzer zu erreichen? Behr alten Freund auf
Pichelswerder. — Für gute Küche usw. ist
immer bestens gesorgt! 4512P*
Musik: Elektrisch. 6

Die Beerdigung des in der Central-
Markthalle verunglückten Max
Wolf findet am 19. d. M. von der
Verdauhalle des neuen St. Pauli
Kirchhofs in Wlgensee aus statt.
Die trauernden Hinterbliebenen
Hanna Wolf und Eltern.

Todes-Anzeige.

Am Dienstag, den 16. d. M., ver-
starb nach kurzen Leiden infolge einer
Operation meine liebe Frau
Marie Renner
geb. Reski
im Alter von 40 Jahren.
Die Beerdigung findet am Freitag,
den 19. September, nachmittags 4 Uhr
von der Gasse nach dem Charité-
Kirchhof, Wlgenstraße, aus statt.
Der trauernde Gatte
50005 Ernst Renner.

Dr. Schünemann,
Spezialarzt für Haut-, Garm- und
Frauenleiden. Seydelstr. 9.
1/12-1/3, 1/6-1/8, Sonntag 2-11.
Kranken-Unterstützungsverein d. Tabakarbeiter
(E. S. 88, Berlin)
Sonntag, den 27. d. Mts., abends 9 Uhr bei Feind, Weinstr. 11:
Unserordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Genauere Festsetzung des Wortlautes der
in der Generalversammlung vom 18. Mai cr. beschlossenen Änderungen
des Statuts. 2. Sonstige Angelegenheiten. 187/5
Der Vorstand, H. v. Carl Buttr, Vorsitzender.

Allen lieben Freunden, Verwandten
und Bekannten für die vielen Be-
weise der herzlichsten Teilnahme sowie
für die Sendung zahlreicher Blumen-
kränze beim Begräbnis meines
lieben Mannes, insbesondere den
Kollegen der Firma Hansen sage ich
hierdurch meinen herzlichsten Dank.
Mathilde Mattick
geb. Martin.
21445

Daußjagung.

Für die zahlreiche Teilnahme bei
der Beerdigung meines lieben, unver-
gesslichen Mannes, des Tischlers
Wilhelm Lange
sagen wir hierdurch unseren herzlichsten
Dank, insbesondere den Kollegen der
Berufsgenossenschaft, dem Gesangs-
verein „Föhnung“ und allen Be-
wundern und Bekannten.
Die trauernde Witwe
neßt Kindern.
Gardinenreife, spottbillig, Gar-
dinen-Fabriklager, Grüner Weg 80,
partiere. Stein Loden. 13018*

Siemens Flaschenbier

30 Flaschen 2 Mark 05 Pf.

Wir versenden frei Haus unser garantiert nur aus bestem Malz und feinstem Hopfen gebrautes Lager-Bier zum Preise von

30 Flaschen helles Tafelbier Mark 2,05
30 „ dunkles do. „ 2,05
Pfand nur 60 Pfennig.

Der Inhalt der Flaschen ist etwas mehr als 1/2 Ltr. und entspricht der durchschnittlichen Grösse der Flaschen aller Berliner Brauereien.

Export-Bier-Brauerei H. Siemens & Co., Berlin-Grünau.

Telephon-Amt VII, 907. Centrale Berlin O., Holzmarktstrasse 11. Telephon-Amt VII, 907.

Chaussee- Germania-Prachtsäle Chaussee-
Str. 103. Arnold Scholz. Str. 103.
Heute Donnerstag, den 18. September:
Eröffnung der Konzert-Saison:
I. Grosses
Militär-Streich-Konzert
ausgeführt von der Regimentsmusik
des IV. Garde-Regiments zu Fuss in Uniform
unter persönlicher Leitung des königl. Musikdirektors
Herrn Frz. A. Bergster.
Wiederauftreten d. Heldenbariton Hans Hoffmann.
Anfang 8 Uhr. Bonds gelten. Eintritt 30 Pf.
Nachdem: Familien-Kränzchen.

Achtung, Vereine!

Gewichte meine täglich neu-
renovierten Säle zu Veranlassungen
und Festlichkeiten. Einige Sonntagsabende
und Sonntage noch frei. 5037P*

Neues Klubhaus, 72, Kommandantstr. 72.

Altes Schützenhaus, Linien-Strasse 5

empfehlen seine Säle. 2028P
Sonntagsabende im November etc. frei.



Carl Schindler,

Port- u. Ungarweine gut u. billigst.
Chaussee-
strasse 55.

Die beste Cigarre,

25 Stück in Stih 1 BR., wegen Umzug,
Binneböse, Schillingstraße 36.

Dr. Simmel, Prinzenstr. 41.

Spezialarzt für 85/10*
Haut- und Hautleiden.
10-2, 5-7, Sonntag 10-12, 2-4

Alle Wanzen

herben sofort neßt Brut durch meinen
Wanzenod. in St. 0,50, 1 BR. —
Schwaben, Kullien, Franzosen etc.
werden durch mein Pulver vollständig
vernichtet. Carl. 0,30, 0,60, 1 BR.
Babstische Anerkennungen. (4990P*)

1000 Mark Belohnung
sahle ich demjenigen, der mit einem
Richterfolg nachweist. Nur allein echt
bei Hugo Barth, Drogerie, Brunnen-
strasse 18, Ecke Seieramtsstraße.

Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle-Reste Noquets,
Stoffe Satteltaschen.
Muster bei näherer Angabe franco.

Emil Lafèvre, Berlin, 158

Bekanntes, Spandau empfohlenes
Restaurant Bülowstr. 59
für Vereine und Gesellschaften.
Besetzungszimmer 25-60 Personen.
Oskar Kumke,
hüder H. Werner.

4. Ziehung d. Klasse 2. Kl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 17. September 1907.
Aus Nr. 172 000 sind die betreffenden
Gewinne in folgender Reihenfolge
(Claus Weidlich) bestimmt worden.

66 344 430 508 780 861 041 08 1822 141 305 67 88	10122 (300) 477 525 99 646 755 800 11031 223
412 33 56 63 638 70 71 638 51 769 859 2013 225 70	54 347 444 632 63 745 807 67 87 857 12071 459 721 864
13029 46 95 169 210 38 52 333 35 571 840 48 56 000 46	13029 46 95 169 210 38 52 333 35 571 840 48 56 000 46
53 14096 224 43 417 588 674 57 817 21 38 87 15000	53 14096 224 43 417 588 674 57 817 21 38 87 15000
141 211 69 82 385 554 70 692 75 925 32 16077 145 67	141 211 69 82 385 554 70 692 75 925 32 16077 145 67
212 357 409 57 831 68 933 17198 339 457 516 609 744	212 357 409 57 831 68 933 17198 339 457 516 609 744
594 18239 41 95 379 598 14 85 698 80 900 4 38 19137	594 18239 41 95 379 598 14 85 698 80 900 4 38 19137
202 56 83 309 610 81 713 32	202 56 83 309 610 81 713 32
20108 70 411 42 615 59 742 948 80 21183 832 70	20108 70 411 42 615 59 742 948 80 21183 832 70
822 90 790 909 22005 11 18 322 483 581 62 803 37 57	822 90 790 909 22005 11 18 322 483 581 62 803 37 57
23150 602 24156 99 329 494 517 66 687 704 852 25075	23150 602 24156 99 329 494 517 66 687 704 852 25075
131 61 377 461 635 80 759 79 95 807 908 12 20130 47	131 61 377 461 635 80 759 79 95 807 908 12 20130 47
56 222 88 418 62 634 90 731 43 60 27653 114 235 323	56 222 88 418 62 634 90 731 43 60 27653 114 235 323
28185 315 16 59 91 (300) 599 623 29 767 915 21 29118	28185 315 16 59 91 (300) 599 623 29 767 915 21 29118
59 293 378 90 539 29 675 779 818 945	59 293 378 90 539 29 675 779 818 945
30045 58 99 148 79 376 621 708 70 848 65 856	30045 58 99 148 79 376 621 708 70 848 65 856
31087 148 100 413 55 508 788 889 32411 30 527	31087 148 100 413 55 508 788 889 32411 30 527
33058 229 302 41 66 414 862 34389 41 589 639 866	33058 229 302 41 66 414 862 34389 41 589 639 866
681 90 35182 339 39 48 87 36161 423 529 80 637 (300)	681 90 35182 339 39 48 87 36161 423 529 80 637 (300)
722 34 85 895 37327 30 65 584 749 828 957 38034 136	722 34 85 895 37327 30 65 584 749 828 957 38034 136
269 309 57 410 565 611 39076 121 309 648	269 309 57 410 565 611 39076 121 309 648
40025 111 27 338 91 467 678 708 915 41194 306	40025 111 27 338 91 467 678 708 915 41194 306
68 99 602 795 832 54 984 42228 523 63 693 903 94	68 99 602 795 832 54 984 42228 523 63 693 903 94
43032 100 242 44 56 329 485 573 825 909 26 44113	43032 100 242 44 56 329 485 573 825 909 26 44113
30 275 301 77 95 437 706 98 862 994 45043 209 332 443	30 275 301 77 95 437 706 98 862 994 45043 209 332 443
81 650 55 982 40019 309 319 24 643 707 29 31 846 942	81 650 55 982 40019 309 319 24 643 707 29 31 846 942
82 47981 466 48661 72 114 661 31 40 59 600 719 816	82 47981 466 48661 72 114 661 31 40 59 600 719 816
60 95 49307 410 705 79 972 82	60 95 49307 410 705 79 972 82
50040 187 273 79 330 456 779 655 51408 86 500 99	50040 187 273 79 330 456 779 655 51408 86 500 99
782 812 36 63 78 52269 347 68 907 67 973 53043 57	782 812 36 63 78 52269 347 68 907 67 973 53043 57
210 309 453 28 61 73 690 39 948 98 54012 63 151 352	210 309 453 28 61 73 690 39 948 98 54012 63 151 352
453 81 573 609 798 895 55218 321 691 68 833 892 927	453 81 573 609 798 895 55218 321 691 68 833 892 927
54029 99 129 313 77 90 95 416 58 528 44 630 42 744 845	54029 99 129 313 77 90 95 416 58 528 44 630 42 744 845
987 57277 325 52 99 501 29 848 90 (300) 656 58017	987 57277 325 52 99 501 29 848 90 (300) 656 58017
33 (300) 70 126 55 58 329 712 59012 86 96 193 292 229	33 (300) 70 126 55 58 329 712 59012 86 96 193 292 229
635 80 74 753 94 854	635 80 74 753 94 854
80091 70 193 615 737 80 947 61113 229 26 416	80091 70 193 615 737 80 947 61113 229 26 416
27 43 82 565 994 62139 4 291 66 398 421 71 517 639	27 43 82 565 994 62139 4 291 66 398 421 71 517 639
61 715 69 63079 438 70 690 74 6 7 17 7 903 64116	61 715 69 63079 438 70 690 74 6 7 17 7 903 64116
306 321 524 639 711 50 639 882 65107 12 236 306 89	306 321 524 639 711 50 639 882 65107 12 236 306 89
98 430 578 625 63 700 66029 346 61 87 453 694 67142	98 430 578 625 63 700 66029 346 61 87 453 694 67142
53 248 300 58 462 83 422 (300) 70 998 35 41 68304 301	53 248 300 58 462 83 422 (300) 70 998 35 41 68304 301
481 533 659 25 733 44 64 69106 63 65 466 524 709 13 933	481 533 659 25 733 44 64 69106 63 65 466 524 709 13 933
70023 274 309 635 763 801 38 71108 65 269 15	70023 274 309 635 763 801 38 71108 65 269 15
18 303 582 801 74 944 72140 43 201 425 20 521 96	18 303 582 801 74 944 72140 43 201 425 20 521 96
652 (300) 64 512 66 74 670 78 73600 592 63 307 699	652 (300) 64 512 66 74 670 78 73600 592 63 307 699
65 87 250 19 80 498 47 698 78 943 79 70407 67 107	65 87 250 19 80 498 47 698 78 943 79 70407 67 107
73 845 86 77034 49 183 246 (300) 334 434 71 (300)	73 845 86 77034 49 183 246 (300) 334 434 71 (300)
72 624 839 79 998 78002 150 479 574 749 857 90 992 52	72 624 839 79 998 78002 150 479 574 749 857 90 992 52
49188 228 99 309 409 74 711 854	49188 228 99 309 409 74 711 854
80048 121 329 71 430 575 891 774 91 814 958 89	80048 121 329 71 430 575 891 774 91 814 958 89
81040 84 96 178 296 510 441 821 42 928 46 82205	81040 84 96 178 296 510 441 821 42 928 46 82205
341 465 75 624 49 740 65 829 909 83047 126 80 214	341 465 75 624 49 740 65 829 909 83047 126 80 214
34 335 492 783 852 924 81 84087 90 202 398 449 447	34 335 492 783 852 924 81 84087 90 202 398 449 447
49 695 802 67 72 90 908 11 85621 893 86065 54	49 695 802 67 72 90 908 11 85621 893 86065 54
341 94 410 31 65 533 52 67 905 87149 233 95 131 861	341 94 410 31 65 533 52 67 905 87149 233 95 131 861
877 88084 143 451 800 963 89088 (500) 92 109 210	877 88084 143 451 800 963 89088 (500) 92 109 210
39 516 95 650 862 63 94 910	39 516 95 650 862 63 94 910
90147 242 40 379 95 559 700 837 45 97 91104 605	90147 242 40 379 95 559 700 837 45 97 91104 605
783 833 92099 123 245 405 577 873 048 93156 325	783 833 92099 123 245 405 577 873 048 93156 325
413 28 92 975 89 664 719 911 94182 299 94 90 385 624	413 28 92 975 89 664 719 911 94182 299 94 90 385 624
775 95312 515 23 603 57 925 96913 101 453 719 845	775 95312 515 23 603 57 925 96913 101 453 719 845
97075 110 33 57 290 310 95 799 60 (300) 840 45 93	97075 110 33 57 290 310 95 799 60 (300) 840 45 93
98025 210 305 590 609 64 700 83 (300) 501 28 922	98025 210 305 590 609 64 700 83 (300) 501 28 922
99129 318 77 419 35 48 538 58 78 654 855 926 97	99129 318 77 419 35 48 538 58 78 654 855 926 97
100147 273 450 927 50 101024 182 390 481 609	100147 273 450 927 50 101024 182 390 481 609
28 723 102567 612 103127 34 598 696 722 921	28 723 102567 612 103127 34 598 696 722 921
104057 68 94 129 39 633 67 86 95 743 50 105100	104057 68 94 129 39 633 67 86 95 743 50 105100
24 291 91 442 522 37 654 719 45 52 62 917 106914	24 291 91 442 522 37 654 719 45 52 62 917 106914
184 210 74 85 308 516 748 800 107045 88 393 17 62	184 210 74 85 308 516 748 800 107045 88 393 17 62
467 942 59 108162 248 359 547 701 816 47 51 913	467 942 59 108162 248 359 547 701 816 47 51 913
109046 137 384 88 589 622 837 57	109046 137 384 88 589 622 837 57
110100 175 98 476 80 704 46 97 828 906 15	110100 175 98 476 80 704 46 97 828 906 15
111390 468 62 871 760 74 94 803 917 112018 209 62	111390 468 62 871 760 74 94 803 917 112018 209 62
396 417 515 65 638 769 938 113390 77 744 902 114010	396 417 515 65 638 769 938 113390 77 744 902 114010
94 371 433 637 41 739 800 968 115141 203 19 338 84	94 371 433 637 41 739 800 968 115141 203 19 338 84

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Die nächste Lokal-Liste erscheint am Sonntag, den 5. Oktober 1902. Wir erlauben daher die Mitglieder der Lokal-Kommission von Berlin und Umgegend, Änderungen und Neuauflagen bis spätestens Freitag, den 26. September 1902, einzusenden zu wollen: für

- „Teltow-Beeckow“ an den Genossen Hermann Schliebig in Brth, Jahstr. 2;
„Nieder-Barum“ an den Genossen Otto Liebe in Friedrichs-felde, Victoriastr. 4;
„Potsdam-Ost-Haveland“ an den Genossen Albert Reue in Spandau, Jagowstr. 9;
„Diverse Orte“ an den Genossen Gustav Stein in Wriezen a. O., Frankfurterstr. 32;

Berlin an den Genossen Wilhelm Hinz, Pringestr. 66, S. 14. Die Genossen werden ersucht, hiervon Kenntnis zu nehmen und die Einsendungen umgehend zu befragen, da spätere Einsendungen nicht mehr berücksichtigt werden können.
Nachträge können in der Folge nicht mehr veröffentlicht werden. Bleibend ist es in den letzten Wochen vorgekommen, daß Zuschriften in „Lokal-Angelegenheiten“ an die Redaktion des „Vorwärts“ gesandt worden sind; wir teilen daher den Genossen noch mit, daß alle Anfragen und Zusendungen nur an den Genossen Wilhelm Hinz, Berlin S. 14, Pringestr. 66, zu richten sind und nicht an die Redaktion des „Vorwärts“.

Die Parteiblätter der genannten Kreise werden im Abdruck ersucht. Die Lokal-Kommission.

Vierter Wahlkreis. Um den Parteigenossen einen künstlerischen Genuß zu bieten, hat der Wahlverein Sidosz zum Sonnabend in den Räumen des Gewerkschaftshauses ein Künstler-Konzert mit nachfolgendem Tanz veranstaltet. Da das Programm vorzüglich zusammengestellt ist, hofft der Vorstand, daß die Mitglieder und Freunde des Vereins zahlreich erscheinen. Billets zu 40 Pf. sind in den Zahlstellen zu haben.

Der Wahlverein für Adlershof hält heute (Donnerstag), abends 9 Uhr, bei Veder, Oppenstr. 56 seine Mitgliederversammlung ab. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Karl Hübsch über das Unfallversicherungs-Gesetz. 2. Diskussion. 3. Aufstellung eines Kandidaten zur Gemeindeverwalter-Wahl. 4. Vereinsangelegenheiten.

Der Arbeiter-Bildungsverein für Friedrichshagen und Umgegend hält seine nächste Versammlung am Sonnabend abends 9 Uhr bei Raubke, Friedrichstr. 61, ab. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Welche Maßnahmen hat die Gesundheits-Kommission zur Herbeiführung besserer sanitärer Verhältnisse im hiesigen Ort getroffen? Ferner erfolgt die Berichterstattung über die Brandenburger Provinzialkonferenz.

Spandau. Zwei Volksversammlungen zum Protest gegen den Fleischwucher finden hier selbst morgen, Freitag abends 8 Uhr, statt. Im Saale von Tegnow, Palenfelde, referiert Rechtsanwalt Dr. Karl Liebknecht, und im Saale von Kunte, Schönwalderstraße 90, Schriftsteller Davidsohn - Berlin.

Lokales.

Die städtischen Arbeiter.

Die socialdemokratische Fraktion der Stadtverordneten-Versammlung hat bekanntlich seiner Zeit der Antrag gestellt, den städtischen Arbeitern in Krankheitsfällen bis zu sechs Wochen und falls sie länger als zwei Jahre in städtischen Diensten stehen, bis zu 18 Wochen Krankengeld zu gewähren. Als dieser Antrag in der Stadtverordneten-Versammlung zur Beratung stand, wendeten sich sowohl der Magistrat als die Stadtverordneten-Mehrheit mit heftigem Eifer gegen eine derartige Vergütung der Steuer-groschen. Mit Empörung wurde darauf hingewiesen, daß Berlin gegenüber andern Städten vorbildlich sei und bereits vieles für die städtischen Arbeiter geschaffen habe, woran andre große Gemeinden bisher nicht gedacht hätten. Wie verkehrt diese Behauptung ist, zeigt uns die soeben erschienene Schrift des Dr. Paul Lombert „Die deutschen Stadtgemeinden und ihre Arbeiter“, in welcher an der Hand eines zuverlässigen Materials bezüglich der Gewährung von Krankengeld der Gemeinden an ihre Arbeiter folgende Angaben gemacht werden:

Table with 4 columns: Ort, Dienstzeit, Lohn, Dauer. Rows include Straßburg, Charlottenburg, Wiesbaden, Mannheim, Heidelberg, Frankfurt a. M., Ludwigshafen, Leipzig, and Berlin.

Wähnlich liegt es mit anderen Gegenständen der städtischen Arbeiterfürsorge; wir wollen diesmal nur diese Angelegenheit herausgreifen, um unsre städtischen Kollegen an ihre Pflicht erweiterter Arbeiterfürsorge zu erinnern.

Ueber den Umfang der Geschäfte des Berliner Gewerbe-gerichts enthält die Festgabe des Ortsausschusses für den deutschen Juristentag einige interessante Zahlen. Danach ist die Gesamtzahl der jährlich vor das Gewerbegericht gebrachten Klagen in der Zeit von 1894 bis 1900 nur unerheblichen Schwankungen unterworfen gewesen; sie betrug 1894 12 458 Sachen, stieg 1897 auf 15 405, ist dann aber bis 1900 auf 11 533 Sachen gefallen. Vor die Kammer, d. h. zur Verhandlung mit Geschworen, gelangten 1894: 4288, 1900: 2919 Sachen. Durch Vergleich erledigt wurden 1894: 4845, 1900: 5755 Klagen, während Endurteile nach streitiger Verhandlung 1894 in 3042, 1900 in 1102 Prozessen ergingen. Die Zahl der Vergleiche ist hiernach bei einem Rückgange der Gesamtzahl der Sachen nicht unerheblich gewachsen, während die Zahl der Endurteile um nahezu zwei Drittel abgenommen hat. Ein die Verurteilung zulassender Streitgegenstand (über 100 M.) lag 1904 nur in 379, d. h. rund 4 1/2 Proz., 1900 in 608, d. h. rund 5 Proz. aller angebrachten Klagen vor; eingesetzt wurden 1894 71, 1900 85 Berufungen. Während die Arbeitnehmer im Jahre 1894, soweit es zum Urteil kam, mit 72 Proz., die Arbeitgeber mit 70 Proz. ihrer Klagen abgewiesen wurden, haben jene im Jahre 1900 45 Proz., diese dagegen 86 Proz. ihrer nach streitiger Verhandlung durch Urteil entschiedenen Sachen gewonnen. — Als Einigungsamt in Streitfällen wurde das Gewerbegericht zum ersten Male am 14. September 1896, seitdem

häufiger angerufen. In den 5 Jahren bis zum Abschluß des Jahresberichts für 1899 haben in 60 Fällen Verhandlungen des Einigungsamts mit den Beteiligten ohne nachfolgende Anhebung desselben stattgefunden; in 44 Fällen, darunter 27 Male von beiden Parteien, wurde das Einigungsamt angerufen. 27 Verhandlungen fanden vor besetztem Einigungsamt statt und führten in 18 Fällen zum Vergleich, während in 9 Fällen ein Schiedsspruch erging. Zu weniger erfreulicher Entwicklung ist die dritte der dem Gewerbegericht zugewiesenen Aufgaben, Abgabe von Gutachten und Stellung von Anträgen in gewerblichen Fragen gelangt. Nach dem Verwaltungsbericht für 1899 war das Gewerbegericht (Unterschiedsausschuß) in den 7 Jahren seines Bestehens nur siebenmal, darunter viermal im ersten Jahr, mit Abgabe von Gutachten erucht worden. Anträge in gewerblichen Fragen sind von ihm in derselben Zeit nur 20 gestellt.

Die Inanspruchnahme der Krankenkassen war im Jahre 1901 in Berlin verhältnismäßig stärker als im vorhergehenden Jahre — eine Erscheinung, die fast stets in Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges und des Arbeitsmangels zu beobachten ist. Wenn nur diejenigen Erkrankungsfälle gezählt werden, in denen Krankengeld oder Krankenhaus-Verpflegungskosten oder Entschädigung für gewährtes Krankengeld zu zahlen waren, so kamen im Jahre 1901 (in Klammern die Zahlen für 1900) bei den Orts-Krankenkassen auf durchschnittlich 237 029 (244 480) männliche Mitglieder 96 708 (99 331) Erkrankungs-fälle und 2 439 257 (2 392 810) Krankheitstage, auf durchschnittlich 183 444 (181 593) weibliche Mitglieder 53 672 (50 864) Erkrankungs-fälle und 1 486 688 (1 325 719) Krankheitstage. Es kamen also auf je 100 männliche Mitglieder 40,8 (40,6) Erkrankungs-fälle, auf je 100 weibliche 40,2 (38,7) Erkrankungs-fälle und auf je eine Erkrankung beim männlichen Geschlecht 25,22 (23,79) Krankheitstage, beim weiblichen 27,70 (26,06) Krankheitstage. Hiernach hat bei den Orts-Krankenkassen nicht nur die Zahl der Erkrankungen (verglichen mit der Mitgliederzahl), sondern auch die durchschnittliche Krankheitsdauer erheblich zugenommen. Bei den privaten Betriebs-Krankenkassen ist das Ergebnis ein etwas andres. Hier kamen 1901 (bzw. 1900) auf durchschnittlich 66 107 (63 307) männliche Mitglieder 32 450 (31 758) Erkrankungs-fälle und 737 086 (631 414) Krankheitstage, auf durchschnittlich 13 363 (11 201) weibliche Mitglieder 6910 (6074) Erkrankungs-fälle und 184 677 (138 316) Krankheits-tage, das macht auf je 100 männliche Mitglieder 49,1 (50,2), auf je 100 weibliche 51,7 (54,2) Erkrankungs-fälle, auf je 1 Erkrankung beim männlichen Geschlecht 22,71 (19,89), beim weiblichen 26,71 (23,77) Tage. Bei den Betriebs-Krankenkassen ist hiernach zwar die Zahl der Erkrankungen (verglichen mit der Mitgliederzahl) zurückgegangen, die Krankheitsdauer aber ist auch hier gestiegen. Die Zunahme der Krankenkassen zeigen im wesentlichen wieder dieselben Verhältnisse wie die Orts-Krankenkassen: Zunahme der Erkrankungen und Erhöhung der Krankheitsdauer. Sie hatten 1901 (bzw. 1900) bei durchschnittlich 89 689 (88 211) männlichen Mitgliedern 12 582 (10 318) Erkrankungs-fälle und 906 589 (821 121) Krankheitstage zu verzeichnen, bei durchschnittlich 10 682 (7836) weiblichen Mitgliedern 2739 (1884) Fälle und 78 499 (49 665) Tage. Es kamen also auf je 100 männliche Mitglieder 31,6 (31,1), auf je 100 weibliche 27,3 (24,0) Erkrankungen, auf je eine Erkrankung beim männlichen Geschlecht 24,46 (21,43), beim weiblichen 28,68 (26,36) Tage.

Im Zeichen des Wohnungswuchers. Eine Dame in Blumberg, Vertha Jordan, hat eine Wanderung durch die Häuslichkeiten unter Arbeiterfamilien unternommen, deren Ergebnisse veröffentlicht. Familie I repräsentierte drei Generationen. Sie besteht aus 11 Personen, die in einem Zimmer schlafen, das ungefähr die Größeverhältnisse von 4,00 Meter lang, 3,16 Meter breit und 2,50 Meter hoch aufzuweisen hat. Zwei hochgepolierte Betten und ein Sofa sehen am Tage wie Prunkstücke aus zwischen den wenigen dürftigen Möbeln, die außerdem noch vorhanden sind. Zur Nacht giebt ein in der Mitte des Zimmers aufgestellter „Rahm“ eine vierte Lagerstatt. In diese 4 Schlafstätten teilen sich die 11 Personen. Die Großmutter schläft mit einem Mädchen von 19 und mit einem Mädchen von 11 Jahren in einem Bett. Im zweiten Bett schläft die 39-jährige Mutter mit einem Mädchen von 14 und einem von 9 Jahren sowie einem Knaben von 6 Jahren. Das Sofa gehört einem Knaben von 15, einem von 6 Jahren. In dem „Rahm“ schlafen zwei Knaben von 12 und 17 Jahren. Familie II. Außer den Eltern schlafen 7 Kinder in einem Zimmer. Die 12-jährige Amanda und die 9-jährige Hedwig teilen mit dem 11-jährigen Otto und dem 7-jährigen Richard ein Bett, während die 15-jährige Amanda in einem Rahm mit dem 7-jährigen Arthur zusammenschläft. In einer Wiege lag ein 1-jähriges Kind. Familie III. Die Eltern eingeschlossen schlafen 9 Personen in einem Zimmer. Das eine Bett teilen 2 Mädchen von 12 und 14 Jahren mit einem Knaben von 7 Jahren. Für einen Knaben von 13 Jahren wird abends ein Rahm aufgestellt, ein achtfähriger Knabe schläft in einer kurzen Wiege und ein Mädchen von vier Jahren auf zwei Stühlen. Familie IV: Zur Zeit schliefen zehn Personen in einem Zimmer mit drei Betten. Die Großmutter, die Mutter, an schlimmen Füßen leidend, und zwei schulpflichtige Mädchen benutzten ein Bett. Neben dem Vater schlief ein erwachsener Sohn. Im dritten Bett schliefen zwei Knaben und zwei Mädchen. Familie V: Fünf Personen, die Eltern und zehn Kinder, haufen in einem Zimmer. Fünf Kinder teilen ein Bett. In einem eisernen Bettgestell ruhen zwei Mädchen von 15 und 13 Jahren. Zwei Knaben von sieben und acht Jahren müssen mit einer Bank für sich nehmen, die mit einem Strohsack bedeckt war. Das kleinste Kind hatte eine Wiege zur Ruhestätte. Familie VI: Zehn Personen benutzen zwei Räume, zwei Mädchen von 12 und 10 Jahren hatten ein Bett, dann vier Mädchen ein zweites Bett. Auf der Erde schlafen ein Mädchen von 11 Jahren und ein Knabe von 8 Jahren mit den Eltern. Familie VII: Fünf Kinder teilen ein Lager, ein sogenanntes Ausziehbett, das durch Stühle vergrößert wird; es sind dies zwei Knaben und drei jüngere Mädchen. Sie teilen das Zimmer mit den Eltern und einem vierzehnjährigen Bruder. Für dieses Zimmer und Küche zahlen die Leute 11 Mark Monatsmiete. Familie IX: In einem Zimmer, das sieben Familienmitglieder umfaßt, schlafen vier Knaben von 17, 13 und 7 Jahren mit einer 11-jährigen Schwester zusammen. Familie XI: In einem Zimmer schlafen die Eltern, ein fremder, junger Mann von 24 Jahren, drei Mädchen von 14, 13 und 10 Jahren und in einem Ausziehbett zwei Knaben mit zwei Mädchen im Alter von 12, 11, 9 und 6 Jahren. Familie XIV: Der 19-jährige Bruder schläft mit der 10-jährigen Schwester in einem Bett.

Wir kennen die opfermüthige Dame nicht, die diese Veröffentlichungen zum besten giebt, doch werden unsre Leser der Meinung sein, daß sie eigentlich nichts Neues sagt. Zustände der hier geschilderten Art kann man so ziemlich in jedem Hinterhause der Proletarierquartiere beobachten. Neu mögen die Schilderungen hier und da für bürgerliche Kreise sein. Vom Standpunkt des Bürgertums aus sind, wie wir seit höchst Entdeckungsdreie wissen, solche Veröffentlichungen aber stets bedenklich. Denn nichts reizt mehr auf als die Verkündigung der Wahrheit in ihrer ganzen greulichen Häßlichkeit. Wie wenn nächstens jemand läme und im Zeichen des Fleischwuchers nächtlich dortstellte, wie die am elendesten hausende Proletarierfamilie sich nährt, auf welche elendeste Weise sie ihren Hunger stillen muß? Das würde schlimmer als eine socialistische „Deyrede“ den Staat erschüttern.

Dr. Wilhelm Loeve-Calbe-Stiftung. Die am 16. Juli d. J. ohne Hinterlassung von Notizen hier selbst verstorbenen Witwe Frau Dr. Luise Loeve-Calbe, geb. Engel, hat die Stadtgemeinde Berlin zur Erb in ihres Nachlasses mit der Maßgabe eingesetzt, daß der Reinertrag des gesamten Vermögens nach Deduktion aller Verbindlich-

keiten und Befriedigung der Vermächtnisnehmer „zur Fürsorge für von Krankheiten genezene oder genezende Arbeiter beiderlei Geschlechts“ verwendet werden sollen; die Substanz des rund 301 000 Mark betragenden Vermögens muß unangreifbar erhalten bleiben. Diese der Stadt Berlin anfallende Summe soll als Teil des Gemeinde-Vermögens, aber abgeändert, unter dem Namen „Dr. Wilhelm Loeve-Calbe-Stiftung“ verwaltet werden und zwar von dem jeweiligen Vorsitzenden der Gewerbe-Deputation des Magistrats unter Mitwirkung des ersten Bürgermeisters der Stadt; eine Einmischung anderer Behörden in die Verwaltung hat die Erblässerin ausdrücklich verboten. In ihrem Testament erläutert Frau Dr. Loeve ihre hochherzige Absicht dahin: „Personen beiderlei Geschlechts aus dem Kreise der arbeitenden Klassen, deren Gesundheit gelitten hat, aber Genesung verspricht, durch Gewährung von Ruhe, kräftiger Nahrung, guter Luft und sonstiger Pflege die Möglichkeit der Herstellung ihrer vollen Erwerbsfähigkeit nach abgelaufener Krankheit zu verschaffen.“ Die Erblässerin spricht dabei den Wunsch aus, daß bei Verwendung der Stiftungsmittel mehr das Ziel der völligen körperlichen und wirtschaftlichen Rehabilitation einer kleinen Anzahl von Personen, als die Gewährung einer zufolge ihrer Zerspaltung regelmäßig unwirksamen Hilfe an Viele im Auge behalten werden möchte. Von dem Kapital ist ein Vermächtnis von 120 000 M. für die Hollmannsche Wilhelminen-Amalien-Stiftung zur Begründung eines „Dr. Wilhelm Loeve-Calbe-Fonds“ bestimmt, so daß nach Abzug der Erbschaftsteuer u. c. für die Hauptstiftung rund 170 000 M. zur Verfügung blieben. Das Legat an die Hollmannsche Stiftung soll erst allmählich nach Verhältnis des freiwerdenden Kapitalbestandes, zur Auszahlung gelangen, ebenso wird die Ueberweisung der Mittel für die Hauptstiftung erst nach einigen Jahren vollendet sein. Der Magistrat hat die Annahme der Stiftung beschlossen und ersucht die Stadtverordneten-Versammlung, diesem Beschlusse beizutreten.

Weißwache in Heilanstalten. Man schreibt uns: Gute Wirkungen hat der vor einiger Zeit im „Vorwärts“ enthaltene Artikel über die Zustände in einer hiesigen Genossenschaftsklinik (Kordische Lungenerkrankungsgenossenschaft, Dr. Römer) gezeigt. Nicht nur wurde, wie der „Vorwärts“ bereits berichtet, in dieser Heilanstalt den von den Kranken an schwersten empfundenen Uebelständen abgeholfen, sondern der Artikel hat auch den Anstoß gegeben, daß die Inhaber anderer Kliniken, die eine ähnliche Kritik zu fürchten hatten, sich jetzt ebenfalls befehligen, ihre Wart-, Behandlungs- und Krankenzimmer derartig umzugestalten, daß sie wenigstens einigermaßen den sanitären Anforderungen der Gegenwart entsprechen und ihre sonstige Einrichtung nicht bei den Besuchern Mißbehagen erregt. Wie aus Nachfragen mitgeteilt wird, geht man aber bei der Renovierung der Kliniken in einer Weise vor, die zu schweren Wunden der Veranlassung giebt. Im Interesse der Kranken und Ärzte selbst soll hierin alsbald Remedur geschaffen werden. Die renovierten Zimmer, in denen die Waler haunier haben, werden nämlich bald nach der Fertigstellung wieder mit Kranken belegt, denen die Ausdehnung der frischen Farben Unbehagen, namentlich Kopfschmerzen verursacht, was kein Wunder ist, wenn man bedenkt, daß den Farben Weißwache in nicht zu kleinen Quantitäten beigeignet ist. Dieses der Gesundheit so schädliche Gift wird aber auch beim Anstrich von Krankenzimmern, -Geräten, wie Tragen, Bahnen und sogar Operationstischen benützt — eine Tatsache, von der die Ärzte jedenfalls keine Kenntnis haben. Allerdings werden diese Gegenstände mit Desinfektionsmittel überstrichen, damit ist aber die Gefahr für die Kranken, auf dem Operations-tische usw. mit Weißwache in Verbindung zu kommen, nicht beseitigt. Auch der beste Desinfektor hält sich bei einem vielbenutzten und regelmäßig gereinigten Operationstisch und ähnlichen Geräten nicht lange und nur zu leicht kann es geschehen, daß ein Kranter, dessen offene Wunde mit den der Desinfektion entzogenen Holz- oder Eisenteilen in Verbindung kommt, sich eine Weißwache-Verfärbung zuzieht, deren Ursprung weder er noch der Arzt erkennen kann. Zu hoffen wäre, daß vorstehende Mitteilung in Ärztekreisen, bei Inhabern von Kliniken, Direktoren, von Krankenhäusern und allen, die es sonst angeht, Beachtung finde.

Der Arbeitgeber Staat. Im „Lokal-Anzeiger“ findet sich folgende Anzeige: Mehrere Schranken-schlepper für die Eisenbahnstrecken zwischen Spandau - Wassermark und Raun genügt, Tageslohn 1,50 M. Dienstwohnung oder Uniform wird nicht gewährt. Pensionisten, Alters-, Invaliden- und Unfallrentenempfänger oder sonstige ältere Personen, welche unbedenklichen Rufes und bei gesunden Gliedern für leichtere Thätigkeit noch geeignet sind, können sich schriftlich bei der kgl. Eisenbahn-Betriebsinspektion 3, Berlin, Zubalidenstraße 51 melden.

Gewiß recht die kgl. Eisenbahn-Betriebsinspektion von dem Grundfay aus, daß den Klagen über mangelnde Betriebssicherheit Vorkaus abgeholfen ist, wenn man alte, invalide Leute mit der verantwortungsvollen Arbeit des Schranken-schleppers betraut und daß ein Tageslohn von 1 M. 50 Pf. die beste Gewähr bietet, um die Angestellten vom Beitritt zum Eisenbahner-Verband fern zu halten.

Die Abpinselung des Brandenburger Thores ist nunmehr beendet und mit der Beseitigung des Leitergerüsts begonnen worden. Die nachdrücklichen mehrmaligen Washungen der Säulen haben auch den Erfolg gehabt, daß die grünen und blauen Flecken entfernt werden konnten; doch ist es nicht gelungen, die Goldbrünze gänzlich zu beseitigen, und so werden die Spuren einer unschönen Ausschmückung des Thores noch lange erhalten bleiben. Auch in der Grundfarbe hat das bepinselte Thor sein altes Aussehen nicht wieder erhalten, so daß die Hauptsäulen in auffälliger Weise von den Seitenpfeilern abstechen.

Eine neue Urnenhalle mit etwa 4000 Plätzen plant der hiesige Verein für Feuerbestattung. Nach dem Entwurfe des Baumeisters Schröder würden die Baukosten auf ca. 300 000 Mark zu veranschlagen sein, ein Kapital, das sich verzinsen werde, falls eine ganz ungemein teure Platzgebühr von 100 M. berechnet werde. Die Vorsitzenden des Vereins, Herren Marcus und Pöhl, haben jüngst beim Vorsitzenden des Kuratoriums für das städtische Bestattungswesen, Geheimrat Friedel, angefragt, ob die Stadt vielleicht den Hallenbau für eigene Rechnung übernehmen werde. Geheimrat Friedel erklärte, daß der Bau einer neuen Urnenhalle zwar notwendig und zweckmäßig erscheine, daß bei der gegenwärtigen Finanzlage aber wohl schwerlich große Geneigtheit bei den städtischen Behörden zur Bewilligung dieser Summe vorhanden sein dürfte. Der Verein möge mit den anderen zuständigen Persönlichkeiten der Stadtverwaltung Fühlung nehmen; wenn die Rentabilitäts-Berechnung stimme, sei es immer möglich, daß die Stadt dem Projekte größeres Wohlwollen entgegenbringe. Wie die „Flamme“ mitteilt, wird der Verein diesen Rat befolgen.

Die vergessene Million. Ein Freund unsres Blattes sandte uns gestern ein launiges Rechenexempel über den kommunalen Papierverbrauch. Leider vergaß unser Rechenmeister, was auch wir in der Eile nicht beachtet haben, daß nicht 108 753 sondern 1 108 753 Vogen Papier verbraucht worden sind. Dadurch stellt sich der Haß wesentlich anders dar, und die Kommunalverwaltung von Berlin bleibt von dem Verdacht frei, daß sie zu wenig Papier und zu viel Federn und Tinte verbrauche.

Eine Diebesbande macht jetzt wieder den südlichen Teil der Wilhelmstraße unsicher. Nach den bisherigen Ermittlungen „arbeitet“ die Bande in der Weise, daß ein junger Waise mit vergoldeten Gipsreliefs in den Häusern hauniert und dabei festzustellen sucht, wo

auf sein Klingeln nicht geöffnet wird, wo also anzunehmen ist, daß die Wohnung verlassen ist. Ist ein solcher Fall ermittelt, erscheint der sich in Bereitschaft haltende Genosse, und ohne Säumen geht es dann an die Einbrucharbeit. Gestern hat man so am hellen Tage, nachmittags in der fünften Stunde, im ersten Stock des Seitenflügels Wilhelmstr. 187 einen Einbruch verübt und aus der Wohnung einer Blätterin, die anseherlich ihrer Wohnung beschäftigt war, zwei Uhren, Ringe und andre Wertgegenstände gestohlen. Ein besonders verschlossenes Zimmer der Wohnung dient dem Hauswirt, einem Hofapotheker, als Lagerort für Möbel; die Einbrecher haben auch dieses Zimmer gewaltsam geöffnet, von einer Durchsuchung der Möbel aber Abstand genommen, so daß ihnen wertvolle Belohnungen, die in einem der Möbelstücke verpackt waren, entgangen sind. Auch bares Geld und ein Sparkastenbuch hatten sie nicht gefunden.

Eine Bande von Fledberern wurde von der Kriminalpolizei unerschütterlich gemacht. Die Arbeiter Ernst Martin und Karl Jiroth, der ehemalige Krieger Karl Lübbe, genannt „Mauentack“, und der frühere Kaufmann Hans Voigt, den seine Spielgefährten den „roten Voigt“ nennen, hatten sich zum „Reichenfleddern“ zusammenschlossen und machten auch als Expreßler den Tiergarten und die Linden unsicher. Alle vier sind wegen der verschiedensten Diebereien schon mit Zuchthaus vorbestraft. Jiroth, der besonders mit Martin eng verbunden war, wurde nun am vergangenen Sonnabend bei einem Expreßversuch im Tiergarten ertappt und festgenommen. Er glaubte, daß Martin ihn verraten habe, und legte deshalb auf diesen und seine andern Freunde hinein, die gemeinschaftlich vor einigen Tagen noch einem Herrn, der auf einem Stuhl hinter den Linden eingelegt war, Uhr und Kette gestohlen hatten. Gestern wurde das letzte Mitglied der unheimlichen Bande ermittelt und hinter Schloß und Riegel gebracht. Die Kette hatten die Fledberer weggeworfen, die Uhr verfehlt. Die Kriminalpolizei hat den Fledberer gefangen, der Bestohlene hat sich aber noch nicht gemeldet.

Feuerbericht. Mittwoch früh 8 Uhr wurde die Wehr nach der Taldorferstr. 40 gerufen, wo aus noch nicht ermittelten Ursachen in einem Laden ein Feuer ausgebrochen war, das allerlei Körbe, Säcke, Stoffe u. ergriffen hatte. Die Wehr hatte daher längere Zeit mit einer Schlauchleitung Wasser zu geben, um die Flammen zu ersticken. Im Mittelnachmittag war in der Wiesenstr. 29 ein Ballon mit Salzsäure geplatzt. Die Gefahr konnte bald beseitigt werden, auch ist größerer Schaden nicht verursacht worden. Dienstagabend 9 Uhr hatten in der Simeonstr. 27 im ersten Stock Garbinnen und Kleiderstücke in einer Wohnung Feuer gefangen, das indes vom 17. Juge in kurzer Zeit abgeblüht wurde. In der Kronenstr. 21 war in einer Restaurationsküche durch einen Gasofen ein Brand entstanden, dessen Abblüfung aber auch bald erfolgen konnte. Wäschestücke und Möbel gingen eine Stunde später in der Kurzstr. 9 in einer Wohnstube in Flammen auf, die jedoch noch im Keime erstickt werden konnten. Um 8 Uhr brannte es in der Schloßstr. 31 in einer Druckerlei, während gegen 10 Uhr in der Invalidenstr. 9 Türen usw. in Brand geraten waren. Gleichzeitig hatte die Wehr in der Mariamenstr. 24 zu thun. Hier war durch Selbstentzündung von Stroh auf dem Boden ein Feuer ausgebrochen, das die Wehr längere Zeit beschäftigte. Außerdem hatte die Wehr in den letzten 24 Stunden noch Alarmierungen von der Steglitzerstr. 61 und von der Posenstr. 5 zu verzeichnen. In beiden Fällen handelte es sich jedoch nur um unbedeutende Brände, deren Abblüfung sofort erfolgen konnte.

Städtische Taubstummenschule. Im Gemeindefall macht die Schuldeputation bekannt, daß die Aufnahme in die Taubstummenschule Anfangs April und Oktober stattfindet. Eltern, Vormünder taubstummer schulfähiger und noch nicht eingeschulter Kinder haben Anmeldungen zum bevorstehenden Wintersemester bis spätestens 1. Oktober c. bei dem Direktor Gutmann, Marktstr. 49, anzubringen. Die Taubstummenschule, welche gegenwärtig 16 Klassen zählt, hat auch eine Vorklasse, in welcher taubstumm Kinder unter sechs Jahren Aufnahme finden, die hier von erfahrenen Lehrkräften für den eigentlichen pädagogischen Schulunterricht in zweimäthiger Weise vorgebildet werden. Die städtische Fortbildungsschule für Taubstumme zählt zur Zeit 6 Abteilungen, 4 für Jünglinge und 2 für junge Mädchen. Der Oberkursus für Jünglinge ist für Gehilfen und Gesellen bestimmt, die hier auch Unterweisung in Gesetzkunde, Anleitung zu mündlichen Vorträgen und zur Abfassung von allerlei schriftlichen Arbeiten, sowie Uebung in allen Arten des praktischen Rechnens erhalten. Für die im Oktober beginnenden Winterkurse nimmt der Leiter der Fortbildungsschule, Direktor Gutmann, Marktstr. 49, Anmeldungen schon jetzt entgegen. Der Unterricht ist unentgeltlich, die Stunden liegen abends von 7—9.

Cirkus Albert Schumann traf gestern abend mittels Extrazuges aus Scheddingen hier ein, um seine diesjährige vierte Saison in dem aufs eleganteste renovierten Cirkus am kommenden Sonnabend, den 20. d. M., durch eine Gala-Eröffnungsvorstellung zu beginnen. Aus Fort de France über Bordeaux ist eine Gesellschaft Bewohner der Insel Martinique eingetroffen, welche ebenfalls am Sonnabend im Cirkus debütieren wird.

Im Verlage von August Kiehlung in Berlin SW., Kleinbeckersstr. 26, erschien soeben in zehnter, von den kgl. Landratsämtern durchgesehener und bis auf die neueste Zeit verbesserter Auflage: Kiehlungs Große Karte der Provinz Brandenburg, dreifarbig 1/4 M., vierfarbig 1/2 M., sechsfarbig 2 M., siebenfarbig 2 1/2 M., letztere beiden Ausgaben mit Ortstafelverzeichnissen. Neben ihrer Vollständigkeit und Unverletzlichkeit zeichnet sich die Kiehlung'sche Karte besonders durch ihre Uebersichtlichkeit aus, die durch verschiedenfarbigen Druck der Verkehrswege (Wasserstraßen blau, Chausseen rot, Eisenbahnen schwarz) erreicht wurde. Ein über 4000 Namen umfassendes Ortsnamenverzeichnis erhöht den Wert der brauchbaren Karte.

Aus den Nachbarorten.

Aus Schöneberg schreibt man uns: Unfre Krankenhaus-Angelegenheit scheint nun doch endlich vorwärts zu kommen, nachdem der Magistrat, wie wir aus sicherer Quelle erfahren haben, den Rückzug angetreten und sich „nach langer Ueberlegung“ und hoffentlich ohne die bekannten „Gutachten“ mit dem Projekt vom Mai dieses Jahres einverstanden erklärt hat. Danach sind für das neue Krankenhaus in der ersten Bauperiode 355 Betten in Aussicht genommen. Mit der zweiten Bauperiode soll sodann die Anzahl einen Bestand von 600 Betten einschließlich 48 Betten erster und zweiter Klasse erreichen. Für den ersten Bau-Abchnitt werden indes nicht über 4 Millionen ausgerechnet. Jedenfalls wird der Magistrat aus seiner Reserve in der nächsten Stadtverordnetenversammlung heranzutreten müssen, denn die Stadtv. Gottheiner und Gen. haben folgende Anfrage gestellt: „Da nach dem Bericht des Centralbüros der Rettungsgesellschaften die Berliner Krankenhäuser überfüllt sind, so richtet die Unterzeichneten an den Magistrat die Anfrage, ob er dem von der Stadtverordneten-Versammlung vor den Ferien einstimmig gefaßten Beschlusse in Bezug auf die Erbauung eines städtischen Krankenhauses endlich beigetreten ist oder wie derselbe sich sonst zur Sache stellt.“ — Eine energische Betreibung dieser Angelegenheit dürfte jedenfalls am Platze sein. Unfre Genossen werden das Ihrige dazu beitragen.

Zu Brieg sind die Pferdebesitzer durch eine behördliche Mahnung in große Aufregung gebracht worden. Mithilich sind die Pferde einer Militärkommission zur Musterung vorzuführen, und so geschah es auch in diesem Jahre. Nun hatten die meisten Brieger Einwohner, die es anging, übersehen, daß im Amtsblatt amtlich die Aufforderung ergangen war, in der Zeit vom 10.—16. August die Pferde auch im dortigen Einwohner-Weidewort anzumelden. Für diese Unterlassung sind vom Amtsvorsteher eine große Anzahl Strafverfügungen ergangen, in denen für jeden Fall fünf Mark Geldstrafe festgesetzt werden. Wie es heißt, sollen weit über hundert Pferdebesitzer auf diese Weise von Amtswegen übertraft worden sein.

Die Person des Präsidenten des kaiserlichen Patentamtes von Huber stand im Mittelpunkt einer Privatklage, die gestern das hiesige Schöffengericht beschäftigte. Die vom Ingenieur und Patentanwalt Karl Pieper angebrachte Klage richtete sich gegen den früheren Chefredacteur der Nordd. Allg. Zig., Geh. Hofrat Dr. Wihl. Lauser und den Chefredacteur der „Vossischen Zig.“, Herrn. Bachmann. Dem Kläger stand Rechtsanwalt Gundlach, den Angeklagten Rechtsanwalt Liders und Justizrat Michaelis zur Seite. Der Ingenieur Pieper hatte im Kreise von Patentanwälten einen Vortrag über angebliche Mißstände im Patentamt gehalten und sich darin scharf gegen den Präsidenten v. Huber ausgesprochen, dem er mangelnde Sachkunde und Unfähigkeit zur Verwaltung dieses wichtigen Amtes vorwarf. Er führte insbesondere auch aus, daß ein Mann, der niemals Referendar gewesen und nie die Befähigung zum Richteramt erlangt habe, nicht geeignet sei, in seiner Person gleichzeitig die Qualität eines Staatsanwalts, eines Untersuchungsrichters und eines Vorsitzenden im Schöffengericht zu vereinigen. Der Vortrag erschien dann in Prospektform und wurde an die Postreise und an die Presse verschickt. Darauf veröffentlichte die Nordd. Allg. Zig. in ihrer Nummer vom 22. Februar einen Artikel folgenden Inhalts: „Auf Grund der Schlußschrift eines entlassenen Hilfsarbeiters Meves und eines Offenen Schreiben an unsre Gesetzgeber“ betitelten Flugblattes des Ingenieurs Karl Pieper gehen jetzt Angriffe durch die Presse, die sich gegen die Person und die Amtsführung des Präsidenten des kaiserlichen Patentamtes v. Huber richten und mit der unwahren Behauptung operieren, Herr v. Huber sei niemals Referendar gewesen. Herr v. Huber hat f. B. die juristische Prüfung als württembergischer Finanzbeamter mit Erfolg bestanden, war als Referendar tätig und Assessor im württembergischen Finanzministerium, als er 1888 in das Reichsfinanzamt berufen wurde, wo er bis zum Austritt seiner jetzigen Stellung vor fünf Jahren handelspolitischer Referent war. Das Ingenieur Pieper es mit der Ehre anderer nicht sehr genau nimmt, beweist die Thatsache, daß er wegen Beleidigung des Geheimen Regierungsrats Hofmann, des nebenamtlichen Mitgliedes des kaiserlichen Patentamtes zu 200 M. Geldstrafe verurteilt worden ist. In sachkundigen Kreisen werden die Auslassungen des Ingenieurs Pieper längst nicht mehr ernst genommen. Auf Grund dieses Artikels, den die „Voss. Zig.“ aus der Nordd. Allg. Zig.“ unter Angabe der Quelle übernommen hatte, wurde Ingenieur Pieper lazar. Er fühlte sich, wie er gestern darlegte, insbesondere durch den Schlußsatz beleidigt, der um so gefährlicher sei, als er lange Zeit hindurch Beiträge für die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ geleistet und Vorsitzender des Ehrenrats der Patentanwälte gewesen sei. Mithilich beleidigend sei es auch, ihn gemeinsam mit einem Manne wie Meves, mit dem er gar nichts zu thun habe, zu behandeln. Was seine Verurteilung betrifft, so sei ihm in dem Urteil ausdrücklich der gute Glaube zugesprochen worden und seine Behauptung über die Vorbildung des Herrn v. Huber müsse aufrecht erhalten werden. Der Privatkläger suchte des längeren darzulegen, daß Herr v. Huber eine ungenügende Ausbildung für eine so hohe Stellung habe, die er durch den Bundesrat erhalten und daß er aus Unkenntnis des Gesetzes ungesetzlich handle. Mithilich sei Herr v. Huber nicht zum Richteramt befähigt, er sei in Württemberg mit dem Titel eines Referendars zum Soldatendienst zugelassen gewesen und habe im Verwaltungsweg den Titel eines Assessors erlangt. — Rechtsanwalt Gundlach erweiterte die Anklage nach der Richtung des § 186 (siehe Nachrede) und stellte entsprechende Beweisanträge. Rechtsanwalt Liders und Justizrat Michaelis befragten eine Beweisnehmung, da es sich in dem Artikel doch nicht um Thatsachen, sondern um Meinungen handelte. Die denselben gegebene Form sei für den Privatkläger vielleicht unangenehm, aber nicht beleidigend. Außerdem ständen den Angeklagten der Schutz des § 193 zur Seite, denn es handele sich hier um sehr heftige und gefährliche Angriffe gegen einen hochgestellten Beamten, die in einem offiziellen Organ eine scharfe Abwehr erfahren haben. — Der Gerichtshof befohl nach längerer Verhandlung, in thatsächlicher Beziehung noch Beweise zu erheben und in einem nächsten Termin den Präsidenten, Wihl. Geh. Ober-Regierungsrat v. Huber, persönlich über seine Vorbildung und den Direktor im Patentamt, Geh. Regierungsrat Hoback, darüber zu vernehmen, ob der Privatkläger in sachkundigen Kreisen nicht mehr ernst genommen werde.

Zwei Gemeindevorsteher hatten sich gestern vor der Strafkammer am Landgericht II zu verantworten.

Ein Gemeindevorsteher, der wenig Rücksicht nimmt auf Leben und Gesundheit seiner Mitmenschen, scheint der Gemeindevorsteher von Mariensfelde, Getreidehändler Otto Fischer zu sein, der gestern wegen fahrlässiger Körperverletzung neben seiner Ehefrau vor der zweiten Strafkammer am Landgericht II stand. Die Angeklagten lebten in Mariensfelde in Grundstücken, das zwar nominell der Ehefrau gehört, aber vom Ehemann unter General-Vollmacht verwaltet wird. Dieses Grundstück befindet sich aber in einem sehr trübseligen Zustande. Es ist im höchsten Grade schmutzig und die Vandalen drohen einzuführen. Der Gemeindevorsteher ist schon wiederholt — aber vergeblich — aufgefordert worden, Reparaturen vorzunehmen. Im Jahre 1900 brach ein Thorsüßel des Hofeinganges aus, weil das Mauerwerk aus den Fugen ging. Der Schindler hob den Thorsüßel ein, aber das defekte Mauerwerk des Tragesellers wurde nicht ausgebessert. Es war dabei ein Mensch verunglückt, da die Sache aber todesgefährlich wurde, kam es nicht zur strafrechtlichen Verfolgung. Am 20. August vergangenen Jahres brach derselbe Thorsüßel wieder aus. Diesmal wurde dem 7-jährigen Knaben Sopp, dem Sohn eines Tagelöhners, ein Fuß fast vollständig abgequetscht. Sechs Monate lag das arme Kind im Krankenbause, bevor es vollständig geheilt entlassen werden konnte. Der wohlhabende Gemeindevorsteher weigerte sich sogar, auch nur einen Teil der Kurkosten zu bezahlen. Er gab vor Gericht an, er sei bei der „Stuttgarter“ versichert und diese verlange, daß nicht eher ein Pleemnia gefaßt werde, als bis die Sache angeklagt sei. Der Angeklagte wird aber doch nun „einige Pleemnie“ bezahlen müssen, denn der Gerichtshof hielt den Angeklagten einer sehr groben Fahrlässigkeit für schuldig und verurteilte ihn zu 200 M. Geldstrafe und den Kosten des Verfahrens. Die Ehefrau wurde freigesprochen, weil sie durch die Erteilung der Generalvollmacht alle Verantwortung auf ihren Ehemann übertragen hatte.

Unter der Auflage der Rückübernahme stand gestern der Gemeindevorsteher Otto Wuhlmann zu Klosterdorf bei Straußberg vor der ersten Strafkammer des Landgerichts II. Die Pacht der Jagd auf dem Klosterdorfer Gebiete lief mit dem 1. April d. J. ab. Der bisherige Pächter, ein Berliner Herr, wünschte eine Verlängerung des Vertrages, in welchem zugleich die Genehmigung ausgedrückt werden sollte, die Jagdberechtigung auf einen andern zu übertragen. Der Pächter wandte sich an den Gemeindevorsteher, der sich im Vertrauen darauf, daß er die Zustimmung der übrigen Gemeindeglieder erhalten würde, herbeilief, den Pächter ein Schriftstück nach dessen Wünschen auszustellen. Nun fiel der Gemeindevorsteher aber anders aus, dem bisherigen Jagdpächter wurde die Erneuerung des Vertrages abgelehnt. Sowohl der Gemeindevorsteher wie der Jagdpächter war dies unangenehm. Der letztere beschloß, auf seinem Sachverhalte zu bestehen, der Angeklagte wußte denselben aber in seine Fänge zu bringen und dann schnell zu zerreißen. Im Termin schloß der angeklagte Gemeindevorsteher zu seiner Entschuldigung an, daß er sich, seit langer Zeit durch Krankheit gequält, in einem so erregten Zustande befinden habe, daß er die volle Verantwortung für die Angelegenheit nicht übernehmen könne. Dies wurde von dem medizinischen Gutachter bestätigt. Der Staatsanwalt beantragte trotzdem die Verurteilung des Angeklagten zum zulässig niedrigsten Strafmaß — einem Tage Gefängnis. Der Gerichtshof kam zu einem freisprechenden Erkenntnis, weil nicht mehr festzustellen war, ob das vernichtete Schriftstück überhaupt einen unethischen Charakter hatte.

Ein brügelstüftiger Pastor ist am 13. September von der Ferien-Strafkammer des Schweriner Landgerichts zu 200 M. Geldstrafe verurteilt worden. Der Pastor Vaetle aus Rührovo hatte sein 19 Jahre altes Dienstmädchen, das vier Jahre bei ihm in Dienst stand, in überaus roher Weise wegen angeblicher Unsauberkeit mit einem Stock verprügelt. Ihn traf dafür die erwähnte Strafe. In der Verhandlung sagte der Gottesdiener: Ich hielt eine Züchtigung für am Platze; diese sollte auch schmerzhaft sein; daß sie so hart ausgefallen, that mir in der Seele leid. Auf Befragen des Präsidenten gab er zu, daß er gewußt habe, daß er kein Recht zu der Züchtigung hatte.

Versammlungen.

Vierter Wahlkreis (Südost). In der am Dienstag in der „Mramia“ abgehaltenen regelmäßigen Wahlvereins-Versammlung wurde zunächst das Ableben von fünf Parteigenossen in der hiesigen Weise gelehrt. Sodann hielt Dr. Steiner einen anderthalbstündigen, interessanten Vortrag über: „Erdbeben und Vulkanausbrüche“, der großen Beifall fand. Unter „Verschiedenes“ gab der Vorsitzende Hoffmann bekannt, daß ein gegen den Genossen Hermann, Opyelnerstr. 34, eingegangene Verhaftung wegen Unterschlagung vom Vorstand untersucht worden ist, für den Beschuldigten aber durchaus nichts Belastendes ergeben hat; seine Ehre sei somit öffentlich wieder hergestellt.

Sechster Wahlkreis. Der Wahlverein hielt am 16. September im „Kolberger Salon“ eine Versammlung ab. Genosse Kalliski referierte über „Lumpenproletariat“. Redner schilderte in interessanten Ausführungen die Rolle, die das Lumpenproletariat zu den verschiedensten Zeiten der Menschheitsentwicklung gespielt hat. Im „Verschiedenes“ beschwerte sich Genosse Gohl darüber, daß die Vertrauensleute Berlins ohne jede nähere Anweisung im „Vorwärts“ erklärt hätten, sie hätten einstimmig beschloffen, festzustellen, daß Frau Gubela weder würdig noch befähigt sei, irgend welche öffentliche Thätigkeit in der Partei auszuüben. Redner forderte Auskunft. Der Vorsitzende Krenndie vermutete nur als Privatperson, die von den Vertrauensleuten als Zeuge vernommen wurde, unerbittlich mitzuteilen, daß der Beschluß ergangen sei, weil Frau Gubela die Genossen Ffar und Jubel zu Unrecht beschuldigt habe. Er verweist Gohl auf die Generalversammlung, in der er den Vertrauensmann um Auskunft ersuchen könne. Gohl, der sich nicht zum Verteidiger von Frau Gubela aufwerfen will, verurtheilt nochmals, daß der Veröffentlichung der Vertrauensleute keine Erläuterung der Ursachen hinzugefügt worden sei.

Der Frankfurter Bankier und die Bankangestellten war das Thema einer Versammlung des Centralverbandes der Handlungsgehilfen und Beihilfen, die am 11. September in den Anninhallen stattfand. Die Versammlung war außerordentlich zahlreich und fast ausschließlich von Bankangestellten besucht. Herr Redacteur Verward hatte das Referat übernommen. Er schilderte den Einfluß der Entwicklung des Bankwesens auf die Lage der Angestellten. Während das Unternehmertum seine Macht ausübt und die Angestellten in ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stellung mehr und mehr herabgedrückt werden, ergeben sich die Bankbeamtenvereine in schmächtlichen Mitteln. Angetrieben durch die vom Centralverband geschaffene Bewegung der Bankangestellten ausschließlich der starken Entlohnungen in hiesigen großen Banken, haben diese Vereine sich endlich dazu aufgeschwungen, dem Bankierlobby Bitten zu unterbreiten, die vor Selbsterniedrigung und Demüt trafen. An dem Vorgehen der alten Bankfirma Vorn u. Duffe mögen die Angestellten das zwischen Chef und Personal heute herrschende Verhältnis erkennen. Bei dieser Firma ist ein Korrespondent, der nur die bescheidensten Einkünfte bezog, entlassen worden ist. In der Begründung, daß keine Arbeit für ihn vorhanden sei. In einem kapitalistischen Betriebe sei es nur selbstverständlich, wenn infolge mangelnder Beschäftigung Angestellte entlassen werden. Dieser Fall müsse aber angeführt werden, um den Angestellten endlich begrifflich zu machen, daß ihre Stellung gleich der anderer Lohnarbeiter beschaffen ist und sie die notwendigen Lehren für ihr Verhalten ziehen. Der Centralverband wird seine Forderungen dem Bankierlobby unterbreiten. In erster Reihe muß die Errichtung von Pensionskassen gefordert werden. Bisher bestehen bei einzelnen Banken wohl derartige Institutionen, die aber nicht den bescheidensten Ansprüchen der Angestellten entsprechen. Als Vorbedingung für Errichtung von Pensionskassen muß verlangt werden, daß das Vermögen dieser Versicherungsbankstellen getrennt geführt werden muß von den Kassen der Bank und daß keineswegs die Gelder in Aktien der betreffenden Bank und in sonstigen Spekulationspapieren angelegt werden dürfen. Der Zusammenbruch der verschiedenen Hypothekendarlehen hat die Notwendigkeit dieser Forderung gezeigt. Jammervolles Bitten wird den Herren Chefs nicht imponieren. Wenn die Bankangestellten zur Erkenntnis kommen werden, daß der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit auch im Bankgewerbe herrscht und die verlogene Harmonie-duselei überwinden werden, dann werden sie fordern und erreichen, was sie bisher vergeblich erlitten haben. Nach einer kurzen Diskussion wird eine Resolution an den Bankierlobby einstimmig angenommen, in der u. a. Errichtung von Pensionskassen auf der in Vortrag erörterten Grundlage, Vereinfachung der Arbeit von aktiven Militärs in den Banken und völlige Sonntagsruhe für Bankgeschäfte gefordert werden.

Rummelsburg. In dem in unserer Dienstag-Nummer veröffentlichten Bericht über die Versammlung des Wahlvereins ist von einer Organisation der Rummelsburger Geschäftsleute die Rede. Mit Bezug darauf ersucht uns der Vorstand des Vereins der Gewerbetreibenden von Rummelsburg mitzutheilen, daß dieser Verein nicht beabsichtigt, den Straßenhandel polizeilich zu unterbinden, derselbe solle nur in solcher Weise geführt werden, daß er andere kleine Existenzen nicht ruinirt. Mit dem Konsumverein habe sich der Verein der Gewerbetreibenden noch nicht befaßt.

Eingegangene Druckschriften.

Wioniere des hiesigen Fortschritt. Autorisierte Uebersetzung aus dem Französischen: „Le mouvement ébriquo“ par Alfred Moulot. Von Dr. H. Fenzig. Berlin SW. 1902. Hermann Walthers Verlagsbuchhandlung.
Modernes Märtyrertum. Ein Lebensbild von E. Dornen. Berlin SW. 1902. Hermann Walthers Verlagsbuchhandlung.
Leiden und Leidenschaften. Seelenkämpfe von Theodor Wolff. Tübingen. Berlin SW. 1902. Hermann Walthers Verlagsbuchhandlung.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.
W. u. und J. V. Von Polizeipräsidenten werden in bestimmten Zwischenräumen zur Ausbildung von Volkshilfen und Waffenturen sowie Waffenturnen veranstaltet. Auf eine Anfrage dort werden Sie Näheres erfahren.
W. R. M. 1. In der Kontirolle in Charlottenburg (bina Wohnhof „Losloscher Garten“). 2. Von 9—9 1/2 J. Ja.
A. 1. Geben Sie Ihre Adresse an und teilen Sie uns mit, wozu Sie die Wohnungsangabe haben wollen.
W. S. Weiter können wir keine Auskunft darüber geben, wie groß der größte Salbad der preussischen Armee ist.
S. S. Ein Zwangsmaßnahme mit dem Bildnis Kaiser Friedrichs hat auch ihr Sammler keinen höheren Wert als ein andres Zwangsmaßnahme.
C. Nitron. Erwähnte Sache ist uns zur Zeit noch unbekannt. Es ist in Wien.
C. H. Um in Berlin Ged a m e zu werden, müßte man sich beim Bezirkspräsidium Schluß im Tempelhofer Ufer 29; Frauen aus dem Pensionsbezirk Gosdamm melden sich bei ihrem Kreispräsidium. Die erste Meldung geschieht zum Zweck der Vorbereitung und Unterweisung. Hieraus haben die Frauen beim Polizeipräsidenten und die aus dem Pensionsbezirk Gosdamm beim Regierungspräsidenten ein Gesuch um Zulassung zur Ausbildung einzuweisen. Sodann erhalten sie Bescheid, ob sie angenommen sind oder nicht, und werden im ersten Fall zu dem Kursus einberufen, der jährlich vom 1. Oktober bis 31. März in der Charlottenburg abgehalten wird. Während der Zeit ihrer Ausbildung müssen die Frauen in der Charlottenburg wohnen. Die Kosten für Ausbildung, Wohnung, Verpflegung und Instrumente stellen sich auf etwa 300 M. Frauen im Alter von über 30 Jahren werden in Preußen zur Ausbildung nicht zugelassen.